



Team K

Landtagsfraktion | Gruppo consiliare

Silvius-Magnago-Platz 6 | 39100 Bozen

Piazza Silvius Magnago, 6 | 39100 Bolzano

An den Präsidenten
des Südtiroler Landtages
Dr. Josef Noggler

IM HAUSE

BESCHLUSSANTRAG

Einsetzung einer unabhängigen Fachkommission zur faktenbezogenen Aufarbeitung der Corona-Pandemie

Die Forderung nach einer Aufarbeitung der Corona-Pandemie ist aktueller denn je. Denn diese Pandemie hat in unserem Land tiefe Spuren hinterlassen. Ohne Zweifel kann man diese drei Jahre als einen Ausnahmezustand bezeichnen. Diese als Jahrhundertpandemie bezeichnete Corona-Pandemie ausgelöst durch das SARS-CoV-2 Virus hatte in kürzester Zeit von den Verantwortlichen Entscheidungen verlangt, die zu weitreichenden Konsequenzen für die Bürger:Innen geführt haben. So hat in Deutschland die *Initiative Pandemieforschung*¹ in einem offenen Brief unterzeichnet von namhaften Wissenschaftler:Innen und Fachleuten die Einsetzung einer Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie gefordert.

So hat die Pandemie vor allem das Gesundheits- und Sozialsystem, aber auch viele andere Politikfelder weitgehend unvorbereitet getroffen. Viele Defizite wurden deutlich. Nicht nur das Gesundheitssystem gelangte an die Grenzen der Belastbarkeit, auch das Bildungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge wurde erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Viele Menschen fühlen sich nach der Pandemie alleingelassen mit ihren Enttäuschungen, Ängsten und Verlusterfahrungen und haben das Vertrauen in die staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen weitgehend verloren. Es wurden Existenzen zerstört und Lebenspläne über den Haufen geworfen, Freundschaften und Familien sind an der Polarisierung der Gesellschaft zerbrochen.

Nach und nach werden nun die Auswirkungen der getroffenen Entscheidungen auf unsere Gesellschaft erkennbar. Die während der Corona-Pandemie getroffenen Schutzmaßnahmen gingen mit tiefgreifenden Grundrechtseingriffen einher. Hierzu zählen Besuchsverbote, einsames Sterben in den Alten- und Pflegeeinrichtungen, die Schließung von Kitas, Kindergärten und Schulen, die weitgehende Stilllegung des kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Viele dieser Einschnitte

waren nicht verhältnismäßig und haben zu nachhaltigen Belastungen der Familien, insbesondere der Mütter, geführt. Die psychische und soziale Vereinsamung der vulnerablen Gruppen wie z.B. psychisch Kranke und hochbetagte Menschen finden nicht als Kollateralschäden dieser einschneidenden Maßnahmen ihre entsprechende

¹ <https://pandemieforschung.net>



Team K

Landtagsfraktion | Gruppo consiliare

Silvius-Magnago-Platz 6 | 39100 Bozen

Piazza Silvius Magnago, 6 | 39100 Bolzano

Anerkennung. Gleiches gilt für das Management der Beschaffung und Lagerung von Masken, Tests, Schutzkleidung und die Coronaimpfung. Die bisherige Reflexion über die Pandemie bleibt zu oberflächlich, zu punktuell und zu sehr nach politischer Meinungshoheit geprägt. Es bedarf einer systematischen Aufarbeitung, um robuste Lehren für zukünftige Krisen zu ziehen und ähnliche Fehler zu vermeiden.

Eine offene, kritische und konstruktive Aufarbeitung ist unverzichtbarer Teil eines jeden professionelles Krisenmanagements. Ein sachlicher Austausch unterschiedlicher Standpunkte muss zentrales Merkmal einer offenen demokratischen Diskussions- und Lösungskultur sein.

Diese Kommission sollte die **unmittelbaren Auswirkungen** der Pandemie und die Kollateralschäden untersuchen und Strategien für die Bewältigung und die zukünftige Vermeidung nicht evidenz-bezogener Entscheidungen erarbeiten. Dabei sollte vor allem das Gesundheitssystem mit der gesamten Versorgungsstruktur, der ambulanten und stationären Pflege, die Perspektive der Menschen mit Pflegebedarf, das Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule, auch unter der Berücksichtigung sozialer und psychologischer Faktoren, die sozialen Spannungen und psychischen Belastungen der Menschen, die wirtschaftlichen Auswirkungen und die Kollateralschäden für das kulturelle und soziale Leben beleuchtet werden. Einen besonderen Schwerpunkt der Aufarbeitung müssen all jene Maßnahmen sein, die die persönliche Autonomie bei individuellen Therapieentscheidungen (Impfung, antivirale Therapie), die Entscheidungen zu Präventionsmaßnahmen (Masken, Kontakt zu Familienmitgliedern etc.) und die Eingriffe auf organisatorischer

Ebene (Besuchsverbote) betroffen haben. Grundsätzlich sollte das gesamte **Pandemiemanagement** kritisch überprüft werden, um Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Die Aufarbeitung muss aus einer systemischen Perspektive unabhängig von politischen Interessen erfolgen. Fachexpertise der Kommissionsmitglieder ist gefordert und die Erfahrungen der Menschen in unserem Land müssen in angemessener Weise in die Arbeit der Kommission einfließen. Die Aufarbeitung der Pandemie muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden.

Nur durch ein solches Vorgehen kann es gelingen, das Vertrauen in die Politik einerseits und in die Wissenschaft andererseits wieder zu stärken und somit die Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft dieses Landes möglichst auszuräumen.

Dies vorausgeschickt

verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung

- 1) eine unabhängige Fachkommission bestehend aus zahlreichen Experten verschiedener Fachrichtungen und unter aktiver Einbindung der Bürger und Bürgerinnen aus unterschiedlichen Berufen und Gesellschaftsschichten (z.B. aus Seniorenvereinigungen, Jugend-Organisationen, Verbraucherschutz, Gesundheit-



Team K

Landtagsfraktion | Gruppo consiliare

Silvius-Magnago-Platz 6 | 39100 Bozen

Piazza Silvius Magnago, 6 | 39100 Bolzano

und Sozialbereich, Schule, Altenheime u.a.m.) einzusetzen, um eine systematische, konstruktive und transparente Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie vornehmen zu können;

- 2) die Fachkommission mit einer sachlich-wissenschaftlichen Aufarbeitung der Auswirkungen der Lockdown-Maßnahmen, der Maskenpflicht, der Test- und Impfstrategien etc. und den Ergebnissen aller in der Pandemie getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen zu beauftragen, um Lehren aus den Ergebnissen für zukünftige Krisen zu ziehen;
- 3) die Ergebnisse einer öffentlichen Diskussion zu unterziehen, um dadurch eine integrative Wirkung auf die Zivilgesellschaft unseres Landes zu erreichen.

Bozen, 05. Dezember 2023

Die Landtagsabgeordneten

Franz Ploner

Paul Köllensperger

Alex Ploner

Maria Elisabeth Rieder



An den Präsidenten
des Südtiroler Landtages
Bozen

Al presidente
del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
Bolzano

BESCHLUSSANTRAG

Nr. 4/23

Einsetzung einer unabhängigen Fachkommission zur faktenbezogenen Aufarbeitung der Corona-Pandemie

Die Forderung nach einer Aufarbeitung der Corona-Pandemie ist aktueller denn je. Denn diese Pandemie hat in unserem Land tiefe Spuren hinterlassen. Ohne Zweifel kann man diese drei Jahre als einen Ausnahmezustand bezeichnen. Diese als Jahrhundertpandemie bezeichnete Corona-Pandemie ausgelöst durch das SARS-CoV-2 Virus hatte in kürzester Zeit von den Verantwortlichen Entscheidungen verlangt, die zu weitreichenden Konsequenzen für die Bürger:Innen geführt haben. So hat in Deutschland die *Initiative Pandemieaufbereitung*¹ in einem offenen Brief unterzeichnet von namhaften Wissenschaftler:Innen und Fachleuten die Einsetzung einer Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie gefordert.

So hat die Pandemie vor allem das Gesundheits- und Sozialsystem, aber auch viele andere Politikfelder weitgehend unvorbereitet getroffen. Viele Defizite wurden deutlich. Nicht nur das Gesundheitssystem gelangte an die Grenzen der Belastbarkeit, auch das Bildungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge wurde erheblich in Mitleidenenschaft gezogen.

Viele Menschen fühlen sich nach der Pandemie alleingelassen mit ihren Enttäuschungen, Ängsten und Verlusterfahrungen und haben das Vertrauen

MOZIONE

N. 4/23

Istituzione di una commissione tecnica indipendente per rielaborare quanto accaduto durante la pandemia di Covid

L'esigenza di rielaborare la pandemia di Covid è più che mai attuale, dato che nella nostra provincia ha lasciato segni profondi. Senza dubbio questi tre anni possono essere definiti come un periodo di emergenza. Quella che è stata chiamata la pandemia del secolo, ovvero la pandemia di Covid scaturita dal virus SARS-CoV-2, ha imposto ai soggetti responsabili di prendere decisioni con forti ripercussioni per le cittadine e i cittadini in tempi molto brevi. In Germania, ad esempio, l'*Initiative Pandemieaufbereitung* (iniziativa per la rielaborazione della pandemia)¹, in una lettera aperta sottoscritta da rinomati accademici/accademiche ed esperti/esperte, ha chiesto che venisse istituita una commissione per fare chiarezza sulla pandemia di Covid.

La pandemia ha colto impreparati soprattutto il sistema sanitario e quello sociale, ma anche molti altri settori della politica. Si sono così evidenziate molte carenze. Non è stato solo il sistema sanitario a raggiungere i suoi limiti, anche il mondo dell'educazione, quello economico e quello sociale sono stati fortemente compromessi.

Ora che la pandemia è finita, molte persone si sentono abbandonate con le loro frustrazioni, paure nonché esperienze di perdita, e hanno perso fidu-

¹ <https://pandemieaufbereitung.net>

in die staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen weitgehend verloren. Es wurden Existenzen zerstört und Lebenspläne über den Haufen geworfen, Freundschaften und Familien sind an der Polarisierung der Gesellschaft zerbrochen.

Nach und nach werden nun die Auswirkungen der getroffenen Entscheidungen auf unsere Gesellschaft erkennbar. Die während der Corona-Pandemie getroffenen Schutzmaßnahmen gingen mit tiefgreifenden Grundrechtseingriffen einher. Hierzu zählen Besuchsverbote, einsames Sterben in den Alten- und Pflegeeinrichtungen, die Schließung von Kitas, Kindergärten und Schulen, die weitgehende Stilllegung des kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Viele dieser Einschnitte waren nicht verhältnismäßig und haben zu nachhaltigen Belastungen der Familien, insbesondere der Mütter, geführt. Die psychische und soziale Vereinsamung der vulnerablen Gruppen wie z.B. psychisch Kranke und hochbetagte Menschen finden nicht als Kollateralschäden dieser einschneidenden Maßnahmen ihre entsprechende Anerkennung. Gleiches gilt für das Management der Beschaffung und Lagerung von Masken, Tests, Schutzkleidung und die Coronaimpfung. Die bisherige Reflexion über die Pandemie bleibt zu oberflächlich, zu punktuell und zu sehr nach politischer Meinungshoheit geprägt. Es bedarf einer systematischen Aufarbeitung, um robuste Lehren für zukünftige Krisen zu ziehen und ähnliche Fehler zu vermeiden.

Eine offene, kritische und konstruktive Aufarbeitung ist unverzichtbarer Teil eines jeden professionelles Krisenmanagements. Ein sachlicher Austausch unterschiedlicher Standpunkte muss zentrales Merkmal einer offenen demokratischen Diskussions- und Lösungskultur sein.

Diese Kommission sollte die **unmittelbaren Auswirkungen** der Pandemie und die Kollateralschäden untersuchen und Strategien für die Bewältigung und die zukünftige Vermeidung nicht evidenzbezogener Entscheidungen erarbeiten. Dabei sollte vor allem das Gesundheitssystem mit der gesamten Versorgungsstruktur, der ambulanten und stationären Pflege, die Perspektive der Menschen mit Pflegebedarf, das Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule, auch unter der Berücksichtigung sozialer und psychologischer Faktoren, die sozialen Spannungen und psychischen Belastungen der Menschen, die wirtschaftlichen Auswir-

cia nelle istituzioni dello Stato così come in quelle scientifiche. Sono andate distrutte intere esistenze e sono stati sconvolti progetti di vita; rapporti di amicizia e famiglie sono stati frantumati dalla polarizzazione della società.

Oggi stanno gradualmente emergendo gli effetti sulla nostra società delle decisioni prese. Le misure di protezione adottate durante la pandemia di Covid sono state accompagnate da profonde violazioni dei diritti fondamentali. Tra questi, il divieto di far visita ai propri cari, i decessi in solitudine nelle case di riposo e di cura, la chiusura degli asili nido, delle scuole per l'infanzia e delle scuole in generale, così come la sospensione di gran parte delle attività culturali, sociali ed economiche. Molte di queste limitazioni erano sproporzionate e hanno causato danni a lungo termine alle famiglie e soprattutto alle madri. L'isolamento psicologico e sociale di gruppi vulnerabili, quali ad esempio le persone affette da disturbi mentali e quelle in età avanzata, non è stato riconosciuto come danno collaterale derivante da queste drastiche misure. Lo stesso vale per la gestione dell'acquisizione e dello stoccaggio di mascherine, test, indumenti protettivi e dei vaccini contro il Covid. Le considerazioni fatte finora riguardo alla pandemia rimangono troppo superficiali, selettive e caratterizzate dal pensiero politico predominante. È necessaria una rielaborazione sistematica di quanto accaduto per ricavarne delle solide lezioni per le future crisi ed evitare simili errori.

L'approccio aperto, critico e costruttivo rappresenta una parte irrinunciabile di qualsiasi gestione professionale di una crisi. Uno scambio oggettivo dei diversi punti di vista deve essere la caratteristica centrale di una cultura aperta e democratica del dibattito e della ricerca delle soluzioni.

Questa commissione dovrebbe analizzare gli **effetti diretti** della pandemia e i danni collaterali, nonché sviluppare strategie per affrontarli ed evitare che in futuro vengano prese decisioni che non siano basate su delle evidenze. Andrebbe soprattutto esaminato il sistema sanitario con l'intera struttura assistenziale, l'assistenza ambulatoriale e ospedaliera, le prospettive delle persone che necessitano di assistenza, il sistema educativo dagli asili nido alle università, tenendo conto anche dei fattori sociali e psicologici, delle tensioni sociali e dello stress psicologico sulle persone, dell'impatto economico e dei danni collaterali alla vita culturale

kungen und die Kollateralschäden für das kulturelle und soziale Leben beleuchtet werden. Einen besonderen Schwerpunkt der Aufarbeitung müssen all jene Maßnahmen sein, die die persönliche Autonomie bei individuellen Therapieentscheidungen (Impfung, antivirale Therapie), die Entscheidungen zu Präventionsmaßnahmen (Masken, Kontakt zu Familienmitgliedern etc.) und die Eingriffe auf organisatorischer Ebene (Besuchsverbote) betroffen haben. Grundsätzlich sollte das gesamte **Pandemienmanagement** kritisch überprüft werden, um Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Die Aufarbeitung muss aus einer systemischen Perspektive unabhängig von politischen Interessen erfolgen. Fachexpertise der Kommissionsmitglieder ist gefordert und die Erfahrungen der Menschen in unserem Land müssen in angemessener Weise in die Arbeit der Kommission einfließen. Die Aufarbeitung der Pandemie muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden.

Nur durch ein solches Vorgehen kann es gelingen, das Vertrauen in die Politik einerseits und in die Wissenschaft andererseits wieder zu stärken und somit die Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft dieses Landes möglichst auszuräumen.

Dies vorausgeschickt

**verpflichtet
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung**

- 1) eine unabhängige Fachkommission bestehend aus zahlreichen Experten verschiedener Fachrichtungen und unter aktiver Einbindung der Bürger und Bürgerinnen aus unterschiedlichen Berufen und Gesellschaftsschichten (z.B. aus Seniorenvereinigungen, Jugend-Organisationen, Verbraucherschutz, Gesundheit- und Sozialbereich, Schule, Altenheime u.a.m.) einzusetzen, um eine systematische, konstruktive und transparente Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie vornehmen zu können;
- 2) die Fachkommission mit einer sachlich-wissenschaftlichen Aufarbeitung der Auswirkungen der Lockdown-Maßnahmen, der Maskenpflicht, der Test- und Impfstrategien etc. und den Ergebnissen aller in der Pandemie getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen zu beauftragen, um Lehren aus den Ergebnissen für zukünftige Krisen zu ziehen;

e soziale. Un focus particolare di questa rielaborazione deve essere costituito da tutte le misure che hanno inciso sull'autonomia personale nelle scelte terapeutiche individuali (vaccinazione, terapia antivirale) e sulle misure di prevenzione (mascherine, contatti con i familiari, ecc.) così come negli interventi di carattere organizzativo (divieti di visitare i propri cari). Fondamentalmente dovrebbe essere riesaminata in chiave critica l'intera **gestione della pandemia**, al fine di trarne degli insegnamenti per il futuro. Questa analisi deve essere condotta in una prospettiva sistemica e indipendentemente dagli interessi politici. Saranno necessarie le competenze di chi fa parte della commissione, e le esperienze delle persone nella nostra provincia dovranno essere integrate nel lavoro della commissione. La rielaborazione di quanto accaduto durante la pandemia deve essere vista come un compito della società nel suo complesso.

Solo con un simile approccio potremo riuscire a ripristinare la fiducia nella politica da un lato, e dall'altro quella nella scienza, e quindi a ridurre al minimo gli sconvolgimenti all'interno della nostra società.

Ciò premesso,

**il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
impegna la Giunta provinciale**

- 1) a istituire una commissione tecnica indipendente, composta da numerosi esperti di varie discipline e a cui partecipino attivamente cittadini e cittadine che svolgono differenti professioni e provenienti dalle diverse fasce sociali (ad esempio, associazioni della terza età, organizzazioni giovanili, tutela dei consumatori, settore sanitario e sociale, scuole, case di riposo, ecc.) per rielaborare in modo sistematico, costruttivo e trasparente la pandemia di Covid-19;
- 2) a incaricare la commissione tecnica di condurre una rielaborazione oggettiva e scientifica delle ripercussioni delle misure di lockdown, dell'obbligo di portare la mascherina, delle strategie per i test e per le vaccinazioni, ecc., e dei risultati di tutte le decisioni e misure adottate durante la pandemia, al fine di trarne insegnamenti per le crisi future;

3) die Ergebnisse einer öffentlichen Diskussion zu unterziehen, um dadurch eine integrative Wirkung auf die Zivilgesellschaft unseres Landes zu erreichen.

gez. Landtagsabgeordnete
Dr. Franz Ploner
Paul Köllensperger
Alex Ploner
Maria Elisabeth Rieder

3) a sottoporre i risultati a un dibattito pubblico, al fine di produrre effetti integranti sulla società civile nella nostra provincia.

f.to consiglieri provinciali
dott. Franz Ploner
Paul Köllensperger
Alex Ploner
Maria Elisabeth Rieder



Team K

Landtagsfraktion | Gruppo consiliare
Silvius-Magnago-Platz 6 | 39100 Bozen
Piazza Silvius Magnago, 6 | 39100 Bolzano

An die Präsidenten
des Südtiroler Landtages
Herrn Arnold Schuler

IM HAUSE

ERSETZUNGSANTRAG zum Beschlussantrag Nr.4/23

Einsetzung einer unabhängigen Fachkommission zur faktenbezogenen Aufarbeitung der Corona-Pandemie

Nach dem Abklingen der COVID-19 Pandemie scheint die Forderung der systematischen und expliziten Aufarbeitung aktueller denn je. Denn diese Pandemie hat in der Gesellschaft unseres Landes tiefe Spuren hinterlassen. Über drei Jahre hat Corona unser aller Leben bestimmt. Diese als Jahrhundertpandemie bezeichnete Corona-Pandemie ausgelöst durch das SARS-CoV-2 Virus hatte in kürzester Zeit von den Verantwortlichen Entscheidungen verlangt, die zu weitreichenden Konsequenzen für die Bürger:Innen geführt haben: Lockdowns, Quarantäne, Schulschließungen, Reisebeschränkungen, Maskenpflicht, psychische und wirtschaftliche Schäden haben die Lebensqualität der Bürger:Innen beeinträchtigt. Ähnliche Vorgangsweise beschritt die österreichische Bunderegierung, indem sie die Österreichische Akademie der Wissenschaft (ÖAW) unter Einbindung eines breiten Bürgerdialogs mit der Aufarbeitung der Coronapandemie beauftragte. Der Abschlussbericht wurde Ende Dezember 2023 der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Projektleiter Alexander Bogner sagt dazu: „In der Corona-Krise war das Vertrauen der Bevölkerung in Medien, Wissenschaft und Regierung zunächst hoch. Vertrauensverlust drohen, wenn breite, ergebnisoffene Debatten fehlen, politische Maßnahmen nicht gut kommuniziert werden und Medien, Wissenschaft und Politik den Eindruck erwecken, in Symbiose zu leben“¹. Die von ÖAW unter der Leitung von Prof.Dr.Alexander Bogner durchgeführte Studie umfasst fünf Fallstudien und einer Beschreibung des Bürgerdialogs „Österreich am Wort“ zusammen.²

So hat die Pandemie vor allem das Gesundheits- und Sozialsystem, aber auch viele andere Politikfelder weitgehend unvorbereitet getroffen. Viele Defizite wurden deutlich. Nicht nur das Gesundheitssystem gelangte an die Grenzen der Belastbarkeit, auch das Bildungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge wurde erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

¹ <https://oeaw.ac.at>

² <https://doi.org/10.1553/978oew95696>



Team K

Landtagsfraktion | Gruppo consiliare

Silvius-Magnago-Platz 6 | 39100 Bozen

Piazza Silvius Magnago, 6 | 39100 Bolzano

Viele Menschen fühlten sich nach der COVID-19-Pandemie mit ihren Enttäuschungen, Ängsten und Verlust Erfahrungen zunehmend alleingelassen und haben in der Folge ihr Vertrauen in die staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen weitgehend verloren. Konflikte hat es während der Pandemie zur Genüge gegeben, es mangelte aber unter dem Zeitdruck mancher Entscheidungen an transparentem Austausch von unterschiedlichen Argumenten. Die Studie der ÖAW machte deutlich, dass vor allem im Zusammenhang mit der Impfpflicht eine transparente Entscheidungsfindung gefehlt hat. Stattdessen wurde die Impfpflicht als einzige Option dargestellt, um die Pandemie nach fast zwei Jahren in den Griff zu bekommen. Dies verstärkte den moralischen Tonfall in der öffentlichen Debatte.³

Nach und nach werden nun die Auswirkungen der getroffenen Entscheidungen auf die Gesellschaft erkennbar. Die während der Corona-Pandemie getroffenen Schutzmaßnahmen gingen mit **tiefgreifenden Grundrechtseingriffen** einher. Hierzu zählen Besuchsverbote, einsames Sterben in den Alten- und Pflegeeinrichtungen, die Schließung von Kitas, Kindergärten und Schulen, die weitgehende Stilllegung des kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Viele dieser Einschnitte waren nicht verhältnismäßig und haben zu nachhaltigen Belastungen in den Familien, insbesondere der Mütter, geführt.

Die psychische und soziale Vereinsamung der vulnerablen Gruppen wie z.B. psychisch Kranke und hochbetagte Menschen finden leider nicht als Kollateralschäden dieser einschneidenden Maßnahmen ihre entsprechende Anerkennung. Gleiches gilt für das Management der Beschaffung und Lagerung von Masken, Tests, Schutzkleidung und die Coronaimpfung. Die bisherige Reflexion über die Pandemie bleibt zu oberflächlich, zu punktuell und zu sehr nach politischer Meinungshoheit geprägt. Es bedarf einer systematischen Aufarbeitung, um robuste Lehren für zukünftige Krisen zu ziehen und ähnliche Fehler zu vermeiden.

Eine offene, kritische und konstruktive Aufarbeitung ist unverzichtbarer Teil eines jeden professionelles Krisenmanagements. Ein sachlicher Austausch unterschiedlicher Standpunkte muss zentrales Merkmal einer offenen demokratischen Diskussions- und Lösungskultur sein.

Diese zu bestellende unabhängige Kommission sollte die **unmittelbaren Auswirkungen** der Pandemie und die Kollateralschäden untersuchen und Strategien für die Bewältigung und die zukünftige Vermeidung nicht evidenz-

³ [https:// doi.org/10.1553/978oew95696](https://doi.org/10.1553/978oew95696)



Team K

Landtagsfraktion | Gruppo consiliare

Silvius-Magnago-Platz 6 | 39100 Bozen

Piazza Silvius Magnago, 6 | 39100 Bolzano

bezogener Entscheidungen erarbeiten. Dabei sollte vor allem das Gesundheitssystem mit der gesamten Versorgungsstruktur, der ambulanten

und stationären Pflege, die Perspektive der Menschen mit Pflegebedarf, das Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule, auch unter der Berücksichtigung sozialer und psychologischer Faktoren, die sozialen Spannungen und psychischen Belastungen der Menschen, die wirtschaftlichen Auswirkungen und die Kollateralschäden für das kulturelle und soziale Leben beleuchtet werden.

Einen besonderen Schwerpunkt der Aufarbeitung müssen all jene Maßnahmen sein, die die persönliche Autonomie bei individuellen Therapieentscheidungen (Impfung, antivirale Therapie), die Entscheidungen zu Präventionsmaßnahmen (Masken, Kontakt zu Familienmitgliedern etc.) und die Eingriffe auf organisatorischer Ebene (Besuchsverbote) betroffen haben. Grundsätzlich sollte das gesamte **Pandemienmanagement** kritisch überprüft werden, um Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Die Aufarbeitung muss aus einer systemischen Perspektive unabhängig von politischen Interessen erfolgen. Fachexpertise der Kommissionsmitglieder ist gefordert und die Erfahrungen der Menschen in unserem Land müssen in angemessener Weise in die Arbeit der Kommission einfließen. Die Aufarbeitung der Pandemie muss als **gesamtgesellschaftliche** Aufgabe verstanden werden.

Nur durch ein gemeinschaftliche Vorgehen durch das Einbinden von Bürger:Innen und Expert:Innen kann es gelingen, Vertrauen in die Politik einerseits und in die Wissenschaft andererseits wieder zu gewinnen und die Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft dieses Landes möglichst zu mildern oder weitgehend auszuräumen.

Dies vorausgeschickt

verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung

- 1) eine unabhängige Kommission bestehend aus Expert:Innen verschiedener Fachrichtungen und unter aktiver Einbindung der Bürger und Bürgerinnen unterschiedlicher Berufs- und Gesellschaftsschichten (z.B. Seniorenvereinigung, Jugend-Organisationen, Verbraucherschutz, Gesundheit- und Sozialbereich, Schulen, Altenheime u.a.m.) einzusetzen, um eine systematische und transparente Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie, die das Gesellschaftsgefüge des Landes wesentlich verändert hat, vorzunehmen;



Team K

Landtagsfraktion | Gruppo consiliare

Silvius-Magnago-Platz 6 | 39100 Bozen

Piazza Silvius Magnago, 6 | 39100 Bolzano

- 2) die unabhängige Fachkommission mit einer sachlich-wissenschaftlichen Aufarbeitung der Auswirkungen der Lockdown-Maßnahmen, der Maskenpflicht, der Test- und Impfstrategien, der gesellschaftlichen Beeinträchtigungen und Auswirkungen aller in der Pandemie getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen zu beauftragen, um Lehren aus den gemachten Erfahrungen für zukünftige Krisen zu ziehen und nächste Pandemien gerüstet zu sein;
- 3) die erarbeiteten Ergebnisse einer öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen, um mit Hilfe dieser Erkenntnisse integrativ und zusammenführend auf die Zivilgesellschaft des Landes zu wirken.
- 4) dem Landtag das erarbeitete Abschlussdokument zur Diskussion vorzulegen, damit er Lehre für zukünftige Maßnahmen bei pandemischen Ereignissen ziehen kann.

Bozen, 13. März 2024

Die Landtagsabgeordneten

Franz Ploner

Paul Köllensperger

Alex Ploner

Maria Elisabeth Rieder



ERSETZUNGSANTRAG ZUM BESCHLUSSANTRAG

Nr. 4/23

Einsetzung einer unabhängigen Fachkommission zur faktenbezogenen Aufarbeitung der Corona-Pandemie

Nach dem Abklingen der COVID-19 Pandemie scheint die Forderung der systematischen und expliziten Aufarbeitung aktueller denn je. Denn diese Pandemie hat in der Gesellschaft unseres Landes tiefe Spuren hinterlassen. Über drei Jahre hat Corona unser aller Leben bestimmt. Diese als Jahrhundertpandemie bezeichnete Corona-Pandemie ausgelöst durch das SARS-CoV-2 Virus hatte in kürzester Zeit von den Verantwortlichen Entscheidungen verlangt, die zu weitreichenden Konsequenzen für die Bürger:Innen geführt haben: Lockdowns, Quarantäne, Schulschließungen, Reisebeschränkungen, Maskenpflicht, psychische und wirtschaftliche Schäden haben die Lebensqualität der Bürger:Innen beeinträchtigt. Ähnliche Vorgangsweise beschritt die österreichische Bundesregierung, indem sie die Österreichische Akademie der Wissenschaft (ÖAW) unter Einbindung eines breiten Bürgerdialogs mit der Aufarbeitung der Coronapandemie beauftragte. Der Abschlussbericht wurde Ende Dezember 2023 der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Projektleiter Alexander Bogner sagt dazu: „In der Corona-Krise war das Vertrauen der Bevölkerung in Medien, Wissenschaft und Regierung zunächst hoch. Vertrauensverlust drohen, wenn breite, ergebnisoffene Debatten fehlen, politische Maßnahmen nicht gut kommuniziert werden und Medien, Wissenschaft und Politik den Eindruck erwecken, in Symbiose zu leben“¹. Die von ÖAW unter der Leitung von Prof. Dr. Alexander Bogner durchgeführte Studie umfasst fünf Fallstudien und einer Beschreibung des Bürgerdialogs „Österreich am Wort“ zusammen².

So hat die Pandemie vor allem das Gesundheits- und Sozialsystem, aber auch viele andere Politik-

EMENDAMENTO SOSTITUTIVO DELLA MOZIONE

N. 4/23

Istituzione di una commissione tecnica indipendente per rielaborare quanto accaduto durante la pandemia di Covid

Ora che la pandemia di COVID-19 è terminata, l'esigenza di rielaborarla in modo sistematico ed esplicito appare più che mai attuale. Questa pandemia ha infatti lasciato segni profondi nella società della nostra provincia, avendo determinato le nostre vite per più di tre anni. Quella che è stata chiamata la pandemia del secolo, ovvero la pandemia di Covid scaturita dal virus SARS-CoV-2, ha imposto ai soggetti responsabili di prendere decisioni con forti ripercussioni per le cittadine e i cittadini in tempi molto brevi: lockdown, quarantene, chiusura delle scuole, limitazioni nei viaggi, mascherine obbligatorie nonché danni psicologici ed economici hanno inciso sulla qualità della vita dei cittadini e delle cittadine. Il governo federale austriaco ha adottato un tale approccio, incaricando l'accademia austriaca delle scienze (ÖAW) di rivalutare la pandemia di Covid attraverso un ampio dialogo pubblico. La relazione finale è stata presentata al pubblico alla fine di dicembre 2023. Il responsabile del progetto, Alexander Bogner, in merito ha affermato che *all'inizio della crisi la fiducia dell'opinione pubblica nei media, nella scienza e nel governo era alta, ma se non si effettua un dibattito ampio e aperto, se le misure politiche non vengono comunicate bene e se i media, la scienza e la politica danno l'impressione di vivere in simbiosi si rischia una perdita di fiducia*¹. Lo studio condotto dall'accademia austriaca delle scienze sotto la direzione del prof. dott. Alexander Bogner comprende cinque studi di casi tipo e una descrizione del dialogo pubblico "Österreich am Wort" (La parola all'Austria).²

La pandemia ha colto impreparati soprattutto il sistema sanitario e quello sociale, ma anche molti

¹ <https://oeaw.ac.at>

² <https://doi.org/10.1553/978oeaw95696>

felder weitgehend unvorbereitet getroffen. Viele Defizite wurden deutlich. Nicht nur das Gesundheitssystem gelangte an die Grenzen der Belastbarkeit, auch das Bildungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge wurde erheblich in Mitleidenchaft gezogen.

Viele Menschen fühlten sich nach der COVID-19-Pandemie mit ihren Enttäuschungen, Ängsten und Verlusterfahrungen zunehmend alleingelassen und haben in der Folge ihr Vertrauen in die staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen weitgehend verloren. Konflikte hat es während der Pandemie zur Genüge gegeben, es mangelte aber unter dem Zeitdruck mancher Entscheidungen an transparentem Austausch von unterschiedlichen Argumenten. Die Studie der ÖAW machte deutlich, dass vor allem im Zusammenhang mit der Impfpflicht eine transparente Entscheidungsfindung gefehlt hat. Stattdessen wurde die Impfpflicht als einzige Option dargestellt, um die Pandemie nach fast zwei Jahren in den Griff zu bekommen. Dies verstärkte den moralischen Tonfall in der öffentlichen Debatte.³

Nach und nach werden nun die Auswirkungen der getroffenen Entscheidungen auf die Gesellschaft erkennbar. Die während der Corona-Pandemie getroffenen Schutzmaßnahmen gingen mit **tiefgreifenden Grundrechtseingriffen** einher. Hierzu zählen Besuchsverbote, einsames Sterben in den Alten- und Pflegeeinrichtungen, die Schließung von Kitas, Kindergärten und Schulen, die weitgehende Stilllegung des kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Viele dieser Einschnitte waren nicht verhältnismäßig und haben zu nachhaltigen Belastungen in den Familien, insbesondere der Mütter, geführt.

Die psychische und soziale Vereinsamung der vulnerablen Gruppen wie z.B. psychisch Kranke und hochbetagte Menschen finden leider nicht als Kollateralschäden dieser einschneidenden Maßnahmen ihre entsprechende Anerkennung. Gleiches gilt für das Management der Beschaffung und Lagerung von Masken, Tests, Schutzkleidung und die Coronaimpfung. Die bisherige Reflexion über die Pandemie bleibt zu oberflächlich, zu punktuell und zu sehr nach politischer Meinungshoheit geprägt. Es bedarf einer systematischen Aufarbeitung, um robuste Lehren für zukünftige Krisen zu ziehen und ähnliche Fehler zu vermeiden.

altri settori della politica. Si sono così evidenziate molte carenze. Non è stato solo il sistema sanitario a raggiungere i suoi limiti, anche il mondo dell'educazione, quello economico e quello sociale sono stati fortemente compromessi.

Dopo la pandemia, molte persone si sono sentite sempre più abbandonate con le loro frustrazioni, paure nonché esperienze di perdita, e di conseguenza hanno perso molta fiducia nelle istituzioni dello Stato così come in quelle scientifiche. Durante la pandemia ci sono stati molti conflitti, ma la pressione temporale rispetto ad alcune decisioni ha fatto mancare un dibattito trasparente sulle diverse argomentazioni. Lo studio dell'accademia delle scienze austriaca ha evidenziato l'assenza di un processo decisionale trasparente, in particolare per quanto riguarda le vaccinazioni obbligatorie che invece sono state presentate come l'unica opzione per avere la meglio sulla pandemia dopo quasi due anni. Ciò ha rafforzato i toni moralistici nel dibattito pubblico.³

Oggi stanno gradualmente emergendo gli effetti sulla società delle decisioni prese. Le misure di protezione adottate durante la pandemia di Covid sono state accompagnate da **profonde violazioni dei diritti fondamentali**. Tra questi, il divieto di far visita ai propri cari, i decessi in solitudine nelle case di riposo e di cura, la chiusura degli asili nido, delle scuole per l'infanzia e delle scuole in generale, così come la sospensione di gran parte delle attività culturali, sociali ed economiche. Molte di queste limitazioni erano sproporzionate e hanno causato danni a lungo termine alle famiglie e soprattutto alle madri.

L'isolamento psicologico e sociale di gruppi vulnerabili quali ad esempio i malati mentali e gli anziani purtroppo non è stato riconosciuto come danno collaterale derivante da queste drastiche misure. Lo stesso vale per la gestione dell'acquisizione e dello stoccaggio di mascherine, test, indumenti protettivi e dei vaccini contro il Covid. Le considerazioni fatte finora riguardo alla pandemia rimangono troppo superficiali, selettive e caratterizzate dal pensiero politico predominante. È necessaria una rielaborazione sistematica di quanto accaduto per ricavarne delle solide lezioni per le future crisi ed evitare simili errori.

³ <https://doi.org/10.1553/978oew95696>

Eine offene, kritische und konstruktive Aufarbeitung ist unverzichtbarer Teil eines jeden professionelles Krisenmanagements. Ein sachlicher Austausch unterschiedlicher Standpunkte muss zentrales Merkmal einer offenen demokratischen Diskussions- und Lösungskultur sein.

Diese zu bestellende unabhängige Kommission sollte die **unmittelbaren Auswirkungen** der Pandemie und die Kollateralschäden untersuchen und Strategien für die Bewältigung und die zukünftige Vermeidung nicht evidenzbezogener Entscheidungen erarbeiten. Dabei sollte vor allem das Gesundheitssystem mit der gesamten Versorgungsstruktur, der ambulanten und stationären Pflege, die Perspektive der Menschen mit Pflegebedarf, das Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule, auch unter der Berücksichtigung sozialer und psychologischer Faktoren, die sozialen Spannungen und psychischen Belastungen der Menschen, die wirtschaftlichen Auswirkungen und die Kollateralschäden für das kulturelle und soziale Leben beleuchtet werden.

Einen besonderen Schwerpunkt der Aufarbeitung müssen all jene Maßnahmen sein, die die persönliche Autonomie bei individuellen Therapieentscheidungen (Impfung, antivirale Therapie), die Entscheidungen zu Präventionsmaßnahmen (Masken, Kontakt zu Familienmitgliedern etc.) und die Eingriffe auf organisatorischer Ebene (Besuchsverbote) betroffen haben. Grundsätzlich sollte das gesamte **Pandemiemanagement** kritisch überprüft werden, um Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Die Aufarbeitung muss aus einer systemischen Perspektive unabhängig von politischen Interessen erfolgen. Fachexpertise der Kommissionsmitglieder ist gefordert und die Erfahrungen der Menschen in unserem Land müssen in angemessener Weise in die Arbeit der Kommission einfließen. Die Aufarbeitung der Pandemie muss als **gesamtgesellschaftliche** Aufgabe verstanden werden.

Nur durch ein gemeinschaftliche Vorgehen durch das Einbinden von Bürger:Innen und Expert:Innen kann es gelingen, Vertrauen in die Politik einerseits und in die Wissenschaft andererseits wieder zu gewinnen und die Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft dieses Landes möglichst zu mildern oder weitgehend auszuräumen.

Dies vorausgeschickt

L'approccio aperto, critico e costruttivo rappresenta una parte irrinunciabile di qualsiasi gestione professionale di una crisi. Uno scambio oggettivo dei diversi punti di vista deve essere la caratteristica centrale di una cultura aperta e democratica del dibattito e della ricerca delle soluzioni.

La commissione indipendente da istituire dovrebbe analizzare gli **effetti diretti** della pandemia e i danni collaterali, nonché sviluppare strategie per affrontarli ed evitare che in futuro vengano prese decisioni che non siano basate su delle evidenze. Andrebbe soprattutto esaminato il sistema sanitario con l'intera struttura assistenziale, l'assistenza ambulatoriale e ospedaliera, le prospettive delle persone che necessitano di assistenza, il sistema educativo dagli asili nido alle università, tenendo conto anche dei fattori sociali e psicologici, delle tensioni sociali e dello stress psicologico sulle persone, dell'impatto economico e dei danni collaterali alla vita culturale e sociale.

Un focus particolare di questa rielaborazione deve essere costituito da tutte le misure che hanno inciso sull'autonomia personale nelle scelte terapeutiche individuali (vaccinazione, terapia antivirale) e sulle misure di prevenzione (mascherine, contatti con i familiari, ecc.) così come negli interventi di carattere organizzativo (divieti di visitare i propri cari). Fondamentalmente dovrebbe essere riesaminata in chiave critica l'intera **gestione della pandemia** al fine di trarne degli insegnamenti per il futuro. Questa analisi deve essere condotta in una prospettiva sistemica e indipendentemente dagli interessi politici. Saranno necessarie le competenze di chi fa parte della commissione, e le esperienze delle persone nella nostra provincia devono essere integrate nel lavoro della commissione. La rielaborazione di quanto accaduto durante la pandemia deve essere vista come un compito della **società nel suo complesso**.

Solo con un approccio comune che coinvolga la cittadinanza nonché esperti ed esperte potremo riuscire a rinnovare e rafforzare la fiducia nella politica da un lato, e dall'altro quella nella scienza, e quindi a ridurre al minimo e possibilmente eliminare gli sconvolgimenti all'interno della nostra società.

Ciò premesso,

**verpflichtet
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung**

- 1) eine unabhängige Kommission bestehend aus Expert:Innen verschiedener Fachrichtungen und unter aktiver Einbindung der Bürger und Bürgerinnen unterschiedlicher Berufs- und Gesellschaftsschichten (z.B. Seniorenvereinigung, Jugend-Organisationen, Verbraucherschutz, Gesundheit- und Sozialbereich, Schulen, Altenheime u.a.m.) einzusetzen, um eine systematische und transparente Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie, die das Gesellschaftsgefüge des Landes wesentlich verändert hat, vorzunehmen;
- 2) die unabhängige Fachkommission mit einer sachlich-wissenschaftlichen Aufarbeitung der Auswirkungen der Lockdown-Maßnahmen, der Maskenpflicht, der Test- und Impfstrategien, der gesellschaftlichen Beeinträchtigungen und Auswirkungen aller in der Pandemie getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen zu beauftragen, um Lehren aus den gemachten Erfahrungen für zukünftige Krisen zu ziehen und nächste Pandemien gerüstet zu sein;
- 3) die erarbeiteten Ergebnisse einer öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen, um mit Hilfe dieser Erkenntnisse integrativ und zusammenführend auf die Zivilgesellschaft des Landes zu wirken.
- 4) dem Landtag das erarbeitete Abschlussdokument zur Diskussion vorzulegen, damit er Lehre für zukünftige Maßnahmen bei pandemischen Ereignissen ziehen kann.

gez. Landtagsabgeordnete
Dr. Franz Ploner
Paul Köllensperger
Alex Ploner
Maria Elisabeth Rieder
Brigitte Foppa
Madeleine Rohrer
Zeno Oberkofler
dott. Sandro Repetto
Andreas Leiter Reber

Beim Generalsekretariat des Südtiroler Landtages
am 13.3.2024 eingegangen, Prot. Nr. 1354/ci

**il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano impegna
la Giunta provinciale**

- 1) a istituire una commissione tecnica indipendente, composta da numerosi esperti ed esperte di varie discipline e cui partecipino attivamente cittadini e cittadine che svolgono differenti professioni e provenienti dalle diverse fasce sociali (ad esempio, associazioni degli anziani, organizzazioni giovanili, tutela dei consumatori, settore sanitario e sociale, scuole, case di riposo, ecc.) per rielaborare in modo sistematico e trasparente la pandemia di Covid-19 che tanto ha inciso sul tessuto sociale della nostra provincia;
- 2) a incaricare la commissione tecnica di condurre una rielaborazione oggettiva e scientifica delle ripercussioni delle misure di lockdown, dell'obbligo di portare la mascherina, delle strategie per i test e per le vaccinazioni, così come di tutte le decisioni e misure adottate durante la pandemia, al fine di trarre da queste esperienze insegnamenti per le crisi future nonché per attrezzarsi per le future pandemie;
- 3) a rendere disponibili i risultati per un dibattito pubblico, al fine di utilizzarli per produrre effetti integrativi e unificanti sulla società civile della nostra provincia;
- 4) a sottoporre il documento finale al dibattito del Consiglio provinciale, che così possa trarne insegnamento per le misure future in caso di eventi pandemici.

f.to consiglieri provinciali
dott. Franz Ploner
Paul Köllensperger
Alex Ploner
Maria Elisabeth Rieder
Brigitte Foppa
Madeleine Rohrer
Zeno Oberkofler
dott. Sandro Repetto
Andreas Leiter Reber

Pervenuto alla segreteria generale del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano in data 13/3/2024, n. prot. 1354/MS/pa



XVII. Legislaturperiode

XVII legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 17

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 17

.....

vom 9.5.2024

.....

del 9/5/2024

Präsident
Vizepräsident

Arnold Schuler
Angelo Gennaccaro

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 17

vom 9.5.2024

Inhaltsverzeichnis

Südtirol und Europa - Veranstaltung zum Europa-
tag im Südtiroler Landtag. Seite 1

Beschlussantrag Nr. 6/23 vom 20.12.2023, einge-
bracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Ra-
bensteiner, Knoll und Atz Tammerle, betreffend
Post ans Land. (Fortsetzung)Seite 12

Beschlussantrag Nr. 4/23 vom 6.12.2023, einge-
bracht von den Abgeordneten Ploner Franz, Köl-
lensperger, Ploner Alex und Rieder, betreffend Ein-
setzung einer unabhängigen Fachkommission zur
faktenbezogenen Aufarbeitung der Corona-Pande-
mie.Seite 16

Beschlussantrag Nr. 63/24 vom 22.3.2024, einge-
bracht von den Abgeordneten Deeg und Stauder
Stiftung, betreffend KlimaWirtschaft.
Seite 37

RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE N. 17

del 9/5/2024

Indice

Alto Adige e Europa - Evento in Consiglio provin-
ciale per la Giornata dell'Europa. pag. 1

Mozione n. 6/23 del 20/12/2023, presentata dai
consiglieri Zimmerhofer, Rabensteiner, Knoll e Atz
Tammerle, riguardante le Poste alla Provincia.
(continuazione) pag. 12

Mozione n. 4/23 del 6/12/2023, presentata dai con-
siglieri Ploner Franz, Köllensperger, Ploner Alex e
Rieder, riguardante istituzione di una commissione
di esperti indipendenti incaricata di fare chiarezza
su quanto accaduto durante la pandemia di Covid.
pag. 16

Mozione n. 63/24 del 22/3/2024, presentata dai
consiglieri Deeg e Stauder, riguardante fondazione
KlimaWirtschaft. pag. 37

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Arnold Schuler

Ore 9.30 Uhr

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.

Namensaufruf - appello nominale

Für die heutige Sitzung hat sich die Abgeordnete Scarafoni entschuldigt. Abgeordnete Foppa, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich möchte nur die Kollegin Rohrer entschuldigen, sie sitzt im Zug in Bozen-Süd fest.

PRÄSIDENT: Dann darf ich mitteilen, dass Kollegin Rohrer mit etwas Verspätung zu uns stoßen wird, ebenso die Kollegin Deeg. Kollege Widmann wird von 10.30 bis 11.00 Uhr und die Kollegin Holzeisen bis 10.30 Uhr abwesend sein.

Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten zur Verfügung gestellt. Das Protokoll wurde allen Abgeordneten von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechtsamtes zur Einsicht übermittelt. Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

"Südtirol und Europa" - Veranstaltung zum Europatag im Südtiroler Landtag.

"Alto Adige e Europa" - Evento in Consiglio provinciale per la Giornata dell'Europa.

Der 9. Mai gilt als Gründungsstunde dessen, was wir heute Europäische Union nennen. Vor mittlerweile über 70 Jahren wurde eine Idee geboren, um nach dem Schrecken zweier Weltkriege und nach Jahrhunderten der Konflikte zwischen den Völkern Europas diese zusammenzuschmieden, und zwar auf Dauer, als Projekt des Friedens, der Einheit und des Wohlstandes. Südtirol hat massiv von der Europäischen Union profitiert, unter anderem als Wertegemeinschaft, als Wirtschaftsgemeinschaft, aber auch durch den Abbau der Personenkontrollen an Europas Binnengrenzen. Bedenken wir, dass die Grenzbalken am Brenner, in Winnebach und am Reschen noch nicht so lange her sind. Wir haben vor allem auch von der gemeinsamen Währung profitiert, um hier nur einige Vorteile und große Neuerungen zu nennen. Südtirol ist heute - das kann man behaupten - in den Mittelpunkt Europas gerückt, als Land im Herzen Europas. Zurecht hat der Landtag beschlossen, diesen 9. Mai als Europatag im Landtag abzuhalten und hier entsprechende Veranstaltungen zu organisieren, mit dem Ziel, die Südtiroler Bevölkerung der Europäischen Union und eben die Europäische Union der Südtiroler Bevölkerung näher zu bringen. Deshalb soll der diesjährige Europatag ganz im Zeichen des Themas "Südtirol und Europa" stehen. Es freut mich, dass wir dazu mit Honorarprofessor Dr. Gabriel Toggenburg und Frau Dr. Elisa Bertò zwei absolute Experten zu diesem Thema finden konnten, die uns hier ein Kurzreferat halten werden. Bevor ich diesen beiden Experten das Wort geben werde, darf ich unseren Landeshauptmann um ein paar Grußworte bitten.

Landeshauptmann Kompatscher, Sie haben das Wort.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Danke, Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es geht ja auf eine Initiative des Landtages zurück, dass wir diesen Europatag auch in dieser feierlichen Manier begehen. Ich denke, das ist gut und richtig. Wir nähern uns jetzt einem wichtigen Wahltermin. Europa sollte in aller Munde sein und wir sollten uns wieder bewusst werden, woher eigentlich diese Bewegung stammt. Die Rede Schumans stand damals noch unter dem Eindruck der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, das, was die Folge von Nationalismus, von Rassismus, von diesen Ideologien war und dann die Idee des Friedens, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, aber auch der politischen Zusammenarbeit, der Stabilität, die dadurch erreicht wird. Dieses Projekt hatte Erfolg und es ist wichtig, dass man sich das ins Bewusstsein ruft, gerade in Zeiten, wo die nationalistischen Ideen wieder fröhlichen Urständ feiern, wo es wieder Krieg in Europa gibt, wo vieles in Frage gestellt wird, weil nicht alles perfekt gelingt. So offen muss man sein. Aber ich denke,

dass es leider allzu oft der Fall ist, wie diese berechtigte Kritik an den Entscheidungen, an den Entscheidungsprozessen selbst, an den Organisationsstrukturen doch dann eher eigentlich etwas anderes ist, nämlich ein Infragestellen der Idee selbst. Das sollte niemals passieren. Ganz im Gegenteil, diese gilt es hochzuhalten an Tagen wie diesen, gerade - und damit schließe ich - als Südtiroler/als Südtirolerin. Wenn wir nicht begeisterte Europäer und Europäerinnen sind, wer dann? Uns ermöglicht diese Idee der Europäischen Einheit Grenzen zu überwinden. Schengen war ein Meilenstein, das Wegfallen der Grenzbarrieren, der Passkontrollen, die Europäische Einheitswährung, die Reise- und Niederlassungsfreiheit. All diese Möglichkeiten, die uns die Europäische Einigung bietet und nicht Europa als Kontinent, ja, wir bekennen uns oft zu Europa hin. Zu Europa, was heißt das? Wir sollten uns doch zu dem bekennen, was tatsächlich ist, nämlich zu dieser Zusammenarbeit und zur Europäischen Einigung. Das ist letztlich die aus den ursprünglichen Verträgen entstandene Europäische Union. In diesem Sinne sollten wir alle dafür arbeiten, für dieses Europa der Völker, der Regionen, dieses Europa der Vielfalt und dieses Europa der Werte einzustehen, denn diese Europäische Idee von Demokratie, Freiheit und Gleichheit ist keine Selbstverständlichkeit auf der Welt. Auch hier braucht es ein gemeinsames Europa, das stark für diese Werte global auftritt. Danke schön und ich freue mich schon auf die Referate!

PRÄSIDENT: Ich darf nun das Wort an Frau Dr. Elisa Bertò weitergeben und sie ans Rednerpult bitten. Sie ist Generalsekretärin des EVTZ der Provinz Trient. Prego, dott.ssa Bertò, a Lei la parola.

BERTÒ Dr. Elisa (Segretario generale del GECT): Buongiorno a tutti e grazie dell'invito.

Nella Festa dell'Europa è per me naturale parlare di Alto Adige, è più una sfida pensarli vicini Alto Adige ed Europa che pensarli la stessa cosa.

Cercherò di soffermarmi su un aspetto che la storiografia non ha del tutto approfondito, sappiamo che questa si è soffermata sul fatto che il contesto internazionale e quello nazionale italiano ha condizionato la soluzione individuata per la questione dell'Alto Adige, meno su come quella ricerca di una soluzione abbia anticipato qui e influenzato la creazione e le forme dell'Unione Europea.

In questo breve spazio cercherò di far emergere alcuni punti di contatto tra la storia recente dell'Alto Adige e quella europea, e di ripercorrere alcuni passaggi e alcuni nodi per far vedere come nel loro rispettivo costituirsi abbiano in qualche modo dialogato, tenendo come soggetto l'Alto Adige. Chiaramente un punto di vista e non un nesso causale stretto.

Sappiamo che lo stato di conflitto permanente in ampie aree dell'Europa sin dagli anni Venti rivelava quanto la pretesa di far coincidere il nuovo sistema degli Stati europei con linee di demarcazione su base nazionale non tenesse conto che la storia aveva lavorato in profondità in un senso totalmente opposto e quanto i principi di nazionalità e autodeterminazione cui si era legata tutta la risistemazione della mappa geopolitica europea avessero contribuito a porre le basi per la nuova seconda esplosione bellica. Si era di fronte a un composto permanentemente instabile, fatto di rivendicazioni intrinsecamente conflittuali, a cui non aveva posto alcun rimedio nemmeno la Società delle Nazioni, che pure come sappiamo configurava il riconoscimento dei diritti delle minoranze come una condizione preliminare per l'adesione allo stesso organismo multilaterale degli Stati nati a seguito del conflitto.

Sebbene dunque in quel contesto il principio di autodeterminazione trovasse un posto d'onore anche nella Carta delle neonate Nazioni Unite, nessuna clausola sulla protezione fu inserita nei trattati bi- e multilaterali siglati alla fine delle ostilità.

Anche l'Europa che nasceva dalle ceneri del secondo conflitto mondiale venne ridisegnata avendo quale obiettivo primario l'equilibrio tra le due superpotenze, e con un disinteresse pressoché assoluto per le sorti di popoli e identità linguistiche. Come già alla fine della grande guerra, l'Europa centro-orientale appariva un puzzle incomponibile di lingue e popoli sotto il controllo politico e militare dell'Unione sovietica, non certo interessata a creare in Alto Adige un precedente basato sulla ricerca di linee di demarcazione etniche o su dichiarazioni di principio un po' troppo impegnative.

Negli anni Cinquanta il dibattito europeo era proiettato piuttosto verso l'integrazione continentale e il consolidamento della sfera euro-atlantica di sicurezza collettiva. Basti pensare alle politiche di espulsione dei tedescofoni dai territori dell'Europa orientale per mostrare quali fossero i progetti di "semplificazione" del quadro etnico-linguistico. Nulla di più lontano dall'idea di rispetto delle minoranze.

In definitiva, nessuno tra i Grandi vincitori della guerra aveva interesse a lasciar decidere alla popolazione residente le sorti di un territorio etnicamente plurale e misto come l'Alto Adige, correndo magari il rischio di scatenare una corsa a richiedere il ricorso a soluzioni analoghe altrove.

La riapertura della questione in via di principio avrebbe infatti potuto scoperciare il vaso di Pandora e sparso nuovo sale sulle rivendicazioni nelle aree extraeuropee che avevano fatto la loro parte negli eserciti imperiali e che ora però aspiravano a gran voce al rispetto del principio di autodeterminazione. A dare un'idea della portata degli eventi, basti ricordare che nell'arco di tempo intercorso tra la firma dell'Accordo De Gasperi Gruber e l'entrata in vigore del Primo Statuto di autonomia, a migliaia di chilometri di distanza aveva luogo l'emancipazione dell'intero subcontinente indiano dall'Impero britannico e quasi contestualmente la divisione tra India e Pakistan, con costi umani già inimmaginabili e con una delle più imponenti migrazioni di massa della storia.

Quel grande laboratorio di culture, di saperi, di esperienze, di tradizioni, di forme di autogoverno, come territorio di confine e di transito l'Alto Adige era tuttavia destinato a confrontarsi con la sua dimensione europea, e viceversa quest'ultima doveva tener conto dell'Alto Adige per consentire un futuro di collaborazione, anche economica, di grande importanza per la pacificazione e la stabilità europea.

La prima regolamentazione giuridica della questione giunge con l'Accordo De Gasperi Gruber. A quasi ottant'anni di distanza possiamo provare a guardarlo non dall'interno, ma da uno scranno europeo come uno strumento legale comunque sicuro nel suo ancoraggio internazionale, flessibile e orientato alla ricerca di soluzioni politiche operative e costruttive per il futuro, che però sappiamo non essere arrivate subito.

Da fuori non si può allora negare l'evidenza che questo costituì un unicum nel secondo dopoguerra, collocandosi in un contesto politico e legale sfavorevole, come dicevamo prima, alla presa in considerazione dei problemi delle minoranze nazionali (gli stessi termini di «nazionalità» e «minoranza» conobbero un evidente oscuramento in quegli anni). La minoranza sudtirolese fu infatti l'unica, in quel determinato periodo storico, a ottenere una forma di garanzia riconosciuta in sede internazionale.

Ancora da fuori allora pare spontaneo e importante chiedersi da un lato in che misura le vicende interne dell'Alto Adige abbiano anche drammaticamente contribuito a sensibilizzare la comunità internazionale sul tema delle minoranze, e dall'altro quanto abbiano poi contribuito alla costruzione degli effettivi strumenti di tutela.

La possibilità di costruire un'Europa dei diritti pacificamente unita era un'utopia.

Gli anni Sessanta si aprivano qui con la Notte dei Fuochi e le drammatiche conseguenze del terrorismo e al centro dell'Europa con la costruzione del muro di Berlino.

È in questo stesso decennio che una serie di organizzazioni in Europa occidentale iniziano ad avanzare rivendicazioni di riconoscimento e di rispetto «con nuovo vigore, fiducia e talvolta violenza». Soltanto per citare i casi più eclatanti, risale al 1969 la nascita dell'IRA in Irlanda del Nord, e un anno prima l'ETA compiva la prima azione violenta contro un rappresentante delle forze dell'ordine spagnole.

Per quanto su un piano diverso, nel 1967 è il Partito Nazionale Scozzese che fa il suo ingresso per la prima volta nel Parlamento britannico. Anche sull'altro versante della «cortina di ferro», la fine degli anni Sessanta produsse una ventata di rivendicazioni linguistico-culturali dell'area croata con una assertività sconosciuta dalla fine della guerra.

In direzione opposta, se guardiamo a modo di come abbiamo premesso, andava l'altra grande novità del dopoguerra, vale a dire il processo di integrazione europea. Erano stati firmati i trattati istitutivi della Comunità Europea e dunque l'impegno a una progressiva riduzione degli impedimenti della circolazione di merci, capitali e persone. Il progetto avrebbe riscosso risultati materiali talmente positivi da impegnare le parti coinvolte ad accelerare le tappe del suo completamento; un successo piuttosto sorprendente da persuadere anche chi se ne era chiamato fuori inizialmente (in primis la Gran Bretagna) a cercare poi di salire sul treno in corsa.

Nonostante un percorso accidentato e tutt'altro che rettilineo, lo sappiamo, il processo di integrazione costituì un moltiplicatore apprezzabile degli effetti del boom economico. Anche la rinuncia all'impossibile modifica dei confini si accompagnava a un loro progressivo depotenziamento simbolico e a una loro maggiore «porosità», facilitando quegli scambi umani, culturali ed economici che erano l'obiettivo nonché uno sviluppo collettivo più omogeneo da entrambe le parti della cortina di ferro.

Segnali simili di concreta apertura si registravano anche in Alto Adige: l'esperienza della Commissione dei 19 e dell'elaborazione del Pacchetto avevano in qualche misura definitivamente orientato la soluzione della questione altoatesina verso la costruzione di possibilità di futuro sviluppo attraverso lo strumento innovativo dell'autonomia. Non è sbagliato ricondurre quella fase, il Secondo Statuto e l'istituzione delle due Province autonome di Trento e Bolzano a quella spinta propulsiva e valutarlo come uno dei risultati più concreti e adeguati di quella stagione: aver trasformato il caso altoatesino da ultimo conflitto aperto del passato a opportunità di futuro; aver saputo immaginare con maggiore libertà soluzioni innovative per superare vecchie contrappo-



BESCHLUSSANTRAG

Nr. 4/23

Einsetzung einer unabhängigen Fachkommission zur faktenbezogenen Aufarbeitung der Corona-Pandemie

Nach dem Abklingen der COVID-19 Pandemie scheint die Forderung der systematischen und expliziten Aufarbeitung aktueller denn je. Denn diese Pandemie hat in der Gesellschaft unseres Landes tiefe Spuren hinterlassen. Über drei Jahre hat Corona unser aller Leben bestimmt. Diese als Jahrhundertpandemie bezeichnete Corona-Pandemie ausgelöst durch das SARS-CoV-2 Virus hatte in kürzester Zeit von den Verantwortlichen Entscheidungen verlangt, die zu weitreichenden Konsequenzen für die Bürger:Innen geführt haben: Lockdowns, Quarantäne, Schulschließungen, Reisebeschränkungen, Maskenpflicht, psychische und wirtschaftliche Schäden haben die Lebensqualität der Bürger:Innen beeinträchtigt. Ähnliche Vorgangsweise beschritt die österreichische Bundesregierung, indem sie die Österreichische Akademie der Wissenschaft (ÖAW) unter Einbindung eines breiten Bürgerdialogs mit der Aufarbeitung der Coronapandemie beauftragte. Der Abschlussbericht wurde Ende Dezember 2023 der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Projektleiter Alexander Bogner sagt dazu: „In der Corona-Krise war das Vertrauen der Bevölkerung in Medien, Wissenschaft und Regierung zunächst hoch. Vertrauensverlust drohen, wenn breite, ergebnisoffene Debatten fehlen, politische Maßnahmen nicht gut kommuniziert werden und Medien, Wissenschaft und Politik den Eindruck erwecken, in Symbiose zu leben“¹. Die von ÖAW unter der Leitung von Prof. Dr. Alexander Bogner durchgeführte Studie umfasst fünf Fallstudien und einer Beschreibung des Bürgerdialogs „Österreich am Wort“ zusammen².

So hat die Pandemie vor allem das Gesundheits- und Sozialsystem, aber auch viele andere Politik-

MOZIONE

N. 4/23

Istituzione di una commissione tecnica indipendente per rielaborare quanto accaduto durante la pandemia di Covid

Ora che la pandemia di COVID-19 è terminata, l'esigenza di rielaborarla in modo sistematico ed esplicito appare più che mai attuale. Questa pandemia ha infatti lasciato segni profondi nella società della nostra provincia, avendo determinato le nostre vite per più di tre anni. Quella che è stata chiamata la pandemia del secolo, ovvero la pandemia di Covid scaturita dal virus SARS-CoV-2, ha imposto ai soggetti responsabili di prendere decisioni con forti ripercussioni per le cittadine e i cittadini in tempi molto brevi: lockdown, quarantene, chiusura delle scuole, limitazioni nei viaggi, mascherine obbligatorie nonché danni psicologici ed economici hanno inciso sulla qualità della vita dei cittadini e delle cittadine. Il governo federale austriaco ha adottato un tale approccio, incaricando l'accademia austriaca delle scienze (ÖAW) di rivalutare la pandemia di Covid attraverso un ampio dialogo pubblico. La relazione finale è stata presentata al pubblico alla fine di dicembre 2023. Il responsabile del progetto, Alexander Bogner, in merito ha affermato che *all'inizio della crisi la fiducia dell'opinione pubblica nei media, nella scienza e nel governo era alta, ma se non si effettua un dibattito ampio e aperto, se le misure politiche non vengono comunicate bene e se i media, la scienza e la politica danno l'impressione di vivere in simbiosi si rischia una perdita di fiducia*¹. Lo studio condotto dall'accademia austriaca delle scienze sotto la direzione del prof. dott. Alexander Bogner comprende cinque studi di casi tipo e una descrizione del dialogo pubblico "Österreich am Wort" (La parola all'Austria).²

La pandemia ha colto impreparati soprattutto il sistema sanitario e quello sociale, ma anche molti

¹ <https://oeaw.ac.at>

² <https://doi.org/10.1553/978oeaw95696>

felder weitgehend unvorbereitet getroffen. Viele Defizite wurden deutlich. Nicht nur das Gesundheitssystem gelangte an die Grenzen der Belastbarkeit, auch das Bildungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge wurde erheblich in Mitleidenchaft gezogen.

Viele Menschen fühlten sich nach der COVID-19-Pandemie mit ihren Enttäuschungen, Ängsten und Verlusterfahrungen zunehmend alleingelassen und haben in der Folge ihr Vertrauen in die staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen weitgehend verloren. Konflikte hat es während der Pandemie zur Genüge gegeben, es mangelte aber unter dem Zeitdruck mancher Entscheidungen an transparentem Austausch von unterschiedlichen Argumenten. Die Studie der ÖAW machte deutlich, dass vor allem im Zusammenhang mit der Impfpflicht eine transparente Entscheidungsfindung gefehlt hat. Stattdessen wurde die Impfpflicht als einzige Option dargestellt, um die Pandemie nach fast zwei Jahren in den Griff zu bekommen. Dies verstärkte den moralischen Tonfall in der öffentlichen Debatte.³

Nach und nach werden nun die Auswirkungen der getroffenen Entscheidungen auf die Gesellschaft erkennbar. Die während der Corona-Pandemie getroffenen Schutzmaßnahmen gingen mit **tiefgreifenden Grundrechtseingriffen** einher. Hierzu zählen Besuchsverbote, einsames Sterben in den Alten- und Pflegeeinrichtungen, die Schließung von Kitas, Kindergärten und Schulen, die weitgehende Stilllegung des kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Viele dieser Einschnitte waren nicht verhältnismäßig und haben zu nachhaltigen Belastungen in den Familien, insbesondere der Mütter, geführt.

Die psychische und soziale Vereinsamung der vulnerablen Gruppen wie z.B. psychisch Kranke und hochbetagte Menschen finden leider nicht als Kollateralschäden dieser einschneidenden Maßnahmen ihre entsprechende Anerkennung. Gleiches gilt für das Management der Beschaffung und Lagerung von Masken, Tests, Schutzkleidung und die Coronaimpfung. Die bisherige Reflexion über die Pandemie bleibt zu oberflächlich, zu punktuell und zu sehr nach politischer Meinungshoheit geprägt. Es bedarf einer systematischen Aufarbeitung, um robuste Lehren für zukünftige Krisen zu ziehen und ähnliche Fehler zu vermeiden.

altri settori della politica. Si sono così evidenziate molte carenze. Non è stato solo il sistema sanitario a raggiungere i suoi limiti, anche il mondo dell'educazione, quello economico e quello sociale sono stati fortemente compromessi.

Dopo la pandemia, molte persone si sono sentite sempre più abbandonate con le loro frustrazioni, paure nonché esperienze di perdita, e di conseguenza hanno perso molta fiducia nelle istituzioni dello Stato così come in quelle scientifiche. Durante la pandemia ci sono stati molti conflitti, ma la pressione temporale rispetto ad alcune decisioni ha fatto mancare un dibattito trasparente sulle diverse argomentazioni. Lo studio dell'accademia delle scienze austriaca ha evidenziato l'assenza di un processo decisionale trasparente, in particolare per quanto riguarda le vaccinazioni obbligatorie che invece sono state presentate come l'unica opzione per avere la meglio sulla pandemia dopo quasi due anni. Ciò ha rafforzato i toni moralistici nel dibattito pubblico.³

Oggi stanno gradualmente emergendo gli effetti sulla società delle decisioni prese. Le misure di protezione adottate durante la pandemia di Covid sono state accompagnate da **profonde violazioni dei diritti fondamentali**. Tra questi, il divieto di far visita ai propri cari, i decessi in solitudine nelle case di riposo e di cura, la chiusura degli asili nido, delle scuole per l'infanzia e delle scuole in generale, così come la sospensione di gran parte delle attività culturali, sociali ed economiche. Molte di queste limitazioni erano sproporzionate e hanno causato danni a lungo termine alle famiglie e soprattutto alle madri.

L'isolamento psicologico e sociale di gruppi vulnerabili quali ad esempio i malati mentali e gli anziani purtroppo non è stato riconosciuto come danno collaterale derivante da queste drastiche misure. Lo stesso vale per la gestione dell'acquisizione e dello stoccaggio di mascherine, test, indumenti protettivi e dei vaccini contro il Covid. Le considerazioni fatte finora riguardo alla pandemia rimangono troppo superficiali, selettive e caratterizzate dal pensiero politico predominante. È necessaria una rielaborazione sistematica di quanto accaduto per ricavarne delle solide lezioni per le future crisi ed evitare simili errori.

³ <https://doi.org/10.1553/978oew95696>

Eine offene, kritische und konstruktive Aufarbeitung ist unverzichtbarer Teil eines jeden professionelles Krisenmanagements. Ein sachlicher Austausch unterschiedlicher Standpunkte muss zentrales Merkmal einer offenen demokratischen Diskussions- und Lösungskultur sein.

Diese zu bestellende unabhängige Kommission sollte die **unmittelbaren Auswirkungen** der Pandemie und die Kollateralschäden untersuchen und Strategien für die Bewältigung und die zukünftige Vermeidung nicht evidenzbezogener Entscheidungen erarbeiten. Dabei sollte vor allem das Gesundheitssystem mit der gesamten Versorgungsstruktur, der ambulanten und stationären Pflege, die Perspektive der Menschen mit Pflegebedarf, das Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule, auch unter der Berücksichtigung sozialer und psychologischer Faktoren, die sozialen Spannungen und psychischen Belastungen der Menschen, die wirtschaftlichen Auswirkungen und die Kollateralschäden für das kulturelle und soziale Leben beleuchtet werden.

Einen besonderen Schwerpunkt der Aufarbeitung müssen all jene Maßnahmen sein, die die persönliche Autonomie bei individuellen Therapieentscheidungen (Impfung, antivirale Therapie), die Entscheidungen zu Präventionsmaßnahmen (Masken, Kontakt zu Familienmitgliedern etc.) und die Eingriffe auf organisatorischer Ebene (Besuchsverbote) betroffen haben. Grundsätzlich sollte das gesamte **Pandemiemanagement** kritisch überprüft werden, um Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Die Aufarbeitung muss aus einer systemischen Perspektive unabhängig von politischen Interessen erfolgen. Fachexpertise der Kommissionsmitglieder ist gefordert und die Erfahrungen der Menschen in unserem Land müssen in angemessener Weise in die Arbeit der Kommission einfließen. Die Aufarbeitung der Pandemie muss als **gesamtgesellschaftliche** Aufgabe verstanden werden.

Nur durch ein gemeinschaftliche Vorgehen durch das Einbinden von Bürger:Innen und Expert:Innen kann es gelingen, Vertrauen in die Politik einerseits und in die Wissenschaft andererseits wieder zu gewinnen und die Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft dieses Landes möglichst zu mildern oder weitgehend auszuräumen.

Dies vorausgeschickt

L'approccio aperto, critico e costruttivo rappresenta una parte irrinunciabile di qualsiasi gestione professionale di una crisi. Uno scambio oggettivo dei diversi punti di vista deve essere la caratteristica centrale di una cultura aperta e democratica del dibattito e della ricerca delle soluzioni.

La commissione indipendente da istituire dovrebbe analizzare gli **effetti diretti** della pandemia e i danni collaterali, nonché sviluppare strategie per affrontarli ed evitare che in futuro vengano prese decisioni che non siano basate su delle evidenze. Andrebbe soprattutto esaminato il sistema sanitario con l'intera struttura assistenziale, l'assistenza ambulatoriale e ospedaliera, le prospettive delle persone che necessitano di assistenza, il sistema educativo dagli asili nido alle università, tenendo conto anche dei fattori sociali e psicologici, delle tensioni sociali e dello stress psicologico sulle persone, dell'impatto economico e dei danni collaterali alla vita culturale e sociale.

Un focus particolare di questa rielaborazione deve essere costituito da tutte le misure che hanno inciso sull'autonomia personale nelle scelte terapeutiche individuali (vaccinazione, terapia antivirale) e sulle misure di prevenzione (mascherine, contatti con i familiari, ecc.) così come negli interventi di carattere organizzativo (divieti di visitare i propri cari). Fondamentalmente dovrebbe essere riesaminata in chiave critica l'intera **gestione della pandemia** al fine di trarne degli insegnamenti per il futuro. Questa analisi deve essere condotta in una prospettiva sistemica e indipendentemente dagli interessi politici. Saranno necessarie le competenze di chi fa parte della commissione, e le esperienze delle persone nella nostra provincia devono essere integrate nel lavoro della commissione. La rielaborazione di quanto accaduto durante la pandemia deve essere vista come un compito della **società nel suo complesso**.

Solo con un approccio comune che coinvolga la cittadinanza nonché esperti ed esperte potremo riuscire a rinnovare e rafforzare la fiducia nella politica da un lato, e dall'altro quella nella scienza, e quindi a ridurre al minimo e possibilmente eliminare gli sconvolgimenti all'interno della nostra società.

Ciò premesso,

**verpflichtet
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung**

- 1) eine unabhängige Kommission bestehend aus Expert:Innen verschiedener Fachrichtungen und unter aktiver Einbindung der Bürger und Bürgerinnen unterschiedlicher Berufs- und Gesellschaftsschichten (z.B. Seniorenvereinigung, Jugend-Organisationen, Verbraucherschutz, Gesundheit- und Sozialbereich, Schulen, Altenheime u.a.m.) einzusetzen, um eine systematische und transparente Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie, die das Gesellschaftsgefüge des Landes wesentlich verändert hat, vorzunehmen;
- 2) die unabhängige Fachkommission mit einer sachlich-wissenschaftlichen Aufarbeitung der Auswirkungen der Lockdown-Maßnahmen, der Maskenpflicht, der Test- und Impfstrategien, der gesellschaftlichen Beeinträchtigungen und Auswirkungen aller in der Pandemie getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen zu beauftragen, um Lehren aus den gemachten Erfahrungen für zukünftige Krisen zu ziehen und nächste Pandemien gerüstet zu sein;
- 3) die erarbeiteten Ergebnisse einer öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen, um mit Hilfe dieser Erkenntnisse integrativ und zusammenführend auf die Zivilgesellschaft des Landes zu wirken.
- 4) dem Landtag das erarbeitete Abschlussdokument zur Diskussion vorzulegen, damit er Lehre für zukünftige Maßnahmen bei pandemischen Ereignissen ziehen kann.

**il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano impegna
la Giunta provinciale**

- 1) a istituire una commissione tecnica indipendente, composta da numerosi esperti ed esperte di varie discipline e cui partecipino attivamente cittadini e cittadine che svolgono differenti professioni e provenienti dalle diverse fasce sociali (ad esempio, associazioni degli anziani, organizzazioni giovanili, tutela dei consumatori, settore sanitario e sociale, scuole, case di riposo, ecc.) per rielaborare in modo sistematico e trasparente la pandemia di Covid-19 che tanto ha inciso sul tessuto sociale della nostra provincia;
- 2) a incaricare la commissione tecnica di condurre una rielaborazione oggettiva e scientifica delle ripercussioni delle misure di lockdown, dell'obbligo di portare la mascherina, delle strategie per i test e per le vaccinazioni, così come di tutte le decisioni e misure adottate durante la pandemia, al fine di trarre da queste esperienze insegnamenti per le crisi future nonché per attrezzarsi per le future pandemie;
- 3) a rendere disponibili i risultati per un dibattito pubblico, al fine di utilizzarli per produrre effetti integrativi e unificanti sulla società civile della nostra provincia;
- 4) a sottoporre il documento finale al dibattito del Consiglio provinciale, che così possa trarne insegnamento per le misure future in caso di eventi pandemici.

sizioni. Il depotenziamento simbolico della contesa e la ricerca di soluzioni concrete orientate al futuro, alla pace, fu la strada prescelta dagli attori della vicenda.

Soffiava dunque il vento dello spirito europeo, ma non si spegneva il fuoco della violenza e della controversia tra Italia e Austria che aveva portato la questione, sappiamo, in altra sede, all'ONU, una relazione tesa, grigia, tra i due Paesi.

La possibile associazione dell'Austria a questo processo di integrazione in atto trovava ragioni di contrasto, non da ultimo da parte delle autorità italiane che nel 1967, dopo cima Vallona, opposero il loro veto all'ingresso dell'Austria nella CEE e nel Mercato comune europeo, almeno fintantoché Vienna non avesse dimostrato buona volontà nel favorire il lavoro dei 19, del Pacchetto, di elaborazione del Secondo Statuto e soprattutto avesse impedito che gli elementi locali più oltranzisti ricevessero supporto e aiuto in territorio austriaco. Il veto contribuì a raffreddare ancora di più i rapporti e a imporre un arresto di almeno due anni alle trattative, ma finì per accelerare la ricerca di una soluzione normativa intelligente per la questione sudtirolese. Ricordiamoci che tra gli obiettivi dichiarati del terrorismo sudtirolese c'era quello di richiamare l'attenzione internazionale e l'Alto Adige interveniva anche così sulla scena europea: sciogliendosi la vicenda sudtirolese si sarebbe aperto non a caso l'ingresso dell'Austria nell'Unione.

Se dunque da un lato il dibattito alle Nazioni Unite servì da stimolo indifferibile per l'Italia ad affrontare finalmente l'inadeguatezza del Primo Statuto e della sua applicazione, il veto all'associazione alla CEE fece altrettanto per sciogliere definitivamente le ambiguità del comportamento di Vienna, mostrando come richieste e atteggiamenti massimalisti fossero incompatibili con gli sviluppi in corso in Europa occidentale e soprattutto con la stessa idea di Europa.

Al momento della definitiva adesione dell'Austria all'Unione Europea nel 1995 il processo d'integrazione aveva modificato in modo sostanziale la percezione delle frontiere in Europa e con esse le questioni etnico-nazionali. Il Brennero, come altri contestati confini europei, sarebbe stato depotenziato dall'entrata in vigore del Trattato di Schengen e declassato, per così dire in un certo senso, al rango di confine amministrativo tra due Stati dell'Unione. Non sorprende dunque che la chiusura definitiva della vertenza internazionale sia giunta in questa temperie nel 1992.

Con l'entrata in vigore del Trattato di Maastricht l'anno successivo l'Alto Adige ha conosciuto, come già ricordato, una nuova dimensione: le decisioni e le misure adottate a livello europeo hanno iniziato ad avere un impatto più forte e più immediato sulle Regioni, le Città e i Comuni. Questi sono infatti diventati responsabili dell'attuazione del diritto europeo, senza tuttavia essere veramente coinvolti nel processo legislativo. L'effetto è stato percepito in modo netto in molti settori dell'economia. Tutto ciò richiedeva una reazione politica ampiamente coordinata se si voleva dare maggior risalto alle regioni all'interno dell'Europa e fare valere i loro interessi specifici nel processo legislativo comunitario in tempi brevi e in modo più incisivo. Implicitamente il messaggio collegato a questa volontà era chiaro: sì ad un'Europa unita e maggiormente integrata che riconosce e rispetta il principio di sussidiarietà e quindi le esigenze dei vari territori, no all'idea di un'Europa accentratrice e unificatrice in cui non trovano posto le specificità regionali.

A livello istituzionale l'Alto Adige disponeva a tal fine di due preziosi strumenti: i suoi rappresentanti presso il Parlamento europeo e la partecipazione del presidente della Provincia al Comitato delle Regioni, l'organo consultivo dell'UE che compie quest'anno trent'anni.

A ribadire la vocazione europea è anche l'iniziativa del 1995, dove la Provincia di Bolzano è stata tra le prime, assieme al Land Tirol e alla Provincia di Trento, ad aprire un proprio ufficio di rappresentanza presso le istituzioni europee, nonostante la tendenza opposta, rivolta al centralismo, prevalente presso le autorità. Ricordiamoci di uno dei discorsi più significativi dell'allora presidente della Repubblica Scalfaro nel novembre del 1995 a Trento dove metteva in guardia circa la possibilità di costruire un'Euroregione come un atto sovversivo nei confronti della Repubblica.

Questo modello transfrontaliero era scelto molto consapevolmente; si tratta della prima e finora unica rappresentanza europea comune di Regioni confinanti appartenenti a diversi Stati membri, intesa a sfruttare non solo gli effetti pratici derivanti dalla sinergia, ma anche a dare risalto alla vocazione europea di questa, come spesso ricorda il presidente Kompatscher, piccola Europa in Europa. Un segno concreto dell'apertura e della disponibilità a partecipare in modo costruttivo alla realizzazione del comune progetto europeo. Se oggi le Regioni vengono riconosciute dall'UE come preziosi interlocutori e sono direttamente coinvolte in qualche misura nel processo decisionale di molti settori, significa che anche quell'impegno, quel coraggio, per riprendere le premesse di questo discorso, è stato ricompensato.

La storia dell'Alto Adige ha già avuto un concreto impatto nel consolidamento dell'idea di un'Europa unita nella diversità coesa, armoniosa. Ruolo che si è ritagliato incrementando le proprie condizioni di possibilità attraverso l'uso dello strumento dell'autonomia. L'autonomia in generale, prima di definire il modo di organizzarsi di un ente o la sua posizione nell'ordinamento, riguarda ricordiamocelo, il modo di organizzarsi sul territorio di una determinata comunità, di una porzione di popolo che acquista in questo modo una propria identità, identità che con pure elementi peculiari di storia, lingua, cultura, tradizioni, cultura materiale, è propriamente l'identità politica, che si costruisce anche attraverso la rappresentanza e la partecipazione all'esercizio dell'azione politica.

Entro questa accezione complessiva l'autonomia, definendo spazi territoriali come spazi politici, diventa, è diventata in Alto Adige, garanzia di pluralismo. Cioè assume valore, ha assunto valore. Un valore che non è dato dal mero fatto della differenziazione, che si misura in termini di quantità e qualità di competenze, ma dalla sua capacità di essere uno dei modi attraverso i quali il popolo esercita la sovranità di cui è titolare.

Se dunque dal caso altoatesino emerge una «lezione» utile non solo al continuo ripensare e alimentare i propri presupposti costitutivi, ma, come tante volte si immagina, anche alla soluzione di altri conflitti etnico-nazionali, questa lezione non può risiedere però nei contenuti degli accordi che l'hanno regolata, ma, a mio avviso, nel metodo scelto: la gestione del grado di internazionalizzazione cui è stato sottoposto, la scelta degli strumenti negoziali rivolti al futuro, la comune volontà e capacità dei principali attori di lavorare con spirito innovativo nel quadro di una valutazione realistica dei loro limiti e delle loro possibilità.

Non tanto il modello ma il "metodo Alto Adige", perché l'Alto Adige ha saputo costruirsi attraverso la comprensione positiva del confine, interpretando lo spazio alpino come spazio aperto; da qui ha saputo costruire un modello di autonomia territoriale che ha contribuito a plasmare un'Europa dei diritti; ha saputo giocare la propria posizione liminale nel dialogo, senza chiudersi nella dimensione dell'autogoverno, ma anticipando concettualità nuove come quella della "dimensione transfrontaliera" prima che ci fosse un Regolamento europeo a consentirla.

Nella sua dimensione istituzionale internazionale ha confermato la direzione dell'Europa verso il trattato di Maastricht e la costruzione dello spazio di Schengen; nell'uso della strumentazione europea, a 30 anni dall'istituzione del Comitato delle Regioni, l'Alto Adige ha forse preso anche più sul serio di altri la filosofia dell'"Europa delle regioni" sviluppando capacità di governance e una dinamica circolare dell'integrazione europea.

La sfida dunque a mio avviso sta nell'imparare a usare il metodo Alto Adige, a usare questo metodo nella sua straordinaria natura di costruttore di condizioni di possibilità, di piattaforma di lavoro comune per trattare grandi temi che hanno bisogno necessariamente di partire dalla comparazione e dalla ricerca di soluzioni attraverso strumenti nuovi.

Non solo usarlo, ma imparare ad usarlo con coraggio, altrimenti perderemo l'occasione di essere ancora una volta, mi permetto di mettermici anch'io, una terra di intuizioni, lungimiranza, di donne e di uomini, che hanno costruito un modello unico al mondo di convivenza e di diritti, che ha fatto scuola anche per la costruzione di questo spazio europeo.

PRÄSIDENT: Ich darf nun das Wort an den Rechtsexperten für Europaangelegenheiten, Honorarprofessor Dr. Gabriel Toggenburg geben, bitte.

TOGGENBURG Dr. Gabriel N. (Honorarprofessor für die Europäische Union und die Menschenrechte): Guten Morgen, vielen Dank für die Einladung! Es ist eine große Ehre, in diesem Hohen Haus sprechen zu dürfen. Europa ist in politischen Sonntagsreden meistens so ein rosa gefärbtes Schmusethema. Da heute Donnerstag ist, ist es natürlich verboten, eine Sonntagsrede zu halten und ich werde versuchen, möglichst kritisch zu sein, wobei ich aus Transparenzgründen sagen muss, dass ich seit 14 Jahren für die Europäische Union arbeite, also bin ich befangen. Aber ich habe auch 10 Jahre lang für die furchtbar kritische Europäische Akademie gearbeitet und hoffe doch, eine gewisse Kritikfähigkeit, Eigenkritikfähigkeit bewahrt zu haben. Um Sie nicht zu langweilen, versuche ich, es möglichst kurz zu machen und nur drei Fragen anzusprechen. Die Fragen wären erstens: Wie südtirolfreundlich ist die Europäische Union? Zweitens: Wie EU-freundlich ist Südtirol? Und als Abschluss, als Nachspeise sozusagen: Wer und was ist eigentlich die Europäische Union? Fangen wir mit der Frage an, wie südtirolfreundlich die Europäische Union ist. Wir haben schon viel von Elisa Bertò, vom Landtagspräsidenten und vom Landeshauptmann gehört, dass sehr viele Europäische Früchte hier am Boden landen, Geld inklusive, also im Grunde eine tolle Sache. Aber es gibt zu dieser hellen

Seite des Mundes auch eine dunkle Seite des Mundes. Das ist die Frage, wie die Europäische Union mit Minderheiten umgeht. Da hat man sich lange beschwert, dass die Europäische Union einerseits regionenblind und andererseits minderheitenblind sei. Und dennoch ist es so, dass man mittlerweile in den EU-Verträgen prominent den Minderheitenschutz als Verfassungswert verankert hat, Artikel 2 des EU-Vertrages und Artikel 21 der EU-Grundrechte-Charta. Toll oder? Aber der Verfassungswert dieses Minderheitenschutzes hat ein bisschen etwas von einem Auto ohne Motor. Und ein Auto ohne Motor mag natürlich ganz schön sein, aber es ist nicht sehr hilfreich, um von A nach B zu kommen. Insofern ist auch dieser Minderheitenschutz der Europäischen Union ein bisschen funktionsbefreit. Wir haben das hier in Südtirol relativ deutlich mitbekommen mit dem Minority SafePack. Wir Südtiroler sind ja ein bisschen stolz darauf, dass das auch unser SafePack ist. Sie erinnern sich, es war eine der erfolgreichsten Initiativen überhaupt in der Integrationsgeschichte der Europäischen Bürgerinitiativen. 1,2 Millionen haben hier unterschieden. Aber bis man die Kommission überhaupt dazu gebracht hat, diese Initiative registrieren zu dürfen, hat man vor den EuGH ziehen müssen und selbst dann, nachdem man diesen Prozess gewonnen hat, war es unmöglich, die Kommission davon zu überzeugen, dass sie auch etwas tun sollen, nämlich diesen von 11 auf 9 reduzierten Maßnahmenkatalog umzusetzen. Wenn ich das recht verstehe, hat sich die Landesregierung dem gegenwärtigen Rechtsstreit angeschlossen und auch ihre Meinung deponiert, wie man die Kommission überzeugen kann, hier doch noch etwas zu tun. Also man kann sagen, dass die EU in Minderheitensachen von bedingter Hilfe war oder ist und den Minderheitenschutz im Grunde genommen als heiße Kartoffel sieht, die man irgendwo anders essen soll, nur nicht in Brüssel. Und trotzdem ist es erstaunlich, dass gerade diese Europäische Union für den Minderheitenschutz in Südtirol unglaublich hilfreich war. Wahrscheinlich war die Union hilfreicher als jene Organisation, die sich dem Minderheitenschutz explizit verschrieben hat, nämlich dem Europarat. Artikel 19 des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten, also sozusagen die Königsdisziplin des Europarates für Minderheitenschutz sagt, dass die Staaten eine Pflicht haben, den grenznationalen Verkehr und die Zusammenarbeit zu fördern. Das war ein ziemlicher Papiertiger. Das war dann die Europäische Union, die durch den Binnenmarkt eigentlich diese vormalige große Unrechtsgrenze, über die wir lange geweint haben, osmotisch zersetzt hat, sodass eigentlich jetzt diese Grenze am Brenner ein armes Pflänzchen, quasi eine Karikatur einer Grenze geworden ist. Das ist eigentlich ein interessantes Paradoxon, dass die Europäische Union trotz ihrer Minderheitenblindheit für die Südtiroler Minderheitensituation wahrscheinlich wesentlich mehr beigetragen hat als alle anderen internationalen Akteure. Das ist mal die erste Schlussfolgerung.

Kommen wir zur zweiten Frage: Wie EU-freundlich ist Südtirol? Was macht man als motorisch langweiliger Jurist? Man schaut sich zuerst die Texte an. Wenn man in das Autonomiestatut schaut, dann sieht man eigentlich erstaunlich wenig. Obwohl sich das Autonomiestatut ja doch ein bisschen gerne als regionale Verfassung gäbe, sind die Hinweise auf die Europäische Integration technischer Natur eigentlich sehr defensiv. Wenn Europa erwähnt wird, dann ist es immer im Geiste: "Passt auf, Europa, das sind die Bösen, die werden uns auf die Zehen steigen, wenn wir unsere Kompetenz in einer Art und Weise ausüben, die also den Kompetenzgefüge der EU widerspricht!" Also das ist ein bisschen der Geist des Autonomiestatuts. Tatsächlich war es so, dass zu Beginn der 90er Jahre der Binnenmarkt auf der einen Seite und das Südtiroler Autonomiestatut auf der anderen Seite sich gegenüber gestanden sind wie so zwei Westernhelden. Sie kennen doch alle diese Westernszenen, wo sich die zwei Helden in die Augen starren und dann diese spannende Musik kommt. Man wartet, wer schneller zieht. So war das auch beim Binnenmarkt und dem Autonomiestatut. Warum kann man zu diesem High Noon? Weil die Regulierungsanliegen ganz unterschiedlich sind. Der Binnenmarkt möchte ja sämtliche Grenzen einreißen und sieht jedes Schutzanliegen eigentlich als eine versteckte Protektion von Marktinteressen. Der Minderheitenschutz macht genau das Gegenteil. Der zieht Grenzen auf, um Bevölkerungen in einem gewissen Territorium zu schützen und er möchte gerade nicht, dass sich jeder auf begrenzte reservierte Vorteile berufen kann. Insofern war es durchaus eine realistische Angst, dass man hier einen Konflikt hat. Die 90er Jahre waren natürlich der zentrale Punkt, weil das Zweite Autonomiestatut umgesetzt und die Streitbeilegungserklärung 1992 erreicht war. Gleichzeitig hat Jacques Delors seinen Binnenmarkt zur Perfektion gebracht. Beide Westernhelden waren hoch gerüstet. Trotzdem - wenn wir dann sehen, was in der Realität passiert ist - müssen wir feststellen, dass es viel Lärm um nichts gab, nur um drei Urteile herauszugreifen. In der Frage des Rechts auf die Benützung des Deutschen vor Gericht, Urteil Artikel Franz 1998, geht der EuGH sogar so weit, explizit zu sagen: Minderheitenschutz ist in Theorie ein öffentliches Gut, das Einschränkungen in den Binnenmarkt unter Umständen sogar rechtfertigen könnte. Gehen wir weiter zum Urteil 2000 Angonese, wo es um die Pflicht zur Zweisprachigkeit in öffentlichen Betrieben geht. Diesbezüglich sagt der EuGH, dass das gar kein Problem ist: "Ihr müsst nur schauen, ihr lieben Südtiroler, dass ihr diese Pflicht

in einer Art und Weise umsetzt, die eben binnenmarktkonform ist!" Es muss möglich sein, dass ein Hamburger irgendein komisches Sprachzertifikat vorweisen darf und damit eben beweist, dass er zweisprachig ist. Das Patentino ist keine Bibel. Im dritten Urteil von 2017 Simma Federspiel ging es darum, dass die Landesregierung will, dass die Jungärzte, die im Ausland studieren, das investierte öffentliche Geld wieder ins Territorium zurückbringen, indem sie einen Teil der ersten Praxisjahre hier in Südtirol verbringen. Das ist natürlich eine Beschränkung des Binnenmarktes. Der EuGH sagt, dass das ok ist und versteht es als Regulierungsanliegen. Es ist normal, wenn ein Staat, eine öffentliche Hand Geld ausgibt, dann soll sie auch was zurückbekommen. Also die zweite Schlussfolgerung auf die zweite Frage ist, dass dieser Konflikt nie so heiß gegessen, wie er gekocht wurde. Ich denke, das EU-System hat einen durchaus gesunden Reformdruck auf Südtirol ausgeübt, aber diesen Showdown hat es nie gegeben. Es ist nie einer beiden Westernhelden in den Sand gefallen.

Ich komme zu meinem letzten Teil. Ich hoffe, dass ich noch Ihre Aufmerksamkeit habe. Es ist gleich zu Ende. Wer oder was ist die Europäische Union? Ich habe vorher davon gesprochen, dass Europa oft so ein bisschen positiv rosa gefärbte politische Sonntagsrede ist, aber eigentlich stimmt das gar nicht mehr. Wir sehen doch zunehmend, dass die Europäische Union eigentlich umstritten ist. Man hat einen sehr ambivalenten Zugang zur Europäischen Union. Es gibt die einen, die nach wie vor sagen, dass Europa toll ist und Freizügigkeit, Mobilität, Wirtschaftswachstum, Konsumentenschutz, Frieden und internationale Verantwortung darstellt. Solche Leute gibt es nach wie vor. Aber es gibt zunehmend auch Leute, die sagen, dass die Europäische Union ganz etwas anderes ist. Das ist militante Gleichmacherei. Das ist ein Verzicht auf unsere nationale Souveränität, das ist eine Zunahme des Verkehrs, nicht nur über den Brenner, sondern überall. Es ist eigentlich eine Entmündigung der Bürger. Es ist grüne Diktatur. Wir werden gezwungen, Dinge zu tun, die wir gar nicht wollen. Wir werden bevormundet. Es ist ein Paradies für Lobbyisten, es ist eine Wirtschaftsfreundlichkeit zulasten der Mehrheitsgesellschaft. Es ist eine Globalisierungsgläubigkeit und noch viel mehr, was man sich noch als politisch negativ ausdenken kann. So ist die Situation. Da sind einige Dinge, die man klarstellen muss, und zwar zunächst einmal die Frage: Wer ist eigentlich die Europäische Union? Die Antwort ist, dass es die Europäische Union nicht gibt. Das klingt jetzt vielleicht etwas paradox, aber die Europäische Union als politischen Akteur gibt es nicht. Es gibt natürlich von juristischer Perspektive eine Rechtsperson, es gibt die EU-Resolutionen, aber selbst in jeder dieser EU-Resolutionen gibt es eine unglaubliche Vielfalt an Meinungen und Strömungen, die täglich gegeneinander angehen. Also die Europäische Union als Monolith gibt es nicht. Die EU ist eine Plattform, auf der widerstrebende Interessen vermittelt werden. Und wer da gewinnt, hängt auch von uns ab. Wir können nicht einen Schritt zurückmachen und sagen, dass sie das in Brüssel oben entscheiden müssen. Und wer argumentiert, die EU satanisiert und behauptet, die EU oder ihre Vorsitzenden seien ein Satansbraten, muss fairerweise gleichzeitig seinen Wählerinnen und Wählern beantworten, was die Alternative zur Europäischen Union ist. Was genau sind die Kosten des Szenario Non-EU. Was bedeutet das? Im Grunde lässt sich das leicht erklären. Also wenn es die Europäische Union nicht gäbe, dann müssten wir eben ein klassisches Instrumentarium anwenden, klassisches Völkerrecht, klassische internationale Beziehungen, um jene Probleme zu lösen, die blieben. Es ist ja nicht so, dass eine Beseitigung der Europäischen Union die Probleme beseitigen würde. Denken wir an die Immigrationskrise, die Klimakrise, die Steuerproblematik, die Sozialproblematik. All das bliebe ja. Man würde dann mit völkerrechtlichen Mitteln versuchen, diese Probleme zu lösen, und was bedeutet das? Das bedeutet zweierlei: Erstens einen enormen Verzicht an demokratischer Mitbestimmung. Es ist leider ein Faktum, dass es keine internationale Einrichtung auf diesem Planeten gibt, die so demokratisch gestaltet ist wie die Europäische Union, natürlich nicht so demokratisch wie ein Staat. Aber die Leute, die die EU kritisieren, dass sie nicht demokratisch wäre, sind ja auch die gleichen, die sagen, dass die EU kein Staat ist. Was würde zweitens passieren? Dass man die Staaten in einen internationalen Wettbewerb werfen würde, der nicht mehr verfälscht ist durch dieses weiche Bett der Europäischen Union, wo ein kleines winziges Österreich auf internationaler Bühne groß brüllen kann, weil es genau weiß, dass es 27 andere Staaten im Verbund hat. Also man wäre einem puren Darwinismus ausgeliefert, von dem nur ganz, ganz wenige Staaten profitieren würden, und innerhalb der EU wären das ganz wenige. Natürlich muss man der EU-Kritik eingestehen, dass die Europäische Union mit Souveränitätsverlusten einherkommt. Jede Kooperation ist mit Souveränitätseinbußen verbunden und das souveränste Land dieses Planeten ist Nordkorea. Es hat die niedrigste Dichte internationaler Kooperation, also ein super souveräner Staat. Die Frage ist nur, ob Nordkorea wirklich ein anstrengenswertes Modell ist.

Jetzt komme ich zu meiner letzten Schlussfolgerung oder meiner Forderung an alle Parlamente innerhalb der Europäischen Union, an alle Regionalparlamente und nationalen Parlamente. Ich glaube, es wäre einfach schön, wenn wir uns zusammen darauf einigen können, dass man von dieser Fundamentalkritik gegen

die Europäische Union zu einer Kritik von EU-Politiken übergeht. Das wäre konstruktiv, das macht Sinn. Die Europäische Union macht jeden Tag 1.000 Sachen falsch wie jedes politische System. Ich gehe davon aus, dass auch in diesem Hohen Haus hier immer wieder einmal ein Fehler gemacht wird. Also im Grunde ist die Europäische Union - und ich mache jetzt eine Klammer auf, Sie haben einen sehr guten Kaffee da drüben, vielen Dank - wie eine alte Kaffeemaschine. Der Kaffee, der da rauskommt, dessen Qualität - ob sie gut ist oder nicht - hängt davon ab, welche Bohnen Sie vorher hineinwerfen, und so ist es mit der Europäischen Union. Die Europäische Union als Sündenbock zu instrumentalisieren, hat ein großes Problem. Wenn Sie mit dem Zeigefinger auf einen Sündenbock zeigen, dann zeigt zwar ein Finger auf die Europäische Union, aber drei Finger zeigen auf Sie zurück. Mit dieser Frage würde ich Sie hier sitzen lassen. Man muss sich einfach die Frage stellen: Was habe ich als Einzelperson, was habe ich als Landtag dazu beigetragen, um die EU von morgen besser zu machen, als ich Sie momentan sehe? Vielen Dank!

PRÄSIDENT: Vielen Dank, Herr Dr. Toggenburg für die interessanten, vor allem auch für die offenen kritischen Worte, die Sie hier gefunden haben. Ich würde jetzt das Wort an die Abgeordneten weitergeben. Wir haben uns insgesamt eine Stunde Zeit für dieses Thema gegeben, bevor wir mit der Tagesordnung fortfahren. Somit besteht nun die Gelegenheit, Fragen zu stellen bzw. einen Diskussionsbeitrag zu liefern.

Kollegin Holzeisen, Sie haben das Wort, bitte.

HOLZEISEN (VITA): Ich habe leider nur diesen letzten Beitrag hören können, weil ich vorher beruflich verhindert war. Ich habe aber dazu Folgendes anzumerken. Ich glaube nicht, dass die Probleme, die wir in der EU sehen und die wir als EU-Bürger erleiden, allein politischer Natur der einzelnen Mitgliedsstaaten sind. Die kommen natürlich auch dazu, das ist ganz klar. Das EU-Parlament ist politisch besetzt, die EU-Kommission ist politisch besetzt, aber da fangen wir schon mal an. Wer ist die aktuelle EU-Kommissionspräsidentin? Eine nicht von uns EU-Bürgern gewählte Dame und wir haben - das muss ich als Juristin sagen, die die EU-rechtlich tagtäglich unterwegs ist - starke systematische Defizite in der EU, und das begonnen bei der Transparenz. Ich meine, jeder, der das Thema der sogenannten Covid-19-Impfstoffe verfolgt, sieht, mit welcher Unverfrorenheit Frau von der Leyen und das Parlament die Herausgabe der Bestellungen dieser Impfstoffe verweigert. Aber wir hatten bereits im Jahr 2000 den wahrscheinlich größten Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofes, das war Sir Geoffrey Jacobs, der darauf hingewiesen hat, dass der Umstand, dass immer mehr Bereiche mittlerweile von der EU gesetzlich bestimmt sind, aber gleichzeitig der Zugang der einzelnen Bürger zu den Gerichtshöfen der Europäischen Union, also zum Gericht und zum Europäischen Gerichtshof immer weiter begrenzt wurde, was de facto zu einer Verweigerung des Rechtsschutzes geführt hat. Wir sehen das als Juristen tagtäglich. Das ist nur ein sehr grobes Beispiel. Es kann nicht sein, dass eine Ebene immer mehr bis in die Details in unser Leben hinein gesetzgeberisch tätig ist und wir beispielsweise in Italien, wenn überhaupt, nur ein Anrecht darauf haben, dass dann der Kassationsgerichtshof oder der Staatsrat - gerade beim Kassationsgerichtshof, wenn es gut geht - nach 15 Jahren den Anspruch haben, dass vielleicht eine Rechtsfrage an den Europäischen Gerichtshof verwiesen wird. Es ist sehr oft so, dass die obersten Gerichtshöfe das dann nicht tun, dann bleibt vielleicht noch ein Ansatz auf Schadenersatz durch einen Rekurs vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Also hier sehe ich als Juristin eine enorme Problematik in der Systematik der Europäischen Union, gerade was die Garantie der Menschenrechte angeht. Wir haben auch hochrangige Verfassungsrichter der einzelnen Europäischen Mitgliedsstaaten, die zum Beispiel das System der Revolving Doors in den Gerichtshöfen der Europäischen Union - immer Gericht erste Instanz und Europäischer Gerichtshof - deshalb kritisieren, weil mittlerweile die meisten Richter der Gerichtshöfe der Europäischen Union direkt von der EU-Kommission kommen und die meisten Verfahren, die dort behängen, die EU-Kommission betreffen. Das als schlagendes Beispiel dafür, dass leider diese uns mittlerweile in alle Lebensbereiche bedingende Institution sehr, sehr schlecht geregelt ist und deshalb immer mehr zu größeren Problemen führen wird und immer mehr Menschen sich auch deshalb innerlich davon verabschieden werden, wenn man hier nicht eine Reform ernsthaft angeht. Danke!

PRÄSIDENT: Da wir nur mehr 15 Minuten Zeit haben und sich - zum Glück - noch mehrere zu Wort gemeldet haben, möchte ich Sie bitten, sich etwas kurz zu halten. Abgeordneter Knoll, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): 14 Minuten reichen völlig aus für meine Stellungnahme.

Ich möchte beginnen. Wenn wir hier über EU und Europa reden, glaube ich, sehen wir das in Südtirol vor allem unter dem Aspekt des Minderheitenschutzes. Das ist vielleicht auch eine Unterscheidung zu anderen Gebieten, und ich glaube, dass dieses Europa und dieser Minderheitenschutz nicht immer nur aus der Sichtweise Europas auf uns gesehen werden dürfen, sondern dass der hier im eigenen Land eigentlich anfängt. Das fängt mit dieser Feier heute zum Beispiel auch schon an. Wir haben heute den Europatag, la "Festa dell'Europa", aber wo ist die ladinische Volksgruppe? Sie existiert hier eigentlich gar nicht. Da fängt es im ganz Kleinen schon an und auch in der Art und Weise, wie wir beispielsweise über unser Land sprechen. Wir haben im ersten Vortrag - glaube ich - 50 Mal den Begriff "Alto Adige" gehört, der eingeführt wurde, um diese Bevölkerung bzw. diese Geschichte im Grunde genommen zu negieren. Es gibt ja im Italienischen diesen Begriff "Sudtirolo", der über Jahrhunderte ganz selbstverständlich auch von italienischsprachigen Tirolern und in Italien überall verwendet, aber praktisch aus nationalistischen Gründen negiert und durch diesen Begriff "Alto Adige" ersetzt wurde. Das ist eine ganz spannende Materie. Ich stehe im engen Kontakt mit anderen europäischen Minderheiten, die ein ähnliches Schicksal erfahren. Wir glauben immer, dass der Minderheitenschutz in Europa nur aus dem Thema Südtirol besteht. Es gibt so viele unterschiedliche Minderheitenregionen in Europa mit oft sehr identischen Problemen, Sprachproblemen, Identitätsproblemen, vor allem auch Geschichtsproblemen. Deswegen möchte ich natürlich auch widersprechen, wenn wir vorher vom Terrorismus in Südtirol in den 60er Jahren gehört haben. Das ist die Grundfrage des Minderheitenschutzes, ob es nicht auch das Recht einer Minderheit ist, sich gegen die Unterdrückung, gegen den Nationalismus eines Staates zur Wehr zu setzen und das nicht als Terrorismus abzustempeln, weil das einfach zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Ich hätte aber eine ganz konkrete Frage an Herrn Toggenburg. Sie haben ja davon gesprochen, dass der Brenner sozusagen zur Karikatur seines eigenen Selbst geworden ist. Ich bin da nicht unbedingt dieser Auffassung und meine Erfahrung damit ist vor allem in der Corona-Zeit sichtbar geworden. Der Brenner war in der Corona-Zeit zu und da mache ich jetzt keine Diskussion über die Corona-Pandemie auf, sondern einfach über den Umgang mit Krisen, weil wir das immer wieder feststellen. Bei der Migrationskrise hatte Österreich schon einen Grenzzaun fertig installiert, der nur noch aufzustellen gewesen wäre. Bei der Corona-Krise ist diese Grenze zugemacht worden. Also wir stellen fest, dass Europa in Krisenzeiten immer wieder in diesen Reflex zurückgeht, Europa unter diesem nationalstaatlichen Gesichtsfeld zu sehen. Wir hatten gestern eine spannende Diskussion, weil der Kollege Leiter Reber hier einen Antrag zum EU-Wahlrecht eingereicht hat. Wir erleben das jetzt wieder bei den Parlamentswahlen zum Europäischen Parlament, dass die EU nur über die Nationalstaaten gewählt wird und nicht grenzüberschreitend. Da würde mich interessieren, weil wir gestern eine sehr interessante Diskussion darüber hatten, wie Sie es einschätzen, wie hoch die Chance ist, dass in Zukunft in Europa auch ein grenzüberschreitendes Wählen möglich sein wird. Wir haben gestern zum Beispiel die Diskussion aufgemacht, dass es gerade für die Europaregion Tirol enorm interessant wäre, auch als Leuchtturmprojekt, wenn wir in dieser Europaregion Tirol vielleicht die grenzüberschreitenden ...

PRÄSIDENT: Herr Kollege, ich unterbreche ungern, aber es stehen noch einige Wortmeldungen an.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ach so, sind die 14 Minuten schon um. Also diese konkrete Frage an Sie, wie Sie das juristisch und auch realpolitisch einschätzen, dass es zu einem solch grenzüberschreitenden Wählen kommen wird.

PLONER Franz (Team K): Herr Präsident! Ich bedanke mich für Ihre kritische Stellungnahme zur EU und hätte ganz kurz ein paar Fragen. Erstens: Was kann ich als Person - und Sie haben gesagt, dass wir Europa als Person verinnerlichen müssen - tun, damit es hinausgetragen wird in die Gesellschaft? Jeder kann seinen Beitrag dazu leisten. So haben Sie das bei der letzten Stellungnahme dargestellt. Was kann ich als ein einfacher Bürger für Europa beitragen? Was würden Sie sagen? Zweitens: Warum gehen wir zunehmend in die Nationalstaatlichkeit hinein, obwohl uns Europa in der Vergangenheit ein großes Friedensprojekt vorgezeigt hat? Dennoch haben wir zunehmend Nationalstaatlichkeiten, wahrscheinlich auch in Entscheidungsfindungen. Drittens: Warum steht politisch mehr die Wirtschaft im Vordergrund und weniger die gesamte außenpolitische Tätigkeit bzw. die gesamteuropäische Entscheidungsfindung, die wir in die Welt hinaustragen sollten? Denn es entscheiden ja weitgehend immer noch die Nationalstaaten über die Außenpolitik. Wir erleben es ja gerade, wenn China nach Europa kommt, dann werden plötzlich in Frankreich, aber auch in Ungarn, nicht jedoch in der EU die Entscheidungen im Sinne der Bevölkerung getroffen.

PRÄSIDENT: Bevor ich das Wort weitergebe, begrüße ich die Klasse 3A der Mittelschule Mölten mit der Begleitperson Frau Karin Springeth. Herzlich Willkommen im Südtiroler Landtag!
Kollegin Foppa, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Ich bedanke mich für die interessanten Vorträge und auch dem Landtag und jenen, die hier arbeiten, für das Ausrichten dieses Tages, den wir sehr wichtig erachten. Ich gehöre zur ersten Kategorie, die Herr Toggenburg aufgezählt hat. Ich habe im Liederbuch meiner Mama nur ein Lied hineingeschrieben und das war die Europahymne, das habe ich erst vor Kurzem wieder gefunden! Ich hätte zwei Fragen an Sie, und zwar einmal in Bezug auf das Europa der Regionen. Das ist - glaube ich - ein Schlagwort, ich weiß nicht, ist es mehr? Ich würde mich wirklich dafür interessieren, ob etwas hinter diesem Schlagwort ist. Auch wir benutzen das öfters hier, aber gibt es irgendein Büro, das dieses Europa voranbringt oder welche Aktion wird gesetzt? Wie ist da der Stand der Dinge, um das ein bisschen zu demaskieren oder zu verstehen? Das Zweite, was ich Sie fragen wollte, betrifft das ganze Thema dieser Dekonstruktion der Idee Europas, die Sie, Herr Toggenburg, auch in Ihrem Finale angesprochen haben. Wie geht man mit diesen dekonstruktiven Kräften um? Entsteht da auch eine Dekonstruktion daraus? Welche politische Aktion kann man da setzen, außer eben das Non-Europa vielleicht vorstellbar zu machen? Danke schön.

KÖLLENSPERGER (Team K): Auch ich gehöre zur ersten Kategorie, jenen, die glauben, dass man die EU zwar verbessern kann, aber es gibt momentan keine bessere Alternative. Es gibt höchstens eine bessere EU, aber sicher ist keine EU keine Alternative.

Sie haben das Thema angesprochen, das uns sehr interessiert, diese Konfliktsituation zwischen Minderheitenschutz und Binnenmarkt. In Südtirol spüren wir das vor allem, wenn es um den Wohnungsmarkt geht. Wir haben hier ein System der Konventionierung, das auf einer Ansässigkeitsklausel basiert. Das ist - glaube ich - das Einzige, was in einem Europa mit freien Personen und Warenverkehr hält. Das Thema trifft uns aber immer wieder. Wenn wir darüber reden, Südtiroler, die im Verzeichnis der im Ausland lebenden Südtiroler eingetragen sind, also hier keinen Wohnsitz haben, irgendwie steuerlich bevorteiligt zu wollen, dann geht das nicht. Wenn wir versuchen wollen, unseren Wohnraum zu schützen, damit er nicht ausverkauft wird von Ausländern - häufig Leute, die Südtirol touristisch kennengelernt haben und hier einen Zweitwohnsitz kaufen -, dann wird das alles sehr schwierig. Inwieweit sehen Sie hier Möglichkeiten? Sie haben ja gesagt, dass das der EU-Gerichtshof durchaus anerkennt und durchaus sagt, dass Minderheitenschutz in gewissen Fragen vor dem Binnenmarkt stehen kann. Inwieweit sehen Sie hier Möglichkeiten, dass man hier aktiv werden kann, um hier etwas zu tun, was absolut im Interesse der Bevölkerung wäre?

PRÄSIDENT: Somit schließe ich die Fragerunde und wir kommen zu den Antworten. Herr Dr. Toggenburg, bitte.

TOGGENBURG Dr. Gabriel N. (Honorarprofessor für die Europäische Union und die Menschenrechte): Vielen Dank für das große Interesse und die vielen Fragen! Ich befürchte, ich kann nur scheitern, weil es einfach so wahnsinnig viele waren, aber ich werde versuchen darauf einzugehen. Vielleicht fange ich hinten an, weil dann erinnert man sich auch leichter, worum es jeweils ging.

Herr Köllensperger, Ihre Frage kann ich im Grunde im Detail nicht beantworten, weil es nicht professionell und seriös wäre, wenn ich auf die detaillierte Frage antworte, inwieweit sich Wohnraum sozusagen schützen lässt, aber prinzipiell ist die Stoßrichtung der Judikatur die, dass die Einschränkung rational sein muss. Und es muss plausibel gemacht sein, dass sie tatsächlich dem Schutz gut dient. Hier darf nicht ein Schutzgut vorgeschoben werden, um zum Beispiel das öffentliche Budget weniger zu belasten. Das ist etwas, was der EuGH nicht akzeptiert. Der Trend ist - glaube ich - allerdings doch der, dass der EuGH zunehmend Spielräume gewährt, weil er eben sieht, dass manchmal der Binnenmarkt überschießend in die Spielräume eingegriffen hat.

Frau Foppa, zu meiner Einschätzung des Europas der Regionen. Ich sage immer, dass das Problem des Europas der Regionen ein Genitiv ist, weil er signalisiert, dass man mit dem Europa der Regionen Verfassungshoheit und Eigentum oder Verfügungsrechte vom Staat und der EU an die Regionen überträgt. Das mag ein politisches Anliegen sein, aber es ist leider Gottes hoffnungslos unrealistisch. Also ein Verfassungs-

verbund, der von über 300 Entitäten regiert wird, wird nicht funktionieren. Was aber sehr wohl funktioniert, ist ein Europa für die Regionen und ich glaube, das haben wir schon. Ein Europa mit den Regionen würde auch funktionieren, aber das haben wir noch nicht. Daran müssen wir arbeiten.

Herr Ploner hat gefragt, warum es eigentlich diesen Fokus auf die Wirtschaft gibt und man die Stärkung der europäischen Identität in den Außenbeziehungen außer Acht lässt. Das führt uns zur klassischen Mogelpackung: Nicht überall, wo Europa draufsteht, ist auch Europa drinnen. Wie Sie sich vielleicht erinnern, so hat der Vertrag von Maastricht drei Säulen aufgestellt. Erste Säule: Binnenmarkt; zweite Säule: gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und dritte Säule: Zusammenarbeit im Bereich Polizei und Strafrecht. Für die zweite Säule, die es formell gar nicht mehr gibt, ist es nach wie vor so, dass es de facto ein Sonderregime gibt, das den Mitgliedsstaaten erlaubt, sämtliche Entwicklungen zu blockieren. Und wo es natürlich jedem einzelnen Mitglied möglich ist, zu blockieren, passiert auch nichts. Deshalb befürchte ich, dass das ein Bereich ist, wo die Europäische Union einfach nicht weiterkommt. Wenn ich gesagt habe, dass jeder etwas zu Europa beitragen soll, haben Sie sich gefragt, was das sein soll. Ich finde das eine gute Frage, weil es mir dann selber fast ein bisschen peinlich war, aber ich denke, ein großer Beitrag ist schon mal, dass man beispielsweise als Politiker aufsteht, wenn man ganz offensichtlich weiß, dass die Union mit Dingen, mit Kritik angeworfen wird, die einfach nicht den Tatsachen entspricht. Ich glaube, das ist schon mal ein großer Schritt. Solche EU-Mythen gibt es ja zu Tausenden. Es fängt beim sogenannten "Wasserkopf Brüssel" an, wo es dann heißt, dass es eine Hyper-Verwaltung gibt. Wenn ich recht informiert bin, dann sind in Südtirol 50.000 Leute im öffentlichen Dienst beschäftigt, während in der Kommission 33.000 tätig sind, welche für einen Binnenmarkt von 460 Millionen Einwohnern zuständig ist. Südtirol hat 520.000 Einwohner, das macht also 0,11 Prozent. Insofern lassen diese Fakten die Einwände alle recht schnell entkräften.

Herr Knoll, ich muss ich Ihnen eigentlich zustimmen, wenn Sie sagen, es mag schon sein, dass der Brenner ein Pflänzchen geworden ist, aber das gilt nur für Schönwetterzeiten. Sobald es anfängt zu regnen, werden auch die Grenzbäume wieder hochgezogen. Ja, ich habe dazu wenig zu sagen. Die Schengen-Regelungen sind nun mal so, dass sie den Mitgliedsstaaten erlauben, in solchen Situationen wieder die Grenzen hochzufahren und den Binnenmarkt zu beschränken. Offensichtlich ist die EU-Kommission auf politischer Ebene nicht gewillt, hier wirklich massiv aufzutreten.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Das Wahlrecht!

TOGGENBURG Dr. Gabriel N. (Honorarprofessor für die Europäische Union und die Menschenrechte): Genau, das Wahlrecht! Das Problem beim Wahlrecht ist, dass der EU-Vertrag vorsieht, dass dies durch einen Rechtsakt des Rates geregelt wird, und es ist nicht ein klassisches Gesetzgebungsverfahren. Deshalb versucht das Parlament schon seit Jahrzehnten, immer wieder Bewegung in Gang zu bringen. Gerade der letzte wirklich liberale Vorschlag, der ganz in Ihre Richtung ginge und auch andere Sachen mitumfasst, wie zum Beispiel das Recht für Menschen mit Behinderungen, auch zu wählen, wird vom Rat nicht mal ignoriert. Insofern erklärt sich das so.

Frau Dr. Holzeisen! Ich glaube, in einigen Dingen sind wir total einer Meinung. Ich denke auch, dass es systematische Defizite gibt, wahrscheinlich ist nur unsere Gewichtung anders. So ist beispielsweise die Sache, dass die Kommissionspräsidentin nicht gewählt wird, ein Faktum. Es ist allerdings auch nirgends vorgesehen, ist also ein reines Gentlemen's Agreement. Dieses Spitzenkandidatenmodell ist kein juristisches Modell und deshalb wird es auch fröhlich von allen ignoriert, die die ausreichende Macht haben. Wir werden das wahrscheinlich wieder sehen. Ich sehe den Systemfehler vor allem in den vielen Bereichen, in denen nach wie vor Einstimmigkeit erforderlich ist. Das sehen natürlich jene Leute, die die Souveränität von Mittelstaaten verteidigen, ganz anders. Sie sagen, dass das unbedingt so bleiben muss. Aber in einem Club, der über 20 ist, ist Einstimmigkeit einfach nicht mit Effizienz zu vereinbaren. Ich befürchte, hier muss man früher oder später einen Schritt gehen. Auch Ihre Kritik, was den EuGH angeht, teile ich teilweise. Ihrer These, dass über 50 Prozent der Bestellungen der Richter erster Instanz aus dem Kommissionsdienst kommen, werde ich nachgehen. Das scheint mir doch hoch gegriffen, aber ich schaue es mir gern an. Was ich persönlich ein bisschen als einen Skandal empfinde, ist, dass die Richter am EuGH verlängerbar sind. Sie sind 9 Jahre dort und werden dann wieder verlängert, wenn sie eben brav sind. Das darf für kein unabhängiges Amt der Fall sein. Wir dürfen unabhängige Richter nicht davon abhängig machen, ob sie den Politikern gefallen. Das gibt es allerdings auch auf mitgliedsstaatlicher Ebene.

Dann haben Sie noch von den Revolving Doors gesprochen. Das ist etwas, wo die Kommission momentan sehr effektiv ist. Wenn Sie sich ihren Rechtsstaatbericht genau anschauen, werden Sie sehen, dass alle Mitgliedsstaaten gerade auf diese Sache geprüft werden. Man ist sich insofern dieses Problems bewusst.

Ihr letzter Punkt war die zunehmende Begrenzung des Zugangs der Einzelnen zum EuGH. Die sehe ich nicht, aber ich sehe das Strukturproblem. Der Zugang des Einzelnen war immer beschränkt. Es war immer ein großer Kritikpunkt, dass der EuGH im Unterschied zum Straßburger Gerichtshof nicht als ein Gerichtshof gedacht war, der für Einzelne offen ist. Der EuGH sagt immer: Ich verstehe das Problem, aber ich muss mich an die Verträge halten. Das ist durchaus legitim. Würde der EuGH das anders machen, dann wären Sie wahrscheinlich die Ersten, die sagen: "Diese verrückten eurokratischen Richter halten sich nicht an die Verträge!" Also es ist ein Gebot der Rechtsstaatlichkeit, dass sich ein Richter auch an die Limitationen hält, die eigentlich von den Staaten aufgegeben werden.

Ihr letzter Punkt war - glaube ich - ...

HOLZEISEN (VITA): *(unterbricht)*

PRÄSIDENT: Ich bitte Sie, nicht zu unterbrechen! Wir machen jetzt kein Zwiegespräch.

HOLZEISEN (VITA): *(unterbricht)*

PRÄSIDENT: Das können wir gerne nachher noch draußen beim Kaffee klären, aber hier in der Aula müssen wir uns doch an die Ordnung halten.

HOLZEISEN (VITA): Das entspricht einer Entwicklung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und nicht des Gesetzes, Artikel 263 ...

PRÄSIDENT: Ok, dann ist das auch angebracht.

HOLZEISEN (VITA): *(unterbricht)*

PRÄSIDENT: Kollege Toggenburg, bitte.

TOGGENBURG Dr. Gabriel N. (Honorarprofessor für die Europäische Union und die Menschenrechte): Ich glaube, ich bin erledigt.

PRÄSIDENT: Ich bedanke mich sehr herzlich bei der Referentin und beim Referenten für Ihre doch sehr, sehr interessanten Beiträge, auch bei all jenen, die hier anwesend waren, und vor allem bei all jenen, die hier einen Diskussionsbeitrag geleistet haben. Wir unterbrechen jetzt die Sitzung für 5 Minuten, um den Saal wieder für den weiteren Verlauf der Tagesordnung vorzubereiten.

Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 10.30 UHR

ORE 10.45 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Punkt 14 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 6/23 vom 20.12.2023, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Rabensteiner, Knoll und Atz Tammerle, betreffend Post ans Land."** (Fortsetzung)

Punto 14) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 6/23 del 20/12/2023, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Rabensteiner, Knoll e Atz Tammerle, riguardante le Poste alla Provincia."** (continuazione)

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir mit der Behandlung dieses Beschlussantrages bereits am 7. März 2024 begonnen haben. Damals ist der Antrag durch den Ersteinbringer Abgeordneten Zimmerhofer entsprechend vorgestellt worden. Bereits damals hat sich Kollege Leiter Reber zu Wort gemeldet, welcher noch eine Minute Redezeit übrig hätte. Gestern hat sich der Abgeordnete Sven Knoll zu Wort gemeldet, der seine Redezeit vollständig aufgebraucht hat, genauso wie Kollege Paul Köllensperger. Kollege Oberkofler hätte noch 2 Minuten Redezeit und Alex Ploner hätte noch 1 Minute zur Verfügung. Ich eröffne die Diskussion. Wer wünscht das Wort? Abgeordneter Leiter Reber, bitte.

LEITER REBER (Freie Fraktion): Danke, Herr Präsident! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, weil ja in den letzten Wochen auch aktuelle Ereignisse hinzugekommen sind. Deshalb möchte ich den Landeshauptmann zur Situation bei der Post befragen, weil in der Früh die Arbeitszeiten um eine Dreiviertelstunde nach hinten verlegt worden sind, was vor allem bei der Sortierung für einige Gemeinden bzw. für einige Postämter in der Peripherie unter anderem zu Schwierigkeiten führt. So ist es kaum noch zu schaffen, die Post innerhalb des Vormittags oder bis Mittag, bis 12.00 bzw. 13.00 Uhr, zu liefern, was natürlich für die Haushalte ein ganz zentraler Aspekt ist. Wir haben auch gesehen, dass durch die neue Nutzung der Post immer mehr Pakete und Briefe zurückgehen. Die Pakete und die Bestellungen, die über die Post geliefert werden, werden mehr, was natürlich auch wieder zu Komplikationen führt. Wie sieht es hier aus? Inwieweit hat das Land Südtirol hier auch dafür Sorge getragen, dass dieser Postdienst besser zu unserer Situation passt?

Einen Satz noch, Herr Präsident, weil er wichtig ist und auch das Einvernehmenskomitee betrifft. Die Arbeits- und Teilzeitmodelle, die gerade in den Tälern sehr wichtig wären, werden meines Erachtens derzeit zu wenig angeboten. Vielleicht können Sie uns auch dazu etwas sagen. Danke!

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Herr Präsident! Vielleicht zunächst eine generelle Betrachtung und dann zum Vertrag und zur aktuellen Situation in Südtirol. Generell betrachtet wird der universelle Postdienst laut EU-Richtlinien von den Staaten an einen oder mehrere Institutionen/Körperschaften übertragen. Diese werden damit beauftragt. In Italien ist das mit einem Programmabkommen geschehen. In diesem Fall ist diese Gesellschaft Poste Italiane SPA, die diesen Auftrag hat. Die Post ist zum Teil über die staatliche Depositenkasse im Staatsbesitz. Es sind in allen europäischen Staaten entsprechende Beauftragungen gemacht worden. Es gibt auch Staaten, wo es mehr als ein Dienstleister ist, der diesen Auftrag hat, je nachdem, wie sich die Staaten organisieren. Wir haben nicht eine autonomiepolitische Zuständigkeit für den universellen Postdienst. Das heißt nicht, dass wir nicht selbst irgendwelche Dienste organisieren können. Das möchte ich gleich präzisieren, aber für den universellen Postdienst haben wir keine Zuständigkeit. Das würde auch ein Widerspruch quasi in sich selbst sein, wenn der universelle Postdienst des Staates von Südtirol gemacht würde. Das würde nicht ganz zusammengehen. Wir haben diese Entscheidung im Rahmen dieser Situation, dass es hier im Staat einen Postdienstleiter gibt, damals im Rahmen des Mailänder Abkommens getroffen. Das Land Südtirol hat Entscheidungen getroffen, die auf das Jahr 2009 zurückgehen. Da hat man auch den Postdienst als einen jener Bereiche ausgemacht, wo das Land die Spesen übernimmt und dann vom Staat den Betrag über das Mailänder Abkommen rückerstattet bekommt. Es ist immer wichtig zu betonen, dass wir letztlich für diesen Teil nichts zahlen, das ist 1:1. Wir bezahlen das zunächst und dann wird es uns rückerstattet. Das heißt, der Betrag, der als unser Beitrag zum Tilgen der Staatsschulden einbehalten wird, wird um diesen Betrag reduziert, den wir hier geleistet haben. Das sind nicht die ganzen 10 Millionen Euro, sondern ist der Teil des Dienstes, der ohnehin auf Kosten des Staates erfolgt ist. Das ist auch in allen anderen Bereichen so. Auch bei der RAI wird immer gesagt, dass wir die RAI-Südtirol hier finanzieren. Mit keinem Cent! Wir zahlen 20 Millionen Euro und der Staat gibt uns 20 Millionen Euro zurück. Wie viel haben wir für die RAI finanziert? Das hat der Staat bezahlt. Warum macht diese Regelung Sinn? Damals hat man ausverhandelt, dass, wenn man schon dem Staat Geld geben muss, er uns die Möglichkeit geben soll, hier staatliche Kosten zu bezahlen und das Geld dadurch zu geben. Damit stellen wir sicher, dass der Staat die Leistungen hier nicht reduziert. Das ist die Idee gewesen. Sonst würde man vielleicht sagen: RAI-Südtirol ist nicht so wichtig, da soll man mit 10 Millionen Euro zurechtkommen. Das könnte der Staat jederzeit machen. Wir zahlen die 20 Millionen und du gibst sie uns zurück! Damit stellen wir sicher, dass 20 Millionen Euro verfügbar sind. Aber das Land finanziert die RAI nicht. Bei der Post ist es für diesen Teil genauso. Das zahlt der Staat. Wir haben Zusatzdienste vereinbart, weil es auf staatlicher Ebene die Entscheidung gibt, dass die Post nur noch an drei Tagen in der Woche zugestellt wird, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag. In Südtirol sind es sechs Tage und das kostet natürlich. Das dient der Zustellung von Zeitungsabos - dort jeden zweiten Tag, würde nicht funktionieren -,

aber nicht nur. Ich bekomme auch sonst die Post an sechs Tagen in der Woche. Es werden nicht nur die Zeitungen an allen sechs Tagen zugestellt, sondern die gesamte Post. Das kostet natürlich, denn das sind zusätzliche Arbeitszeiten der Briefträger. Statt drei Tage sind es sechs Tage, das ist das Doppelte. Diesen Teil zahlen wir. 3,7 Millionen Euro macht dieser zusätzliche Zustelldienst aus. Das ist dann zu Lasten des Landeshaushaltes plus einige andere Dinge, die wir vereinbart haben, auch Leistungsziele, die über jene des universellen Postdienstes hinausgehen. Denken wir zum Beispiel an die Tatsache, dass bei uns drinnen steht, dass die Post überall im Land innerhalb 13 Uhr zugestellt sein muss, was dann klarerweise auch entsprechend mit Kontrollen, Pönalen und Strafzahlungen sicherzustellen ist, wenn es nicht erfolgt. Hier haben wir nachgebessert, auch bei der Vereinbarung aufgrund der Erfahrungen der ersten Vereinbarung. Es ist auch so, dass wir in dieser Situation als Vertragspartner nicht an die Stelle der Post treten. Das ist manchmal das Missverständnis der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei der Post, wenn Wünsche in Bezug auf arbeitsvertragliche Regelungen vorgebracht werden, wie bessere Arbeitszeiten, Stunden usw. Wir können das nicht sagen, wir sind nicht die Gewerkschaft. Wir sind in diesem Sinne Kunde bei der Post und sagen, dass sie bis 13.00 Uhr zugestellt werden muss. Wenn die Post dann sagt, dass sie es mit ihren Mitarbeitern schafft, indem sie es arbeitszeitlich so oder so regelt und das auch den allgemeinen Regeln des Arbeitsschutzes entspricht usw., tun wir uns natürlich schwer. Da können wir nur mahnen. Wir können aber schon auch auf etwas hinweisen, und das habe ich getan: "Achtung, ihr seid ohnehin schon nicht besonders attraktiv als Arbeitgeber in diesem Land. Wenn ihr die Arbeitszeitregelung auch noch unattraktiv gestaltet, werdet ihr euch noch schwerer tun! Ihr jammert ja immer, dass ihr nicht genügend Personal habt und erklärt, wenn es Probleme gibt, dass es genau daran liegt. Wir akzeptieren das nicht. Wir werden die Strafen verhängen, wenn ihr das nicht schafft. Ihr habt doch selbst das Interesse, attraktiver zu sein." Dahingehend diese Neuregelung, die auch in der Debatte von Ihnen erwähnt worden ist, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, jetzt allen für die Zweisprachigkeit ein eigenes Lohnelement zukommen zu lassen, nicht nur den seinerzeit Angestellten, sondern allen Bediensteten hier in Südtirol, um im Vergleich zum normalen Vertrag, den Postbedienstete haben, auf gesamtstaatlicher Ebene hier eine Besserstellung zu haben, die eben auch der anderen Lebenshaltungskostensituation Südtirols zumindest teilweise Rechnung trägt. Und beim jüngsten Treffen habe ich genau darauf hingewiesen: "Achtung! Diese Entscheidung auf gesamtstaatlicher Ebene der Post ist natürlich ihre Entscheidung, die Dienste anders zu organisieren." Das wird übrigens damit begründet, dass man sagt: Man beginnt nicht insgesamt mit der Tätigkeit später, sondern wird es zuerst besser sortieren und organisieren, sodass man später mit dem Austeilen startet. Das wäre effizienter. Sie hätten das in Pilotprojekten studiert und gemerkt, dass sie damit besser fahren, als gleich schon früh zu starten, ohne es ordentlich sortiert zu haben. Dann würden viel mehr Fehler vermieden. Sie nehmen sich jetzt mehr Zeit für das Päckchen machen für die einzelnen Briefträger. Das mag nachvollziehbar sein. Ob es sich dann tatsächlich bewährt, wird man sehen. Wir können hier natürlich nicht sagen, dass sie das nicht tun dürfen. Wir sagen, dass die Arbeit bis 13 Uhr erledigt sein muss. Das muss funktionieren und darauf werden wir pochen. Natürlich sagen wir auch, dass die Mitarbeiter da sein müssen, um das bewerkstelligen können. Dann müssen sie schauen, ob sie mit dieser Regelung attraktiv genug sind. Und die Postämter sind zu besetzen. Wir hatten zuletzt beispielsweise große Probleme in Bruneck. Auch hier muss die Lösung gefunden werden, dass die Ämter entsprechend besetzt werden. Auch im Vinschgau ist diese Situation, die sich während der Covid-Pandemie ergeben hat, noch nicht völlig überwunden, wo gewisse Ämter nur noch eingeschränkt geöffnet waren. Auch das ist Pflicht des Vertrages. Wir zahlen natürlich diesen Teil dann nicht, aber das ist zu wenig. Wir würden es lieber zahlen, damit der Dienst komplett gemacht wird. Deshalb gab es auch dort die klare Anmahnung, das zu tun. Diesbezüglich werden jetzt Wettbewerbe gemacht. Man hat bei der Post inzwischen - dies auch als Information - mehr Vollzeitarbeitsverträge angeboten. Ich habe jüngst auch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie mit den Gewerkschaftsvertretern gesprochen. Am 1. Mai sind die Postgewerkschafter auf mich zugekommen und haben gesagt, dass sie das anerkennen, es sei eine Besserstellung. Die Post sagt: "Moment, wir schichten auch in diesem Sinne um, da wir jetzt mehr Menschen in Vollzeit anstellen." Das heißt, dass sie bereits in der Früh dabei sind, wenn man die Post zuordnet. Sie setzen sich dann später aufs Motorrad oder ins Auto zum Austeilen. Das ist in Ordnung. Das ist eine interne Organisationsfrage.

Wir werden mit Sicherheit darauf pochen, dass dieser Vertrag eingehalten wird. Die Übernahme des Dienstes würde sich nach all unseren Berechnungen auch nach verschiedenen Stellungnahmen, die wir eingeholt haben, nicht rechnen. Dann müssten wir ja alles übernehmen. Wir hätten dann trotzdem nicht die hoheitlichen Aufgaben, die könnten wir nicht haben. Wir hätten trotzdem nicht den universellen Dienst im Sinne von über Südtirol hinaus. Wir hätten wahrscheinlich einen riesigen Koordinierungsaufwand und es würde sich

ganz einfach von den Skaleneffekten nie im Leben auszahlen. Das würde wesentlich teurer werden. Wofür? - ist dann die Frage. Was würden wir damit erreichen, wenn wir wesentlich viel mehr Geld ausgeben würden. Wir würden vielleicht die Qualitätsziele besser erreichen, aber mit welchem Mehrwert für die Bevölkerung, ist die Frage. Die Frage ist auch die der Zeitungszustellung. Welchen Wert messen wir dem im öffentlichen Interesse bei? Das eine ist das private Interesse der Verleger, aber wir fragen: Wie viel lassen wir uns das kosten? Das ist durchaus diskussionswürdig. Es ist gerecht, dass man sich fragt: Wie viel Steuergeld gibt man mit dazu, damit dieser Dienst gewährleistet ist? Es betrifft nicht nur die Zeitungen, sondern auch die andere Post. Aber wie weit ist es tatsächlich sinnvoll zu sagen, dass sie am Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag zugestellt werden muss? Das sind legitime Diskussionen. Da könnten wir sehr viel Geld sparen. Das ist klar, aber nicht indem wir glauben, wir könnten den Dienst übernehmen. Dies kapillar aufzubauen, ohne Synergieeffekte, wird sich nicht spielen. So ehrlich müssen wir sein.

In diesem Sinne eine Ablehnung, aber danke für die Debatte! Ich schließe gleich ab, Herr Präsident! Es sind viele Fragen aufgeworfen worden, die auch legitimerweise gestellt werden, die wir uns auch in täglichen Auseinandersetzungen mit dem Dienstleister Post stellen, wo wir darauf pochen, dass der Vertrag eingehalten wird, der - wie Sie auch bemerkt haben - nachgeschärft worden ist. Es ist aber nicht ein ewiger, sondern wir müssen auch überlegen, wie wir künftig weiterfahren. Wenn wir aus dem Vertrag aussteigen würden, müssen wir sagen: Ok, dann sind diese Zusatzdienste in dieser Form nicht möglich, dass wir das selbst erbringen. Dass das zu diesen Kosten nicht funktionieren würde, lässt sich leicht belegen. Dann würde das wesentlich mehr kosten. Die Frage ist, welcher Mehrwert daraus entsteht.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Landeshauptmann, Sie haben hier offensichtlich den beschließenden Teil nicht ganz gelesen. Es handelt sich nicht nur um die Übernahme, sondern es wird auch die Möglichkeit vorgesehen, dass man es einem anderen Anbieter geben könnte. Lichtenstein beispielsweise übernimmt die Schweiz. Es ist einfach ein Unsinn, wenn man hier öffentliches Geld in einen Betrieb steckt, der offensichtlich Verträge nicht einhält und trotzdem nicht gut funktioniert. Ob es jetzt wir zahlen oder der Staat, unterm Strich zahlt es immer der Steuerzahler, das ist einfach Fakt. Also, wir sind der Meinung, hier einfach tatenlos zuzusehen, ist sicher keine Option. Wir haben Vorschläge gemacht, speziell in der Peripherie, wenn hier Ämter aufgelassen werden. So könnte beispielsweise ein Geschäft nebenbei auch den Postdienst übernehmen, dann wäre beiden geholfen. Solche Sachen müsste man einfach überlegen. Deshalb bitte um Zustimmung zu diesem Antrag!

PRÄSIDENT: Somit kommen wir zur Abstimmung über den Beschlussantrag Nr. 6/23: mit 8 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Abgeordneter Knoll, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich möchte etwas aufwerfen, was wir vielleicht bei der nächsten Fraktionssprechersitzung klären müssten. Es ist schon ein Problem, wenn hier vor der Abstimmung vonseiten der Landesregierung Fehlinformationen an den Landtag verteilt werden. Das ist gestern schon so gewesen. Das beeinflusst das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten. Gestern ist zum Beispiel bei unserem Antrag behauptet worden, dass ein unterschiedlicher Mehrwertsteuersatz EU-rechtswidrig wäre. Ich habe dann das Beispiel gebracht, wie viele Beispiele es in Europa gibt. Das ist einfach so in den Raum geworfen worden. Wer das nicht kontrolliert, glaubt das einfach. Der Landeshauptmann erzählt uns jetzt, wie gut eigentlich der Postdienst in Südtirol funktioniert, dass er kontrolliert wird usw. Ich habe jetzt auch mit Kollegen der SVP noch einmal gesprochen, die genau bestätigt haben, dass die Post beispielsweise im Vinschgau nur jeden zweiten Tag ausgetragen wird. Das beeinflusst das Abstimmungsverhalten. Es geht nicht an, dass die Landesregierung hier dem Landtag Unwahrheiten sagt, um hier das Abstimmungsverhalten zu beeinflussen.

PRÄSIDENT: Moment, Kollege Sven Knoll, ich darf Sie darauf hinweisen - ich kenne die Geschäftsordnung sehr gut -, dass der Einbringer - in diesem Fall war es Kollege Zimmerhofer - für eure Fraktion die Möglichkeit hatte, auf die Einwände bzw. auf die Wortmeldung des Landeshauptmannes noch einmal zu replizieren. Dann ist fertig. Dann wird abgestimmt. Das letzte Wort hat also der Einbringer. Es ist doch auch ein Entgegenkommen gegenüber den Einbringern, dass sie hier sehr wohl entsprechend Stellung nehmen können zu all dem, was vorhin gesagt worden ist, inklusive dessen, was der Vertreter/die Vertreterin der Landesregierung gesagt hat. Deshalb kann ich hier nicht zulassen, dass wir die Diskussion noch einmal auf tun.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Das will ich auch gar nicht. Ich will nur, dass wir in der nächsten Fraktionssprechersitzung darüber sprechen, weil die Replik nicht dafür da ist, dass wir hier Dinge zurechtbiegen. Ich glaube, das ist eine Frage der politischen Ehre und des Anstandes.

PRÄSIDENT: Das können Sie gerne in der nächsten Fraktionssprechersitzung vorbringen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Das beantrage ich ja gerade zum Fortgang der Arbeiten, dass es auf die Tagesordnung kommt, weil ich einfach nicht möchte, dass hier Fehlinformationen verbreitet werden, die das Abstimmungsverhalten beeinflussen.

PRÄSIDENT: Ich wiederhole noch einmal: Wenn man das glaubt, dann hat man vonseiten der Einbringer die Möglichkeit, hier in der Aula noch einmal entsprechend Stellung zu nehmen. Aber ansonsten würde es dann eine unendliche Geschichte werden.

Punkt 15 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 4/23 vom 6.12.2023, eingebracht von den Abgeordneten Ploner Franz, Köllensperger, Ploner Alex und Rieder, betreffend Einsetzung einer unabhängigen Fachkommission zur faktenbezogenen Aufarbeitung der Corona-Pandemie."**

Punto 15) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 4/23 del 6/12/2023, presentata dai consiglieri Ploner Franz, Köllensperger, Ploner Alex e Rieder, riguardante istituzione di una commissione di esperti indipendenti incaricata di fare chiarezza su quanto accaduto durante la pandemia di Covid."**

*Einsetzung einer unabhängigen Fachkommission
zur faktenbezogenen Aufarbeitung der Corona-Pandemie*

Die Forderung nach einer Aufarbeitung der Corona-Pandemie ist aktueller denn je. Denn diese Pandemie hat in unserem Land tiefe Spuren hinterlassen. Ohne Zweifel kann man diese drei Jahre als einen Ausnahmezustand bezeichnen. Diese als Jahrhundertpandemie bezeichnete Corona-Pandemie ausgelöst durch das SARS-CoV-2 Virus hatte in kürzester Zeit von den Verantwortlichen Entscheidungen verlangt, die zu weitreichenden Konsequenzen für die Bürger:innen geführt haben. So hat in Deutschland die Initiative Pandemieaufbereitung in einem offenen Brief unterzeichnet von namhaften Wissenschaftler:innen und Fachleuten die Einsetzung einer Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie gefordert.

So hat die Pandemie vor allem das Gesundheits- und Sozialsystem, aber auch viele andere Politikfelder weitgehend unvorbereitet getroffen. Viele Defizite wurden deutlich. Nicht nur das Gesundheitssystem gelangte an die Grenzen der Belastbarkeit, auch das Bildungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge wurde erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Viele Menschen fühlen sich nach der Pandemie alleingelassen mit ihren Enttäuschungen, Ängsten und Verlusterfahrungen und haben das Vertrauen in die staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen weitgehend verloren. Es wurden Existenzen zerstört und Lebenspläne über den Haufen geworfen, Freundschaften und Familien sind an der Polarisierung der Gesellschaft zerbrochen.

Nach und nach werden nun die Auswirkungen der getroffenen Entscheidungen auf unsere Gesellschaft erkennbar. Die während der Corona-Pandemie getroffenen Schutzmaßnahmen gingen mit tiefgreifenden Grundrechtseingriffen einher. Hierzu zählen Besuchsverbote, einsames Sterben in den Alten- und Pflegeeinrichtungen, die Schließung von Kitas, Kindergärten und Schulen, die weitgehende Stilllegung des kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Viele dieser Einschnitte waren nicht verhältnismäßig und haben zu nachhaltigen Belastungen der Familien, insbesondere der Mütter, geführt. Die psychische und soziale Vereinsamung der vulnerablen Gruppen wie z.B. psychisch Kranke und hochbetagte Menschen finden nicht als Kollateralschäden dieser einschneidenden Maßnahmen ihre entsprechende Anerkennung. Gleiches gilt für das Management der Beschaffung und Lagerung von Masken, Tests, Schutzkleidung und die Coronaimpfung. Die bisherige Reflexion über die Pandemie bleibt zu oberflächlich, zu punktuell

und zu sehr nach politischer Meinungshoheit geprägt. Es bedarf einer systematischen Aufarbeitung, um robuste Lehren für zukünftige Krisen zu ziehen und ähnliche Fehler zu vermeiden. Eine offene, kritische und konstruktive Aufarbeitung ist unverzichtbarer Teil eines jeden professionelles Krisenmanagements. Ein sachlicher Austausch unterschiedlicher Standpunkte muss zentrales Merkmal einer offenen demokratischen Diskussions- und Lösungskultur sein.

Diese Kommission sollte die unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie und die Kollateralschäden untersuchen und Strategien für die Bewältigung und die zukünftige Vermeidung nicht evidenz-bezogener Entscheidungen erarbeiten. Dabei sollte vor allem das Gesundheitssystem mit der gesamten Versorgungsstruktur, der ambulanten und stationären Pflege, die Perspektive der Menschen mit Pflegebedarf, das Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule, auch unter der Berücksichtigung sozialer und psychologischer Faktoren, die sozialen Spannungen und psychischen Belastungen der Menschen, die wirtschaftlichen Auswirkungen und die Kollateralschäden für das kulturelle und soziale Leben beleuchtet werden. Einen besonderen Schwerpunkt der Aufarbeitung müssen all jene Maßnahmen sein, die die persönliche Autonomie bei individuellen Therapieentscheidungen (Impfung, antivirale Therapie), die Entscheidungen zu Präventionsmaßnahmen (Masken, Kontakt zu Familienmitgliedern etc.) und die Eingriffe auf organisatorischer Ebene (Besuchsverbote) betroffen haben. Grundsätzlich sollte das gesamte Pandemiemanagement kritisch überprüft werden, um Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Die Aufarbeitung muss aus einer systemischen Perspektive unabhängig von politischen Interessen erfolgen. Fachexpertise der Kommissionsmitglieder ist gefordert und die Erfahrungen der Menschen in unserem Land müssen in angemessener Weise in die Arbeit der Kommission einfließen. Die Aufarbeitung der Pandemie muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden.

Nur durch ein solches Vorgehen kann es gelingen, das Vertrauen in die Politik einerseits und in die Wissenschaft andererseits wieder zu stärken und somit die Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft dieses Landes möglichst auszuräumen.

Dies vorausgeschickt

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung

- 1) eine unabhängige Fachkommission bestehend aus zahlreichen Experten verschiedener Fachrichtungen und unter aktiver Einbindung der Bürger und Bürgerinnen aus unterschiedlichen Berufen und Gesellschaftsschichten (z.B. aus Seniorenvereinigungen, Jugend-Organisationen, Verbraucherschutz, Gesundheit- und Sozialbereich, Schule, Altenheime u.a.m.) einzusetzen, um eine systematische, konstruktive und transparente Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie vornehmen zu können;
- 2) die Fachkommission mit einer sachlich-wissenschaftlichen Aufarbeitung der Auswirkungen der Lockdown-Maßnahmen, der Maskenpflicht, der Test- und Impfstrategien etc. und den Ergebnissen aller in der Pandemie getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen zu beauftragen, um Lehren aus den Ergebnissen für zukünftige Krisen zu ziehen;
- 3) die Ergebnisse einer öffentlichen Diskussion zu unterziehen, um dadurch eine integrative Wirkung auf die Zivilgesellschaft unseres Landes zu erreichen.

Istituzione di una commissione tecnica indipendente per rielaborare quanto
accaduto durante la pandemia di Covid

L'esigenza di rielaborare la pandemia di Covid è più che mai attuale, dato che nella nostra provincia ha lasciato segni profondi. Senza dubbio questi tre anni possono essere definiti come un periodo di emergenza. Quella che è stata chiamata la pandemia del secolo, ovvero la pandemia di Covid scaturita dal virus SARS-CoV-2, ha imposto ai soggetti responsabili di prendere decisioni con forti ripercussioni per le cittadine e i cittadini in tempi molto brevi. In Germania, ad esempio, l'Initiative Pandemieaufbereitung (iniziativa per la rielaborazione della pandemia)¹, in una lettera aperta sottoscritta da rinomati accademici/accademiche ed esperti/esperte, ha chiesto che venisse istituita una commissione per fare chiarezza sulla pandemia di Covid.

La pandemia ha colto impreparati soprattutto il sistema sanitario e quello sociale, ma anche molti altri settori della politica. Si sono così evidenziate molte carenze. Non è stato solo il sistema

sanitario a raggiungere i suoi limiti, anche il mondo dell'educazione, quello economico e quello sociale sono stati fortemente compromessi.

Ora che la pandemia è finita, molte persone si sentono abbandonate con le loro frustrazioni, paure nonché esperienze di perdita, e hanno perso fiducia nelle istituzioni dello Stato così come in quelle scientifiche. Sono andate distrutte intere esistenze e sono stati sconvolti progetti di vita; rapporti di amicizia e famiglie sono stati frantumati dalla polarizzazione della società.

Oggi stanno gradualmente emergendo gli effetti sulla nostra società delle decisioni prese. Le misure di protezione adottate durante la pandemia di Covid sono state accompagnate da profonde violazioni dei diritti fondamentali. Tra questi, il divieto di far visita ai propri cari, i decessi in solitudine nelle case di riposo e di cura, la chiusura degli asili nido, delle scuole per l'infanzia e delle scuole in generale, così come la sospensione di gran parte delle attività culturali, sociali ed economiche. Molte di queste limitazioni erano sproporzionate e hanno causato danni a lungo termine alle famiglie e soprattutto alle madri. L'isolamento psicologico e sociale di gruppi vulnerabili, quali ad esempio le persone affette da disturbi mentali e quelle in età avanzata, non è stato riconosciuto come danno collaterale derivante da queste drastiche misure. Lo stesso vale per la gestione dell'acquisizione e dello stoccaggio di mascherine, test, indumenti protettivi e dei vaccini contro il Covid. Le considerazioni fatte finora riguardo alla pandemia rimangono troppo superficiali, selettive e caratterizzate dal pensiero politico predominante. È necessaria una rielaborazione sistematica di quanto accaduto per ricavarne delle solide lezioni per le future crisi ed evitare simili errori.

L'approccio aperto, critico e costruttivo rappresenta una parte irrinunciabile di qualsiasi gestione professionale di una crisi. Uno scambio oggettivo dei diversi punti di vista deve essere la caratteristica centrale di una cultura aperta e democratica del dibattito e della ricerca delle soluzioni. Questa commissione dovrebbe analizzare gli effetti diretti della pandemia e i danni collaterali, nonché sviluppare strategie per affrontarli ed evitare che in futuro vengano prese decisioni che non siano basate su delle evidenze. Andrebbe soprattutto esaminato il sistema sanitario con l'intera struttura assistenziale, l'assistenza ambulatoriale e ospedaliera, le prospettive delle persone che necessitano di assistenza, il sistema educativo dagli asili nido alle università, tenendo conto anche dei fattori sociali e psicologici, delle tensioni sociali e dello stress psicologico sulle persone, dell'impatto economico e dei danni collaterali alla vita culturale e sociale. Un focus particolare di questa rielaborazione deve essere costituito da tutte le misure che hanno inciso sull'autonomia personale nelle scelte terapeutiche individuali (vaccinazione, terapia antivirale) e sulle misure di prevenzione (mascherine, contatti con i familiari, ecc.) così come negli interventi di carattere organizzativo (divieti di visitare i propri cari). Fondamentalmente dovrebbe essere riesaminata in chiave critica l'intera gestione della pandemia, al fine di trarne degli insegnamenti per il futuro. Questa analisi deve essere condotta in una prospettiva sistemica e indipendentemente dagli interessi politici. Saranno necessarie le competenze di chi fa parte della commissione, e le esperienze delle persone nella nostra provincia dovranno essere integrate nel lavoro della commissione. La rielaborazione di quanto accaduto durante la pandemia deve essere vista come un compito della società nel suo complesso.

Solo con un simile approccio potremo riuscire a ripristinare la fiducia nella politica da un lato, e dall'altro quella nella scienza, e quindi a ridurre al minimo gli sconvolgimenti all'interno della nostra società.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna

la Giunta provinciale

- 1) a istituire una commissione tecnica indipendente, composta da numerosi esperti di varie discipline e a cui partecipino attivamente cittadini e cittadine che svolgono differenti professioni e provenienti dalle diverse fasce sociali (ad esempio, associazioni della terza età, organizzazioni giovanili, tutela dei consumatori, settore sanitario e sociale, scuole, case di riposo, ecc.) per rielaborare in modo sistematico, costruttivo e trasparente la pandemia di Covid-19;
- 2) a incaricare la commissione tecnica di condurre una rielaborazione oggettiva e scientifica delle ripercussioni delle misure di lockdown, dell'obbligo di portare la mascherina, delle strategie

per i test e per le vaccinazioni, ecc., e dei risultati di tutte le decisioni e misure adottate durante la pandemia, al fine di trarne insegnamenti per le crisi future;

- 3) *a sottoporre i risultati a un dibattito pubblico, al fine di produrre effetti integranti sulla società civile nella nostra provincia.*

Es ist ein **Ersetzungsantrag** von den Abgeordneten Franz Ploner, Köllensperger, Alex Ploner, Rieder, Foppa, Rohrer, Oberkofler, Repetto und Leiter Reber eingebracht worden, der folgendermaßen lautet: "Einsetzung einer unabhängigen Fachkommission zur faktenbezogenen Aufarbeitung der Corona-Pandemie

Nach dem Abklingen der COVID-19 Pandemie scheint die Forderung der systematischen und expliziten Aufarbeitung aktueller denn je. Denn diese Pandemie hat in der Gesellschaft unseres Landes tiefe Spuren hinterlassen. Über drei Jahre hat Corona unser aller Leben bestimmt. Diese als Jahrhundertpandemie bezeichnete Corona-Pandemie ausgelöst durch das SARS-CoV-2 Virus hatte in kürzester Zeit von den Verantwortlichen Entscheidungen verlangt, die zu weitreichenden Konsequenzen für die Bürger:Innen geführt haben: Lockdowns, Quarantäne, Schulschließungen, Reisebeschränkungen, Maskenpflicht, psychische und wirtschaftliche Schäden haben die Lebensqualität der Bürger:Innen beeinträchtigt. Ähnliche Vorgangsweise beschritt die österreichische Bundesregierung, indem sie die Österreichische Akademie der Wissenschaft (ÖAW) unter Einbindung eines breiten Bürgerdialogs mit der Aufarbeitung der Coronapandemie beauftragte. Der Abschlussbericht wurde Ende Dezember 2023 der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Projektleiter Alexander Bogner sagt dazu: "In der Corona-Krise war das Vertrauen der Bevölkerung in Medien, Wissenschaft und Regierung zunächst hoch. Vertrauensverlust drohen, wenn breite, ergebnisoffene Debatten fehlen, politische Maßnahmen nicht gut kommuniziert werden und Medien, Wissenschaft und Politik den Eindruck erwecken, in Symbiose zu leben". Die von ÖAW unter der Leitung von Prof. Dr. Alexander Bogner durchgeführte Studie umfasst fünf Fallstudien und einer Beschreibung des Bürgerdialogs "Österreich am Wort" zusammen.

So hat die Pandemie vor allem das Gesundheits- und Sozialsystem, aber auch viele andere Politikfelder weitgehend unvorbereitet getroffen. Viele Defizite wurden deutlich. Nicht nur das Gesundheitssystem gelangte an die Grenzen der Belastbarkeit, auch das Bildungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge wurde erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Viele Menschen fühlten sich nach der COVID-19-Pandemie mit ihren Enttäuschungen, Ängsten und Verlust Erfahrungen zunehmend alleingelassen und haben in der Folge ihr Vertrauen in die staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen weitgehend verloren. Konflikte hat es während der Pandemie zur Genüge gegeben, es mangelte aber unter dem Zeitdruck mancher Entscheidungen an transparentem Austausch von unterschiedlichen Argumenten. Die Studie der ÖAW machte deutlich, dass vor allem im Zusammenhang mit der Impfpflicht eine transparente Entscheidungsfindung gefehlt hat. Stattdessen wurde die Impfpflicht als einzige Option dargestellt, um die Pandemie nach fast zwei Jahren in den Griff zu bekommen. Dies verstärkte den moralischen Tonfall in der öffentlichen Debatte.

Nach und nach werden nun die Auswirkungen der getroffenen Entscheidungen auf die Gesellschaft erkennbar. Die während der Corona-Pandemie getroffenen Schutzmaßnahmen gingen mit tiefgreifenden Grundrechtseingriffen einher. Hierzu zählen Besuchsverbote, einsames Sterben in den Alten- und Pflegeeinrichtungen, die Schließung von Kitas, Kindergärten und Schulen, die weitgehende Stilllegung des kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Viele dieser Einschnitte waren nicht verhältnismäßig und haben zu nachhaltigen Belastungen in den Familien, insbesondere der Mütter, geführt.

Die psychische und soziale Vereinsamung der vulnerablen Gruppen wie z.B. psychisch Kranke und hochbetagte Menschen finden leider nicht als Kollateralschäden dieser einschneidenden Maßnahmen ihre entsprechende Anerkennung. Gleiches gilt für das Management der Beschaffung und Lagerung von Masken, Tests, Schutzkleidung und die Coronaimpfung. Die bisherige Reflexion über die Pandemie bleibt zu oberflächlich, zu punktuell und zu sehr nach politischer Meinungshoheit geprägt. Es bedarf einer systematischen Aufarbeitung, um robuste Lehren für zukünftige Krisen zu ziehen und ähnliche Fehler zu vermeiden.

Eine offene, kritische und konstruktive Aufarbeitung ist unverzichtbarer Teil eines jeden professionelles Krisenmanagements. Ein sachlicher Austausch unterschiedlicher Standpunkte muss zentrales Merkmal einer offenen demokratischen Diskussions- und Lösungskultur sein.

Diese zu bestellende unabhängige Kommission sollte die unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie und die Kollateralschäden untersuchen und Strategien für die Bewältigung und die zukünftige Vermeidung nicht evidenzbezogener Entscheidungen erarbeiten. Dabei sollte vor allem das Gesundheitssystem mit der gesamten Versorgungsstruktur, der ambulanten und stationären Pflege, die Perspektive der Menschen mit

Pflegebedarf, das Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule, auch unter der Berücksichtigung sozialer und psychologischer Faktoren, die sozialen Spannungen und psychischen Belastungen der Menschen, die wirtschaftlichen Auswirkungen und die Kollateralschäden für das kulturelle und soziale Leben beleuchtet werden.

Einen besonderen Schwerpunkt der Aufarbeitung müssen all jene Maßnahmen sein, die die persönliche Autonomie bei individuellen Therapieentscheidungen (Impfung, antivirale Therapie), die Entscheidungen zu Präventionsmaßnahmen (Masken, Kontakt zu Familienmitgliedern etc.) und die Eingriffe auf organisatorischer Ebene (Besuchsverbote) betroffen haben. Grundsätzlich sollte das gesamte Pandemiemanagement kritisch überprüft werden, um Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Die Aufarbeitung muss aus einer systemischen Perspektive unabhängig von politischen Interessen erfolgen. Fachexpertise der Kommissionsmitglieder ist gefordert und die Erfahrungen der Menschen in unserem Land müssen in angemessener Weise in die Arbeit der Kommission einfließen. Die Aufarbeitung der Pandemie muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden.

Nur durch ein gemeinschaftliche Vorgehen durch das Einbinden von Bürger:Innen und Expert:Innen kann es gelingen, Vertrauen in die Politik einerseits und in die Wissenschaft andererseits wieder zu gewinnen und die Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft dieses Landes möglichst zu mildern oder weitgehend auszuräumen.

Dies vorausgeschickt verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung

- 1) eine unabhängige Kommission bestehend aus Expert:Innen verschiedener Fachrichtungen und unter aktiver Einbindung der Bürger und Bürgerinnen unterschiedlicher Berufs- und Gesellschaftsschichten (z.B. Seniorenvereinigung, Jugend-Organisationen, Verbraucherschutz, Gesundheit- und Sozialbereich, Schulen, Altenheime u.a.m.) einzusetzen, um eine systematische und transparente Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie, die das Gesellschaftsgefüge des Landes wesentlich verändert hat, vorzunehmen;
- 2) die unabhängige Fachkommission mit einer sachlich-wissenschaftlichen Aufarbeitung der Auswirkungen der Lockdown-Maßnahmen, der Maskenpflicht, der Test- und Impfstrategien, der gesellschaftlichen Beeinträchtigungen und Auswirkungen aller in der Pandemie getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen zu beauftragen, um Lehren aus den gemachten Erfahrungen für zukünftige Krisen zu ziehen und nächste Pandemien gerüstet zu sein;
- 3) die erarbeiteten Ergebnisse einer öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen, um mit Hilfe dieser Erkenntnisse integrativ und zusammenführend auf die Zivilgesellschaft des Landes zu wirken.
- 4) dem Landtag das erarbeitete Abschlussdokument zur Diskussion vorzulegen, damit er Lehren für zukünftige Maßnahmen bei pandemischen Ereignissen ziehen kann."

"Istituzione di una commissione tecnica indipendente per rielaborare quanto accaduto durante la pandemia di Covid

Ora che la pandemia di COVID-19 è terminata, l'esigenza di rielaborarla in modo sistematico ed esplicito appare più che mai attuale. Questa pandemia ha infatti lasciato segni profondi nella società della nostra provincia, avendo determinato le nostre vite per più di tre anni. Quella che è stata chiamata la pandemia del secolo, ovvero la pandemia di Covid scaturita dal virus SARS-CoV-2, ha imposto ai soggetti responsabili di prendere decisioni con forti ripercussioni per le cittadine e i cittadini in tempi molto brevi: lockdown, quarantene, chiusura delle scuole, limitazioni nei viaggi, mascherine obbligatorie nonché danni psicologici ed economici hanno inciso sulla qualità della vita dei cittadini e delle cittadine. Il governo federale austriaco ha adottato un tale approccio, incaricando l'accademia austriaca delle scienze (ÖAW) di rivalutare la pandemia di Covid attraverso un ampio dialogo pubblico. La relazione finale è stata presentata al pubblico alla fine di dicembre 2023. Il responsabile del progetto, Alexander Bogner, in merito ha affermato che all'inizio della crisi la fiducia dell'opinione pubblica nei media, nella scienza e nel governo era alta, ma se non si effettua un dibattito ampio e aperto, se le misure politiche non vengono comunicate bene e se i media, la scienza e la politica danno l'impressione di vivere in simbiosi si rischia una perdita di fiducia¹. Lo studio condotto dall'accademia austriaca delle scienze sotto la direzione del prof. dott. Alexander Bogner comprende cinque studi di casi tipo e una descrizione del dialogo pubblico "Österreich am Wort" (La parola all'Austria).²

La pandemia ha colto impreparati soprattutto il sistema sanitario e quello sociale, ma anche molti altri settori della politica. Si sono così evidenziate molte carenze. Non è stato solo il sistema sanitario a raggiungere i suoi limiti, anche il mondo dell'educazione, quello economico e quello sociale sono stati fortemente compromessi.

Dopo la pandemia, molte persone si sono sentite sempre più abbandonate con le loro frustrazioni, paure nonché esperienze di perdita, e di conseguenza hanno perso molta fiducia nelle istituzioni dello Stato così come in quelle scientifiche. Durante la pandemia ci sono stati molti conflitti, ma la pressione temporale rispetto ad alcune decisioni ha fatto mancare un dibattito trasparente sulle diverse argomentazioni. Lo studio dell'accademia delle scienze austriaca ha evidenziato l'assenza di un processo decisionale trasparente, in particolare per quanto riguarda le vaccinazioni obbligatorie che invece sono state presentate come l'unica opzione per avere la meglio sulla pandemia dopo quasi due anni. Ciò ha rafforzato i toni moralistici nel dibattito pubblico.³

Oggi stanno gradualmente emergendo gli effetti sulla società delle decisioni prese. Le misure di protezione adottate durante la pandemia di Covid sono state accompagnate da profonde violazioni dei diritti fondamentali. Tra questi, il divieto di far visita ai propri cari, i decessi in solitudine nelle case di riposo e di cura, la chiusura degli asili nido, delle scuole per l'infanzia e delle scuole in generale, così come la sospensione di gran parte delle attività culturali, sociali ed economiche. Molte di queste limitazioni erano sproporzionate e hanno causato danni a lungo termine alle famiglie e soprattutto alle madri.

L'isolamento psicologico e sociale di gruppi vulnerabili quali ad esempio i malati mentali e gli anziani purtroppo non è stato riconosciuto come danno collaterale derivante da queste drastiche misure. Lo stesso vale per la gestione dell'acquisizione e dello stoccaggio di mascherine, test, indumenti protettivi e dei vaccini contro il Covid. Le considerazioni fatte finora riguardo alla pandemia rimangono troppo superficiali, selettive e caratterizzate dal pensiero politico predominante. È necessaria una rielaborazione sistematica di quanto accaduto per ricavarne delle solide lezioni per le future crisi ed evitare simili errori.

L'approccio aperto, critico e costruttivo rappresenta una parte irrinunciabile di qualsiasi gestione professionale di una crisi. Uno scambio oggettivo dei diversi punti di vista deve essere la caratteristica centrale di una cultura aperta e democratica del dibattito e della ricerca delle soluzioni.

La commissione indipendente da istituire dovrebbe analizzare gli effetti diretti della pandemia e i danni collaterali, nonché sviluppare strategie per affrontarli ed evitare che in futuro vengano prese decisioni che non siano basate su delle evidenze. Andrebbe soprattutto esaminato il sistema sanitario con l'intera struttura assistenziale, l'assistenza ambulatoriale e ospedaliera, le prospettive delle persone che necessitano di assistenza, il sistema educativo dagli asili nido alle università, tenendo conto anche dei fattori sociali e psicologici, delle tensioni sociali e dello stress psicologico sulle persone, dell'impatto economico e dei danni collaterali alla vita culturale e sociale.

Un focus particolare di questa rielaborazione deve essere costituito da tutte le misure che hanno inciso sull'autonomia personale nelle scelte terapeutiche individuali (vaccinazione, terapia antivirale) e sulle misure di prevenzione (mascherine, contatti con i familiari, ecc.) così come negli interventi di carattere organizzativo (divieti di visitare i propri cari). Fondamentalmente dovrebbe essere riesaminata in chiave critica l'intera gestione della pandemia al fine di trarne degli insegnamenti per il futuro. Questa analisi deve essere condotta in una prospettiva sistemica e indipendentemente dagli interessi politici. Saranno necessarie le competenze di chi fa parte della commissione, e le esperienze delle persone nella nostra provincia devono essere integrate nel lavoro della commissione. La rielaborazione di quanto accaduto durante la pandemia deve essere vista come un compito della società nel suo complesso.

Solo con un approccio comune che coinvolga la cittadinanza nonché esperti ed esperte potremo riuscire a rinnovare e rafforzare la fiducia nella politica da un lato, e dall'altro quella nella scienza, e quindi a ridurre al minimo e possibilmente eliminare gli sconvolgimenti all'interno della nostra società.

Ciò premesso, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna la Giunta provinciale

- 1) a istituire una commissione tecnica indipendente, composta da numerosi esperti ed esperte di varie discipline e cui partecipino attivamente cittadini e cittadine che svolgono differenti professioni e provenienti dalle diverse fasce sociali (ad esempio, associazioni degli anziani, organizzazioni giovanili, tutela dei consumatori, settore sanitario e sociale, scuole, case di riposo, ecc.) per rielaborare in modo sistematico e trasparente la pandemia di Covid-19 che tanto ha inciso sul tessuto sociale della nostra provincia;
- 2) a incaricare la commissione tecnica di condurre una rielaborazione oggettiva e scientifica delle ripercussioni delle misure di lockdown, dell'obbligo di portare la mascherina, delle strategie per i test e per le vaccinazioni, così come di tutte le decisioni e misure adottate durante la pandemia, al fine di trarre da queste esperienze insegnamenti per le crisi future nonché per attrezzarsi per le future pandemie;
- 3) a rendere disponibili i risultati per un dibattito pubblico, al fine di utilizzarli per produrre effetti integrativi e unificanti sulla società civile della nostra provincia;

- 4) a sottoporre il documento finale al dibattito del Consiglio provinciale, che così possa trarne insegnamento per le misure future in caso di eventi pandemici."

Abgeordneter Franz Ploner, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

PLONER Franz (Team K): Danke, Herr Präsident! Es geht um den Ersetzungsantrag zum Beschlussantrag betreffend die Einsetzung einer unabhängigen Fachkommission zur faktenbezogenen Aufarbeitung der Corona-Pandemie. Ich diesem Zusammenhang möchte ich mich auch bei all jenen bedanken, die diesen Beschlussantrag mitunterzeichnet haben. Die entsprechenden Namen sind ja aufgelistet. Ganz am Anfang möchte ich Herrn Prantl aus der Süddeutschen Zeitung zitieren. Er hat vor ungefähr zwei Monaten einen guten Artikel in der Süddeutschen Zeitung dazu geschrieben. Zitat: *"Wenn die gründliche Aufarbeitung der Pandemie ausbleibt, ist das Zukunftsschädigung durch Unterlassen. Und die nächste Phase der selbstverschuldeten Unmündigkeit."* Nach dem Abklingen der COVID-19 Pandemie ist eine systematische und explizite Aufarbeitung aktueller denn je. Denn wir wissen, dass diese Pandemie in unserer Gesellschaft generell tiefe Spuren hinterlassen hat.

Diese als Jahrhundertpandemie bezeichnete Corona-Pandemie, ausgelöst durch das SARS-CoV-2 Virus, hatte in kürzester Zeit von den Verantwortlichen Entscheidungen verlangt, die zu weitreichenden Konsequenzen für die BürgerInnen geführt haben. Lockdowns, Quarantäne, Schulschließungen, Reisebeschränkungen, Maskenpflicht, psychische und wirtschaftliche Schäden haben wesentlich zur Einschränkung der Lebensqualität beigetragen. Gerade aufgrund dessen ist in Deutschland die Initiative Pandemieaufbereitung entstanden und in einem offenen Brief, unterzeichnet von namhaften WissenschaftlerInnen und Fachleuten, wurde die Einsetzung einer Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie gefordert. Es sind prominente Wissenschaftler, die das gefordert haben, denken wir nur an Professor Antes, dem Leiter der Epidemiologie in Freiburg, oder Professor Scheer der WHO, der für Mitteleuropa tätig war. All diese haben diese Aufarbeitung eingefordert.

Genau das gleich hat die österreichische Bunderegierung gemacht, und zwar hat sie damals die Österreichische Akademie der Wissenschaft beauftragt unter Einbindung eines Bürgerdialogs. Das müssen wir korrekterweise sagen. Sie sagen, wir können nicht nur die Wissenschaft hernehmen oder die Fachleute, sondern wir müssen einen Bürgerdialog aufbauen, eine Kommission beauftragt. Beauftragt wurde damals die Akademie der Österreichischen Wissenschaften, unter der Leitung von Professor Bogner. Ich zitiere ihn - er schreibt: *"In der Corona-Krise war das Vertrauen der Bevölkerung in Medien, Wissenschaft und Regierung zunächst hoch. Vertrauensverlust drohen, wenn breite, ergebnisoffene Debatten fehlen, politische Maßnahmen nicht gut kommuniziert werden und Medien, Wissenschaft und Politik den Eindruck erwecken, in Symbiose zu leben."* Leider Gottes ist das hinübergekommen. Die ÖAW hat das an fünf Fallbeispielen aufgearbeitet. Ein Fallbeispiel ist das Gesundheitssystem und Sozialsystem, das weitgehend darunter gelitten hat, aber auch die Belastbarkeit der Bildung, des Wirtschaftssystems und der Gesellschaftsgefüge. Das ist auch im Abschlussbericht drinnen: Viele Menschen fühlten sich einfach enttäuscht, hatten Ängste und Verlusterfahrungen und fühlten sich zunehmend alleingelassen. Sie fordern ganz einfach: Die Konflikte müssen jetzt transparent aufgearbeitet werden mit den unterschiedlichen Argumenten, die in dieser Diskussion erfolgen müssen. Die Studie machte auch deutlich, dass vor allem im Zusammenhang mit der Impfpflicht eine transparente Entscheidungsfindung gefehlt hat, insbesondere in Österreich. Das müssen wir korrekterweise sagen, weil es dort eine gesetzliche Vorgabe gab. Stattdessen wurde die Impfpflicht als einzige Option dargestellt. Die während der Corona-Pandemie getroffenen Schutzmaßnahmen gingen mit tiefgreifenden - das ist auch in diesem Bericht drinnen - Grundrechtseingriffen einher. Hierzu zählen Besuchsverbote, einsames Sterben - das müssen wir korrekterweise sagen - mit all seinen Nachwirkungen, die Schließung von Kitas, Kindergärten und Schulen mit den psychischen Belastungen, die entstanden sind, und auch noch das weitgehende Stilllegen des kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens - insbesondere des kulturellen Lebens. Die psychische und soziale Vereinsamung hat vor allem bei den vulnerablen Gruppen zu großen Belastungen geführt. Psychisch Kranke und hochbetagte Menschen mussten sich leider mit diesen Kollateralschäden am meisten auseinandersetzen. Gleiches gilt für das Management der Beschaffung und der Lagerung von Masken, Tests, Schutzkleidung und die Coronaimpfung. Das müsste im Detail besprochen werden.

Die bisherige Reflexion über die Pandemie bleibt zu oberflächlich - so auch in dem Abschlussbericht -, zu punktuell und zu sehr politisch ausgefärbt. Es bedarf daher einer systematischen Aufarbeitung, um robuste Lehren für zukünftige Krisen zu ziehen und ähnliche Fehler zu vermeiden. Damit ist eine offene, kritische und konstruktive Aufarbeitung unverzichtbarer Teil eines professionelles Krisenmanagements. Diese unab-

hängige Kommission sollte die unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie und die Kollateralschäden genau untersuchen und auch entsprechende Strategien und zukünftige Vermeidung nicht evidenz-bezogener Entscheidungen vornehmen. Dabei sollte vor allem das Gesundheitssystem mit der gesamten Versorgungsstruktur, das Pflegesystem, das Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule, auch unter der Berücksichtigung sozialer und psychologischer Faktoren, die sozialen Spannungen und psychischen Belastungen der Menschen, die wirtschaftlichen Auswirkungen und die Kollateralschäden für das kulturelle und soziale Leben beleuchtet werden.

Einen besonderen Schwerpunkt der Aufarbeitung müssen all jene Maßnahmen sein, die die persönliche Autonomie bei individuellen Therapieentscheidungen (Impfung, antivirale Therapie usw.), die Entscheidungen zu Präventionsmaßnahmen mitberücksichtigen. Damit bedarf es auch der Integration der Bevölkerung. Aufgrund dieser jetzt ausreichend dargestellten Prämissen sollte die Kommission folgendermaßen - das ist der beschließende Teil - aufgestellt sein: Erstens sollte eine unabhängige Kommission, bestehend aus Experten verschiedener Fachrichtungen, eingesetzt werden. Ich habe jetzt die Fachrichtungen nicht aufgezählt, aber es beginnt bei der Psychologie und geht hin bis zur Medizin, Epidemiologie, Lehrerschaft, Mathematiker, Modellbilder usw. Dies sollte unter aktiver - das ist mir wichtig - Einbindung der Bürger und Bürgerinnen unterschiedlicher Berufs- und Gesellschaftsschichten geschehen. Ich habe sie nur exemplarisch aufgelistet, zum Beispiel Seniorenvereinigung, Jugend-Organisationen, Verbraucherschutz, Gesundheit- und Sozialbereich, Schule, Altenheime, MitgliederInnen der suspendierten Personen, um eine systematisch-transparente Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie auf das Gesellschaftsgefüge des Landes vorzunehmen. Es ist wichtig, dass es für unser Land eingesetzt wird.

Der zweite Punkt lautet, eine unabhängige Fachkommission mit einer sachlich-wissenschaftlichen Aufarbeitung der Auswirkungen der Lockdown-Maßnahmen, der Maskenpflicht, der Test- und Impfstrategien usw. und den Ergebnissen aller in der Pandemie getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen zu beauftragen - das wäre der Inhalt -, um Lehren aus den Ergebnissen für zukünftige Krisen zu ziehen.

Der dritte Punkt besagt, die erarbeiteten Ergebnisse aus dieser Gruppe, aber auch aus der Bevölkerung einer öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen, um dadurch - das scheint uns sehr wichtig - eine integrative Wirkung auf die Gesellschaft unseres Landes zu erreichen. Am Ende sollte dem Landtag das erarbeitete Dokument zur Diskussion vorgelegt werden. Danke!

WIRTH ANDERLAN (JWA Wirth Anderlan): Herr Präsident! Ich denke, dass mit dem heutigen Wissen - RKI-Protokoll, Astra Zenec usw. - alles andere als ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eine Farce und eine Verhöhnung des Südtiroler Volkes wäre. Ich spreche nicht von den Ungeimpften, sondern auch von den Geimpften. Geschätzter Kollege Dr. Franz Ploner - von Beruf Arzt wohlgemerkt -, ich möchte Sie fragen, ob Sie wissen, wer diese Aussagen in den vergangenen Jahren getätigt hat. "Ich appelliere an den Landesrat, dafür zu sorgen, dass Südtirol an die Spitze der Durchimpfungsrate kommt." "Ich gebe einen Herdenschutz von 80 Prozent als Ziel vor." "Der Corona-Pass ermöglicht eine sichere Wiedereröffnung, weshalb wir auch schon immer überzeugte Befürworter dieses Systems waren." "Die Impfquote in Südtirol ist leider unbefriedigend und dieser Antrag soll dazu beitragen, weitere Bevölkerungsgruppen zu erreichen, um die Impfquote zu erhöhen." "Die Impfung muss zu den Menschen." "Von der nadelfreien Impfung würden besonders auch Kinder profitieren." Das waren Ihre Aussagen. Dann haben wir noch einen Spitzenkandidaten von Ihnen, der am 26. Jänner 2022 noch meinte - jedem Südtiroler war mittlerweile klar, dass die Wirkungen nicht so sind, wie sie sein sollten -, es sei für ihn unerklärlich, dass es immer noch Impfgegner gibt. Deshalb will sich dieser Herr weiter für eine Meldung aller Vergehen von Ärzten und Apothekern einsetzen. Das war der Hausarzt und vielleicht zukünftige Landtagsabgeordnete Herr Dr. Eugen Sleiter. Mich würde es freuen, wenn er hier sitzen würde. Und ihr vom Team K seid ja fleißige Demo-Besucher! Ihr wart mit den Lehrern am Landhausplatz, ebenso mit den Gewerkschaftlern, bei der Kundgebung für einen offenen Hofburggarten, beim Aktionstag gegen Gewalt an Frauen oder bei der Umfahrung von Gossensaß. Kollegin Rieder hat es leider bei der Demo gegen Rechts nicht geschafft, aber glücklicherweise am Dienstag schon. Bei den Ausgegrenzten, bei den Schwurblern, bei den Aluhutträgern und bei den Verschwörungstheoretikern habe ich euch nicht ein einziges Mal gesehen. Am meisten zu denken gibt mir aber die Tatsache, dass Ihr in Vergangenheit zu verschiedenen Themen Untersuchungsausschüsse gefordert habt, so zum Beispiel beim Personennahverkehr, zu den Wahlkampfspesen usw. Sie, Herr Ploner, sind sogar der Vorsitzende des Masken-Untersuchungsausschusses gewesen. Da war für euch ein Untersuchungsausschuss wichtig. Wenn es aber um die Freiheitsberaubung, um die Suspendierung von gesunden Menschen, um einsames Sterben in Altersheimen und Kran-

kenhäusern, um erzwungene medizinische Eingriffe oder ruinierte Existenzen geht, begnügt ihr euch mit einem Beschlussantrag.

Übrigens ist Ihnen hier ein kleiner Fehler im Text unterlaufen. Sie wollen eine unabhängige Fachkommission bestehend aus zahlreichen Experten verschiedener Fachrichtungen und unter aktiver Einbindung der Bürger und Bürgerinnen einsetzen. Sie beziehen sich nur auf Experten und keine Expertinnen. Also schweben Ihnen da nur Männer vor, was ganz schön sexistisch ist.

Wir bleiben jedenfalls dabei: Alles andere als ein Untersuchungsausschuss wäre eine Farce und Verhöhnung des Volkes. Für uns ist dieser Antrag nicht glaubwürdig, weil er von Mitmachern, Schweigern und Spätaufgewachten eingebracht wird. Danke schön!

HOLZEISEN (VITA): Herr Präsident! Es ist keine Frage, dass es eine schonungslose Aufarbeitung der unglaublichen Maßnahmen braucht, die in den vergangenen Jahren Menschen auch zu Tode gebracht haben. Und meine erste Frage in Bezug auf eine sogenannte unabhängige Kommission ist, wer wählt denn diese Kommissionsmitglieder? Ich bin auch absolut der Meinung, dass es hier einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss braucht. Alles andere wird dieser so wichtigen Angelegenheit einfach nicht gerecht. Ich habe mich sehr darüber gewundert, Kollege Ploner, dass Sie heute so getan haben, als hätte man nur in Österreich die Impfpflicht gehabt. Fakt ist doch, dass gerade Italien jenes EU-Mitgliedsland war, wo es eine weiterreichende direkte Impfpflicht gab. Wir wissen ja, dass dies für alle Berufsgruppen, angefangen beim Sanitätspersonal, Lehrpersonal, Polizei bis hin zum Militär usw. für die über 50-Jährigen galt. Aber auch die scharfe indirekte Impfpflicht über den verschärften Covid-19-Impfpass haben de facto zu einer weitreichenden Verpflichtung mit Ausschluss vom Recht, seiner Arbeit nachzugehen, für den eigenen Lebensunterhalt, aber auch für den der eigenen Kinder zu sorgen, sowie vom Recht am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, geführt. Jetzt so zu tun als wäre Österreich schlimmer dran gewesen, ist einfach eine unglaubliche Verdrehung. Herr Dr. Ploner, Sie müssen als Arzt wissen, dass man in Österreich in den meisten Kliniken und Krankenhäusern ohne Covid-19-Impfung arbeiten konnte, denn da hat ein einfacher Test ausgereicht und deshalb sind ja auch viele unserer Mitarbeiter im Sanitätswesen nach Österreich und in die Schweiz gegangen und gar einige sind sogar geblieben. Also hier fängt es schon mit einer sehr befremdlichen Verzerrung der Fakten an. Ich glaube, die RKI-Protokolle in Deutschland werden zumindest auf Bundesländer-Ebene zu umfassenden Untersuchungsausschüssen führen und das wird auch endgültig die Wahrheit nach Südtirol bringen. Also für mich ist allein ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss akzeptabel. Alles andere ist eine reine Augenauswischerei, denn wir als Opposition - ich schließe sofort, Herr Präsident -, die sich von Anfang an vor die Bevölkerung gestellt haben, gegen lebens- und gesundheitsgefährdende Maßnahmen, werden sicher nicht einer solchen Augenauswischerei zustimmen. Danke!

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident! Wir haben bei diesem ursprünglichen Beschlussantrag, aber auch danach beim Ersetzungsantrag nicht mitunterschieden, weil wir eben auch berechnete Zweifel haben, wie diese Kommission dann ausschauen soll. Ist sie wirklich neutral und spiegelt sie die verschiedenen Seiten der Corona-Zeit wider? Ich selber habe es hier im Landtag miterlebt. Ich habe zu Beginn der Corona-Zeit hier einmal geäußert, dass ich in der ganzen Diskussion und auch bei den Maßnahmen vermisste, dass die Experten und Ärzte der Kategorie A, die Panik verbreiten und die sagen: "Achtung, es ist höchst gefährlich, wir müssen Einschränkungen machen!" den anderen der Kategorie B gegenübergestellt werden, die sagen: "Nein, Moment mal, nichts überstürzen, so gefährlich ist es nicht! Nicht gleich losimpfen, es ist harmloser, es braucht nicht gleich Lockdowns!" Allein deshalb, weil ich diese Äußerung gemacht und verlangt habe, dass eine neutrale objektive sachliche Gegenüberstellung von diesen beiden Kategorien von Experten und Ärzten gemacht werden sollte, wurde ich ausgebuht, was mir einfällt, so einen Zweifel, so etwas hier überhaupt zu äußern und Kritik anzubringen. Dies allein deshalb, weil ich eine sachliche und neutrale Gegenüberstellung verlangt habe. Deshalb habe ich berechnete Zweifel, ob hier in so einer Kommission wirklich dann alle vertreten sein werden, auch jene Vertreter, die für jene sprechen, die suspendiert und ausgeschlossen sowie zwangsgeimpft wurden. Sie mussten sich impfen lassen, obwohl sie das nicht wollten, sind mit Tränen in die Impf Räume rein und mit noch mehr Tränen herausgekommen. Sie wollten es nicht tun, sondern mussten, weil sie gezwungen waren, um ihren Job nicht zu verlieren, weil sie Raten zu bezahlen hatten, weil sie Kinder ernähren mussten, weil sie Mieten zu bezahlen hatten usw. Ansonsten wurde Ihnen das Recht auf Arbeit verwehrt. All dies gibt berechnete Zweifel, ob es wirklich so umgesetzt wird, wie es sein sollte, obwohl wir als Fraktion absolut dafür sind, dass die Corona-Zeit und deren einzelne Maßnahmen aufgearbeitet

werden sollen, auch vom medizinischen Aspekt her. Wir haben plötzlich viele Experten gehabt, die alles besser wussten. Auch Politiker haben sich plötzlich hingestellt und wussten, was das Beste für das Volk ist. Es gab aber auch jene Politiker, die Zweifel hatten. Diejenigen wurden effektiv belächelt, ausgebuht, kritisiert und hingestellt, als ob sie die absoluten Deppen wären. Wir haben es am eigenen Leib erlebt, auch ich selbst. Ich habe mich aber von dem Ganzen nicht unterkriegen und auch nicht zum Schweigen bringen lassen. Deswegen bleibe ich auf diesem Standpunkt. Wir haben hier berechnete Zweifel, ob es wirklich neutral, objektiv und sachlich hergeht, denn das schulden wir der Bevölkerung.

GALATEO (Fratelli d'Italia): Sicuramente la mozione è interessante per il contenuto, sicuramente va fatto un percorso di pacificazione sociale, perché quello che le cittadine e i cittadini hanno subito durante il periodo del Covid è la più grande privazione di libertà e di diritti individuali che sia successa in un tempo non di guerra. Sicuramente Fratelli d'Italia è stata sempre molto critica su tante scelte che sono state prese e che va detto, lo diciamo anche con grande tranquillità, scelte che andavano prese in un contesto nuovo, inaspettato, in cui nessuno aveva le regole del gioco per poter prendere delle decisioni diciamo in maniera cosciente e scientifica. Oggi cominciamo a vedere però dei risultati chiari e scientifici di scelte non corrette.

AstraZeneca, lo sta dicendo la società stessa, che forse non era una soluzione particolarmente utile alla popolazione. Sono stati chiamati vaccini quello che vaccino non era. Sono state obbligate le persone a usare e a subire un trattamento sanitario con il ricatto di non poter lavorare.

Questo è stato fatto come il più grande torto che può essere fatto ad un individuo libero. È stata creata una comunicazione anche dalla politica che ha guidato quella parte della pandemia. È stata fatta una comunicazione che andava a dividere le famiglie e genitori che non parlavano con i figli in base alle scelte vaccinali. E questo sicuramente ci fa capire che bisogna lavorare per una pacificazione.

Fratelli d'Italia in Parlamento ha costituito, ha voluto e sta facendo una commissione di inchiesta parlamentare per andare a capire lì dove le decisioni venivano prese, se ci sono state delle decisioni che sono state sbagliate o addirittura contrarie alla legge. Beh io mi fido della commissione parlamentare perché ho giurato anche qui in Aula sulla Costituzione e quindi mi fido del processo democratico dello Stato in cui vivo e aggiungo, credo però, e questo è il motivo per cui voterò contro a questa mozione, che andandone a aggiungere una attraverso una mozione di opposizione, una proposta per costituire questa commissione non sarebbe davvero sufficiente.

Nel programma di coalizione l'attuale maggioranza in Consiglio provinciale ha espressamente scritto che vorrà aprire un percorso scientifico dove verranno chiamati degli interlocutori che potranno fare luce sulle decisioni che sono state prese e io mi fido di quella decisione di questa maggioranza e quindi mi fido del fatto che nei tempi più brevi possibili, vigileremo insieme che i tempi siano i più brevi possibili, ma mi fido di questa Giunta, mi fido della maggioranza e mi fido del lavoro che farà questa commissione provinciale.

PRÄSIDENT: Bevor ich Kollegen Colli das Wort gebe, möchte ich die Klassen 3A und 3B der Mittelschule St. Valentin - Schulsprengel Graun mit der Begleitperson Frau Susanne Punt begrüßen. Herzlich Willkommen im Südtiroler Landtag!

Bitte, Kollege Colli, Sie haben das Wort.

COLLI (JWA Wirth Anderlan): Danke! Im ersten Moment liest sich dieser Antrag eigentlich nicht schlecht und fast glaubwürdig. Dann habe ich aber verstanden, warum wir unseren Antrag auf Untersuchungsausschuss, den wir im Dezember hinterlegt haben oder hinterlegen wollten, nicht mitgestimmt haben. Vielleicht weil er zu umfassend war, aber vielleicht auch, weil er das gesamte politische Geschehen in diesem Land durchleuchten wollte, welches dann aufdecken könnte, wer bei diesem Medizinverbrechen mitgespielt und dieser kriminellen Vereinigung auf den Leim gegangen ist. Wenn ich mich richtig erinnere, so haben in der letzten Legislatur nahezu alle Abgeordneten das Irrationale und diese widersprüchlichen Regeln akzeptiert und mitgespielt oder sich zumindest weggeduckt, darunter leider auch das Team K. Ich habe mir deshalb die Mühe gemacht und eure Pressemitteilungen und eure Aussendungen aus dieser Zeit etwas durchforstet. Dabei muss ich ehrlich sagen, war ich schon sehr überrascht. Ihr habt damals selbst gefordert, höhere Testkapazitäten vorzusehen und die Impfangebote in Apotheken und Hausärzten auszuweiten sowie mehr Teststraßen und großflächige Testungen einzurichten. Die Impfungen habt ihr als wirksame Waffe im Kampf gegen das Corona-Virus bezeichnet. Lockdowns habt ihr als unausweichlich bezeichnet und gegen Ende noch ver-

öffentlich, Südtirol habe es in der Corona-Krise organisatorisch und gesundheitlich gut gemacht und diese Krise gut überstanden. Das sind nur einige eurer Aussagen. Auch habe ich von euch keinen Aufschrei gehört und keinen ersichtlichen Widerstand wahrgenommen, als die Grundrechte zu Privilegien erklärt wurden, als man Menschen, die viel weggesperrt wurden, auch noch das Recht auf Arbeit nahm, weil sie sich nicht dieser Genspritze untergeordnet haben. Auch habe ich damals nichts gehört, als man Menschen alleine sterben ließ. Oder denken wir an den Green-Pass, eine Maßnahme, wie sie nicht mal Stalin in der Sowjetunion kannte. Wiederholt wurde in dieser Zeit auch von Ihnen, wenn Sie diese Maßnahme befürwortet haben, die Verfassung verletzt oder zumindest weggeschaut. Wäre dieser euer Antrag wirklich ernst gemeint, so würdet ihr sicherlich nicht die Landesregierung damit beauftragen, diese Fachkommission einzurichten, denn das wäre ja so ähnlich, als ob man die Aufklärung eines Bandes oder die Brandursache in die Hände der Brandstifter legen würde. Eine wirklich ernst gemeinte Aufklärung und Aufarbeitung darf nicht in die Hände der Landesregierung gelegt werden, die völlig ohne wissenschaftliche Evidenz die eigenen Bürger in dieses gefährliche Experiment getrieben hat und damit auch mitverantwortlich ist.

Mein letzter Satz: Team K hat in dieser Zeit genauso mit den Wölfen geheult und das nachgeplappert, was gerade politisch opportun war. Und aus diesen Gründen können wir diesem Antrag nicht zustimmen, denn eine wirklich ernst gemeinte Aufklärung müsste unabhängige Untersuchungskommission bzw. unabhängiger Untersuchungsausschuss heißen.

LEITER REBER (Freie Fraktion): Herr Präsident! Ich möchte zuerst die Kolleginnen und Kollegen und vor allem die neuen Kollegen Colli, Anderlan, Holzeisen und alle anderen, die neu sind, vielleicht kurz darauf aufmerksam machen, wie die Untersuchungsausschüsse im Südtiroler Landtag ablaufen. Ich habe mir das vor fünf Jahren auch anders vorgestellt und bin dann im Laufe der Arbeiten eines Besseren belehrt worden, auch als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zu der Busaffäre mit den Ausschreibungen usw. Wir wissen alle, was dort gelaufen ist. Wir haben hier über einen sehr langen Zeitraum als Untersuchungsausschuss bearbeitet und sehr viele Informationen gesammelt. Was ist am Ende passiert? Die Regelung im Südtiroler Landtag und von der Geschäftsordnung ist eine völlig andere als jene der Untersuchungsausschüsse in Österreich oder in anderen Ländern. Am Ende wird hier mit Stimmen der Mehrheit über den Bericht abgestimmt. Das hatte zur Folge, dass der damalige Fraktionssprecher der Südtiroler Volkspartei den 30-seitigen politischen Bericht, der mehrheitlich von allen Oppositionsvertretern mitunterzeichnet und mitgetragen worden ist, abgelehnt hat. Nicht genug damit, er hat sogar den technischen Bericht, den Bericht darüber, wie viele Sitzungen es gegeben hat, wer angehört worden ist usw., auch noch abgelehnt. Das war das Ergebnis. Man kann von diesen Untersuchungsausschüssen also nicht sagen, dass das eine unabhängige Untersuchung wäre, denn am Ende treffen gerade bei dieser Sache die politischen Meinungen von uns allen hier aufeinander, aber es wird dann mit Mehrheitsentscheid darüber befunden. Was mich aber wirklich stört und das ersuche ich euch auch zurückzunehmen: Jeder verlangt, gerade aus eurer Ecke, zu Recht mit Respekt begegnet zu werden und die Inhalte zu betrachten. Was aber absolut nicht angeht, ist, dass ihr uns Abgeordnete hier alle als Schweiger und Mitmacher bezeichnet ...

ABGEORDNETER: Nein, das Team K!

LEITER REBER (Freie Fraktion): Doch! Ihr alle habt uns als Mitmacher und Schweiger bezeichnet. Ich habe zig, zig, zig Anfragen in der Corona-Zeit gemacht, zum Green-Pass, zu den 90 Tagen, die Südtiroler länger zugehabt hatte als Trient usw., zu den "volle Pulle"-Geschichten, die hier waren. Ich habe hier überall meinen Kopf hingehalten und ständig kritisch darauf hingewiesen. Was ich aber nicht gemacht habe, ich habe mich mit keiner der polarisierenden Seiten gemein gemacht. Das habe ich nicht gemacht! Warum? Weil ich an die Eigenverantwortung appelliert habe, und das mache ich immer noch. Jeder Mensch soll und muss für sich selbst entscheiden. Ich habe immer kritisiert, wenn diese Entscheidungen nicht mehr frei getroffen werden konnten. Dafür stehe ich auch heute noch. Deshalb mag ich es nicht, wenn hier pauschalisiert wird und alle sozusagen dargestellt werden, als hätten sie hier während der ganzen Corona-Zeit einfach nur mitgemacht. Das stimmt einfach nicht! Das ist unredlich und das möchte ich auch richtiggestellt wissen.

PRÄSIDENT: Ich sehe jetzt auf der Rednerliste Kollegin Holzeisen und Kollegen Wirth Anderlan, Sie haben die Redezeit schon beansprucht. Wollen Sie zum Fortgang der Arbeiten sprechen?

HOLZEISEN (VITA): Ich habe den Vorschlag kritisiert. Ich bin mit keinem Wort auf das Verhalten eingegangen. Achtung, Sie haben mich wörtlich auch genannt! Und etwas zum parlamentarischen Untersuchungsausschuss: Dort muss aber jeder Landtagsabgeordnete in Gegenwart einer Expertenkommission Stellung nehmen, dann kann man eben die Verantwortung von sich weisen.

PRÄSIDENT: Frau Kollegin, nur weil Sie sich persönlich angegriffen fühlen, dürfen Sie die Debatte nicht wieder neu aufmachen. Bitte, Kollege Wirth Anderlan.

WIRTH ANDERLAN (JWA Wirth Anderlan): Auch ich möchte etwas richtigstellen, geschätzter Kollege Andreas Leiter Reber! Ich lese es dir noch einmal vor. Für uns ist dieser Antrag ...

LEITER REBER (Freie Fraktion): ... den ich auch mitunterzeichnet habe!

WIRTH ANDERLAN (JWA Wirth Anderlan): Das habe ich nicht gesehen. Ich glaube, weil er von Mitmachern, Schweigern und ... dann beziehe ich Sie mit ein, passt.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Oberkofler, Sie haben das Wort, bitte.

OBERKOFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Vielen Dank, Herr Präsident! Io penso che alcune dichiarazioni, soprattutto su questo tema e soprattutto mi riferisco alla dichiarazione del collega Galateo, non possono restare non commentate in quest'Aula così importante per la nostra democrazia.

Il collega Galateo ha detto che il periodo del Covid è stata la più grande privazione di libertà in periodi non di guerra e penso che questa dichiarazione non possa restare non commentata in quest'Aula.

Le voglio ricordare, collega Galateo, e La prego anche di ascoltare, che dal 1922 fino al 1939 la guerra non era ancora iniziata ma in Italia era al Governo il regime fascista. Era al potere la dittatura fascista, dove le persone non potevano esprimere la propria opinione, dove gli avversari politici venivano perseguitati, ammazzati e picchiati, e quindi questi confronti sono assolutamente inaccettabili e questa relativizzazione del periodo e del regime fascista è inaccettabile.

In questa Sua dichiarazione, usata molto consapevolmente perché Lei è una persona molto intelligente che pesa le parole che dice e la Sua dichiarazione è molto chiara in questo senso - Lei ha detto che è la più grande privazione di libertà in periodi non di guerra è stato il periodo di Covid, possiamo anche riguardare il protocollo - e questo secondo me non può essere accettato in quest'Aula e quindi volevo anche in questo senso ricordare a tutti i colleghi che soprattutto per l'Alto Adige quando si parla di questi temi bisogna pesare molto bene le cose che si dicono, e non si può relativizzare il regime e la dittatura fascista.

GALATEO (Fratelli d'Italia): Per fatto personale, perché ora io non ho neanche citato il periodo del regime fascista. Dire che durante il Covid sono state private le libertà attraverso la legge per un motivo evidentemente di un'emergenza sanitaria e dire che per questo si inneggia al fascismo, devo dire che non so se riguardi più la fantasia o una situazione diversa, ma non essendo un medico non posso esprimermi.

Però posso dire che il collega Oberkofler ieri ha fatto una manifestazione in cui voleva impedire ad un altro collega di esprimere il suo pensiero, mentre noi abbiamo detto che accettiamo il pensiero di tutti, anche quando questo è critico. Per cui, caro collega Oberkofler, da Lei che fa parte di un gruppo politico molto ideologizzato, che avrebbe voluto impedire addirittura la formazione di questa Giunta, io non accetto lezioni di democrazia, quindi La ringrazio, Lei è libero di parlare, ma da Lei lezioni di democrazia io non ne accetto. Grazie!

PRÄSIDENT: Ich möchte hier noch einmal ersuchen, wenn es um Wortmeldungen in persönlicher Angelegenheit geht, diese auch tatsächlich als persönliche Angelegenheit anzusehen, damit die einzelnen die Möglichkeit haben, sich zu rechtfertigen. Aber es geht nicht an, grundsätzlich politische Diskussionen zu beginnen. Kollege Oberkofler, bitte.

OBERKOFER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich möchte das nicht so stehenlassen, dass wir hier als antidemokratisch dargestellt werden, das ist nicht akzeptabel. Collega Galateo, io sono fiero di poter andare a manifestare liberamente in strada per un Governo che non ritengo giusto e sono fiero di potere esprimere la mia opinione, perché viviamo in un Paese, in una regione dove c'è la libertà di pensiero e di protesta. Quindi da Lei non mi faccio fare delle lezioni di democrazia.

PRÄSIDENT: In Ordnung, dann haben wir das auch geklärt. Kollege Sven Knoll, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Kollegin Foppa ist jetzt rausgerutscht. Will sie nicht mehr?

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich raste!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Die Kollegin Foppa rastet. Wer rastet, der rostet! Man muss sich hier schon ein bisschen anstrengen, Frau Kollegin!

Wir sehen bei dieser Diskussion hier schon, wie sensibel das Thema noch immer ist und wie stark die Verletzungen in diesem Bereich noch immer da sind. Vielleicht braucht es auch diese Diskussionen, um hier dieses Trauma - und das ist ein Trauma, das wir erlebt haben - aufzuarbeiten. Ich habe mit dem Kollegen schon gesprochen, als er mich gefragt hat, ob wir diesen Antrag mitunterzeichnen. Deswegen möchte ich das Ganze wieder auf eine sachliche Ebene herunterbringen. Was auch mit ein Grund ist, warum wir nicht mitunterzeichnen - abgesehen davon, was schon genannt wurde -, ist die Frage, wer in dieser Kommission mit drinnen sitzt. Wir haben dort Ärzte und Pflegekräfte drinnen, aber was sind das für Ärzte und Pflegekräfte? Sind das die, die brav mit dem System mitgearbeitet und die Dinge vielleicht auch nicht in Frage gestellt haben, obwohl sie anderer Meinung waren, aber sich nicht getraut haben, dies kundzutun? Ich erinnere mich daran - Sie können jetzt nichts dafür -, dass wir hier im Landtag eine Anhörung gemacht haben. Da ist von Krankenpflegern die Aussage gekommen, dass sie unter Druck gesetzt und eingeschüchtert werden, damit sie keine kritischen Fragen stellen. Das ist der Sanitätsbetrieb gewesen. In den Schulen gab es die gleiche Geschichte. Deswegen müsste man auch diejenigen, die sich gewehrt haben, anhören und in eine solche Kommission mitaufnehmen. Sie mussten aber das System verlassen und wurden hinausgedrängt. Da müsste man auch das Personal, das suspendiert wurde, mitaufnehmen. Diejenigen wären auch anzuhören. Erinnern wir uns daran, welche Art von Druck da ausgeübt wurde, erinnern wir uns ein bisschen zurück an die Diskussionen, die wir hier im Landtag hatten! Meine Kollegin Atz Tammerle hat es schon gesagt, wie sie hier im Landtag ausgebuht wurde. Wie oft haben wir hier Anträge eingereicht und Fragen an den Landeshauptmann gestellt, dass es nicht sein kann, dass die Angehörigen die Senioren nicht besuchen können, dass grenzüberschreitende Familientreffen nicht stattfinden können, dass es eine Zumutung ist, wenn Menschen ihre pflegebedürftigen Angehörigen nicht mehr besuchen dürfen, dass Jugendliche eingesperrt werden. Wir hatten den Fall in Sand in Taufers, wo die Carabinieri mit Scheinwerfern Jugendliche in einem Maisfeld gesucht haben. Was haben sie verbrochen? Sie haben sich nach der Ausgangssperre getroffen, weil es nun mal Jugendliche waren und ihr Leben leben wollten. Das gehört alles mit zur Aufarbeitung dieser Thematik dazu. Da geht es primär nicht um Schuldzuweisung. Da geht es darum, Fehler aufzuzeigen, genauso im Gesundheitswesen. Schülern und Kindern wurde eingeredet, dass sie schuld daran sind, wenn ihre Großeltern sterben. Die Schulen wurden als Superspreader abgestempelt. Erinnern wir uns bitte an diese ganzen Diskussionen zurück! Das ist einfach Teil dessen, was wir alle erlebt haben. Jeder ist unterschiedlich damit umgegangen. Ich bin der Überzeugung, dass jeder, vor allem in der Anfangsphase, verunsichert war. Niemand hat am Anfang damit umgehen können, aber es hat dann eine Entwicklung gegeben. Wir sind von der damaligen Landtagspräsidentin gescholten worden, wenn einem Kollegen die Maske unter die Nase runtergerutscht ist. Wenn Sie jetzt mit der Glocke läuten, erinnere ich daran, wie oft damals hier deswegen die Glocke geläutet wurde, danach aber alle Abgeordneten in der Bar draußen ohne Maske gestanden sind. Das ist auch die Realität hier in diesem Haus gewesen. Deswegen ist es dringend notwendig, dass diese Zeit aufgearbeitet wird, aber sie muss allumfassend aufgearbeitet werden. Uns geht dieser Antrag eben zu wenig weit und wir sind auch der Meinung, dass die Einbringer hier nicht gerade gegläntzt haben, als es in der Krise darum ging, gewisse Maßnahmen in Frage zu stellen. Deswegen werden wir bei diesem Antrag eben nicht unsere Unterschrift daruntersetzen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident, ich beginne mit einer Wortmeldung in persönlicher Angelegenheit, was heute Sitte ist. Ich hoffe, dass der Kollege Sven einen Witz gemacht hat. Dass ich mich hier anstrengen müsse, muss ich mir von ihm nicht sagen lassen, oder? Es war ein Witz, ok.

Zum Fortgang der Arbeiten möchte ich auch sprechen. Ich mache das ganze Paket, Herr Landtagspräsident, denn ich würde mir wünschen, dass wir hier wieder zur parlamentarischen Arbeitsweise zurückkehren. Sie haben es ein paar Mal gesagt, aber es dringt nicht durch. Wenn wir sprechen, dann darf jemand anderes was anderes sagen. Man darf auch nicht damit einverstanden sein und muss das nicht jedes Mal wiederholen. Das ist nun mal so. Ich habe gelernt, manchmal muss ich dreimal schlucken und denken, dass ich es gut sein lasse. Wir müssen es manchmal einfach mal so stehen lassen. Ich bitte auch, dass wir uns wieder daran halten, sonst haben wir hier einfach nur mehr ausufernde Diskussionen. E poi vorrei anche che parlassimo quando ci tocca.

Jetzt würde ich mit meiner Wortmeldung beginnen, wenn ich darf, Herr Präsident!

PRÄSIDENT: Gerne!

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke schön. Ich stimme mit dem ersten Satz, den der Kollege Sven Knoll nach seinem Gag gesagt hat, überein, und zwar mit der Sache vom Trauma. Ich ordne die Zeit der Pandemie ähnlich ein und glaube, dass wir gut daran tun, die Pandemie und die Zeit, alles, was darin, währenddessen und danach erlebt wurde, als kollektives Trauma anzusehen. Das war ein kollektives Trauma für unsere Gesellschaft hier im Kleinen, für unsere Familien, für unsere Dörfer, für die einzelnen Teile der Gesellschaftssysteme, für den Staat. Ein kollektives Trauma hilft uns, diese Sichtweise aus den Zuweisungen herauszubekommen. Ich möchte wirklich eines ganz felsenfest betonen: In diesem Trauma hat niemand die Hoheit des Leidens gehabt. Das Leiden ging quer durch die Schichten, es ging quer durch die Familien. Das Leiden ging quer durch die Biographien und quer durch die eigenen Erlebnisse. Da gibt es keine Hoheit, da gibt es kein Etikett von der Kategorie, die gelitten hat, als ob es nur eine Kategorie gewesen wäre. Das Leiden ging quer durch die Gesellschaft. Und ich möchte, dass wir uns so als Bearbeitende dieses Traumas sehen. Wenn wir davon ausgehen, dass es ein Trauma war, dann bringt eines ganz sicher nichts. Ich habe mich mit geschichtlichen Traumata wirklich befasst. Ich habe gesehen, was gar nichts bringt, und das ist das Abrechnen und das Aufrechnen. Das hat noch keiner Gesellschaft, die vor allem durch ein Trauma gespalten wurde, wie es hier der Fall war, etwas gebracht. Wir in Südtirol wissen das. Wir haben kollektive Traumata erlebt und wissen, dass Spaltungen nicht durch das Aufrechnen und durch das Abrechnen überwunden werden. Man muss aus dem herauskommen. Auch das Todschweigen bringt nichts. Das möchte ich dazusagen. Der Impuls, nicht mehr darüber zu reden, bringt es aber dann auch nicht. Das Trauma bleibt dann eingekapselt in mir, deswegen geht das nicht. Was sicher hilft, ist das Erzählen, das ans-Licht-Bringen, das Nachforschen, das Recherchieren und das Einordnen. Das hilft einer Gesellschaft, ein Trauma aufzuarbeiten. Beginnen sollte man bitte schön beim Erzählen und dazu gehört auch das Zuhören. Uns gegenseitig zuzuhören, habe ich in diesen Jahren sehr vermisst. Das ist verlorengegangen. Das ist gerade in der Abrechnungsebene immer wieder verlorengegangen. Wenn es jetzt also darum geht, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die das aufarbeiten soll, dann soll das der Ansatz sein. Informationen sammeln, durchleuchten, Klarheit schaffen, auch das sagen, was in bestimmten Momenten nicht gesagt werden durfte und dann - das ist mein Schlusswort - etwas daraus lernen. Das ist das, was wir tun können. Das ist von mir aus gesehen der einzige Ansatz, der uns hilft, dieses Trauma der Pandemie in uns und miteinander zu überwinden. Danke!

PRÄSIDENT: Bevor ich Kollegen Wirth Anderlan das Wort in persönlicher Angelegenheit gebe, möchte ich alle noch einmal daran erinnern, was man unter einer Wortmeldung in persönlicher Angelegenheit zu verstehen hat. Sie ist im Artikel 67 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages geregelt und besagt: *"Wird ein Abgeordneter/eine Abgeordnete persönlich angegriffen oder wird ihm/ihr nach seiner/ihrer Ansicht etwas unterstellt, kann er/sie unter Angabe des Grundes unmittelbar beantragen, zu dieser persönlichen Angelegenheit mit Vorrang gegenüber den sonstigen vorliegenden Wortmeldungen Stellung zu nehmen."* Mit dem Wort "unterstellt" ist nicht gemeint, dass man eine politische Grundsatzdebatte führt, sondern wenn etwas persönlich unterstellt worden ist, weil man irgendetwas Falsches gesagt haben soll und dergleichen. Ich möchte nur daran erinnern, dass man sich auch an diese Bestimmungen hält. Man hat dieses Recht, aber es ist definiert.

Bitte, Kollege Wirth Anderlan.

WIRTH ANDERLAN (JWA Wirth Anderlan): Danke, Herr Präsident! Ich denke, das müsste da reinpassen. Frau Foppa, Sie möchten uns immer wieder belehren, sowohl bei Fraktionssprechersitzungen, aber auch hier im Saal, dass Ordnung herrschen soll. Schauen Sie sich mal die Videos der letzten Monate an, wenn ich aufgestanden bin, wie oft Sie dann so ähnlich klingen wie mein Motorrad, das ich vom Keller auswintere und das erste Mal probiere anzukurbeln. Das klingt dann auch immer so. Schauen Sie sich ruhig mal die Videos an!

PRÄSIDENT: Kollege Wirth Anderlan!

WIRTH ANDERLAN (JWA Wirth Anderlan): Ich denke, das ist die Aufgabe des Präsidenten.

PRÄSIDENT: Künftig werden wir es so machen, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, dass bei einer entsprechenden Wortmeldung sofort anzugeben ist, ob man sich persönlich beleidigt fühlt oder ob etwas unterstellt worden ist. Sonst wird es dann schwierig, hier auch die Sitzung zu leiten und für Ordnung zu sorgen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Der Präsident muss fragen, worin sie besteht.

PRÄSIDENT: Dann werde ich das machen, kein Problem. Als nächstes hat sich Kollegin Deeg zu Wort gemeldet, bitte.

DEEG (SVP): Sehr geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zur gemeinsamen Diskussion zurückkommen, weil ich denke, dass es wichtig ist und wir alle davon überzeugt sind, die wir hier sitzen, dass es eine ehrliche offene Aufarbeitung eines Traumas ist, das wirklich auch - Kollegin Foppa hat es betont - eines für viele ist, das quer durch die Gesellschaft geht und das noch nicht überstanden ist. Ich glaube, wirklich aus allen Wortmeldungen gehört zu haben - und ich teile das -, dass es wichtig ist, darüber zu reden. Ich glaube auch, dass es wichtig ist, ehrlich zuzugeben, dass wir in dieser Ausnahmesituation alle zusammen als politische Verantwortungsträger, aber auch als Mediziner, als Pflegekräfte an unsere Grenzen gestoßen sind. Es waren medizinisch wissenschaftliche Grenzen, systemische Grenzen, aber in Südtirol auch autonomiepolitische Grenzen. Die Frage, die ich allen, die jetzt auch zu Recht den Finger in die Wunde legen und sagen, dass wir darüber reden müssen, stellen darf, lautet: Wie trifft ihr Entscheidungen in solchen Ausnahmesituationen? Ich darf ein paar Daten anfügen, weil sie wirklich die ganze Komplexität aufzeigen. Im März 2022, als es geheißen hat, dass wir vor einer Pandemie stehen oder schon mitten drinnen sind, war die Situation folgende: Wir hatten 4.400 Seniorenwohnheimbetten, die alle voll mit Hochrisikopatientinnen und -patienten belegt waren, insgesamt 1.500 Krankenhausbetten - Kollege Widmann weiß das sehr gut - und 35 Intensivbetten. Ein Drittel der Bevölkerung war über 50 Jahre alt, alles Risikogruppen, und eine große Anzahl von Menschen unter 50 Jahren, die auch Risikogruppen waren, weil sie Bluthochdruck und andere Leiden hatten. Das heißt, die galt es zu schützen. Ich darf schon bitten, sich in der Diskussion, die - wie gesagt - eine wichtige und mit aller Offenheit und mit aller Transparenz zu führen ist, auch wenn es weh tut, diese Frage zu stellen, bevor man den Finger auf jemanden zeigt und bevor man manchmal mit sehr harten Worten verurteilt: Wie hätte ich, wenn ich das gewusst habe, zum Stand der Dinge entschieden?

Ich möchte abschließen. Ich glaube, wir haben sicher nicht alles richtig gemacht. Ich bin die Erste, die sagt, dass wir mit dem heutigen Wissen und den heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen manche Entscheidungen anders treffen würden. Aber mit dem Landesgesetz Nr. 4 von 2020 haben wir in Italien als Erste die Kitas geöffnet, als Erste die wirtschaftliche Tätigkeit zugelassen, als Erste die Seniorenwohnheime wieder für Besuche aufgemacht und in den Schulen die Notbetreuung eingeführt. Das heißt, wir sind Wege gegangen, die in ganz Italien nicht gegangen worden sind. Wenn jetzt dieses Gesetz für verfassungswidrig erklärt worden ist, dann bin ich trotzdem froh, dass wir es gemacht haben. Ich bin trotzdem froh, dass wir an die Grenzen gegangen sind und diese Entscheidung getroffen haben. Denken wir an die 70.000 Kinder, die wir im Sommer 2020 betreut haben, die soziale Kontakte hatten, die das gebraucht haben, weil wir wussten, dass die zweite Welle vielleicht noch schlimmer werden könnte als die erste. Wenn man zurück in die Geschichte schaut, dann bin ich dankbar dafür, dass wir diese Schritte gesetzt haben, bei aller Notwendigkeit, darüber zu sprechen, und auch bei allen berechtigten Vorhaltungen für all das, wo wir vielleicht auch an unsere Grenzen gestoßen sind. Danke schön!

ACHAMMER (SVP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mir ist wichtig, zu zwei Stellungnahmen Bezug zu nehmen, weil die Sache hier schon sehr eindeutig dargestellt wird. Mir kommt vor, wenn man Aufarbeitung verlangt, dann will man diese Aufarbeitung aber nur in eine Richtung. Das scheint so zu sein, weil gesagt worden ist, dass einseitig Druck gemacht wurde, dass in den Schulen erpresst wurde usw. Ich bin der Erste, der für eine Aufarbeitung ist, und zwar in alle Richtungen, aber gegeben hat es vieles. Das darf man nicht vergessen. Wir haben auch ein demonstratives Zurschaustellen von "sich nicht an die Regeln halten" gehabt, zum Teil zum Schaden von anderen. Also sollte man nicht nur in eine Richtung blicken und ein Auge sozusagen zuhalten. Zum Zweiten: Ja, ich bin sehr dafür, dass wir darüber reden. Sie wissen, dass ich dagegen angekämpft habe, dass die Schulen zu lange geschlossen sind. Aber wensschoon Aufarbeitung, dann ist es nicht nur die Aufarbeitung in eine Richtung, wobei wir das Wissen von damals sozusagen gar nicht anschauen, sondern auch in die andere. Heute wissen wir alles besser, ja, wir wüssten einiges besser, wo man so manche Entscheidung anders treffen würde, so wie es Kollegin Deeg gesagt hat. Aber man muss auch darauf Bezug nehmen - ich sage das mit aller Überzeugung -, dass in einem Notstand eine Gesellschaft und eine Demokratie alle schützen muss bis hin zum Schwächsten und der Schwächsten. Das ist die Aufgabe. Ich habe in dieser Zeit auch Äußerungen gehört wie: "Ist ja egal, dann sollen die zuhause bleiben! Wir werden uns nicht an die Schwächsten halten müssen." Eine Gesellschaft muss auf ihre Schwächsten schauen. Zum Zweiten muss ich einem Kollegen der Landesregierung, der als Abgeordneter gesagt hat, dass man das Recht verteidigen muss, dass andere sozusagen alles sagen dürfen, entgegnen: Ja, es gibt das Zitat und die Aussprache von Voltaire: Ich missbillige, was du sagst, aber ich werde verteidigen, dass du es sagen kannst, allerdings mache ich schon eine Einschränkung. Auch die Aktion, die vor dem Landtag gemacht worden ist, wurde damit ein bisschen ins Lächerliche gezogen, solange es innerhalb eines demokratischen Spektrums passiert. Ich darf in einem demokratischen Diskurs nicht alles sagen. Es tut mir echt leid und dem stehe ich ganz entschlossen entgegen. Man soll diskutieren, hart, kritisch, gegensätzlich, aber demokratisch. Das werde ich verteidigen, dass mein Gegenüber das ganz genaue Gegenteil sagen kann, solange dies in einem demokratischen Spektrum passiert, und das sehen wir völlig anders als der Kollege in der Landesregierung als Abgeordneter.

REPETTO (Partito Democratico - PD - Demokratische Partei): Io mi attengo alla mozione che è stata presentata.

Il motivo per cui l'ho firmata è che effettivamente abbiamo vissuto un periodo storico assolutamente emergenziale e straordinario, e l'atteggiamento che c'è stato da parte delle istituzioni era per contrastare questo momento estremamente di emergenza e straordinario, perché comunque poi ha modificato anche la vita quotidiana anche quando è passato il Covid ha modificato completamente la vita, tant'è che in quest'Aula esistono gruppi politici che portano avanti un ragionamento e una riflessione su ciò che è stato e che dovrebbe essere modificato, o per lo meno non dovrebbe essere mai più percorso quel tipo di atteggiamento.

Sono stati fatti degli sbagli, sono stati fatti errori, è stato fatto in modo corretto, ecco, attraverso questa mozione nella parte deliberativa si può effettivamente esplorare questo percorso.

PRÄSIDENT: Bevor ich der Abgeordneten Pamer das Wort gebe, nur eine Information: Die Zeit der politischen Minderheit endet um 12.25 Uhr. Bitte, Kollegin Pamer.

PAMER (SVP): Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Corona ist - das haben wir auch in dieser Diskussion gehört - ein sehr gespürtes Thema. Es wurden Beispiele genannt. Es gibt viele Menschen in unserem Lande, die diese Zeit am liebsten aus ihrem Gedächtnis streichen möchten, weil sie eben einen lieben Menschen verloren haben, der oftmals auch allein im Krankenhaus oder im Altersheim war, auch ohne Abschied. Es gibt natürlich auch Menschen, die vielleicht gehofft haben, dass die Pandemie doch zumindest eine gute Sache bringen wird, nämlich dass die Gesellschaft wieder enger zusammenrückt. Eine Hoffnung, die mich in meiner Funktion damals als Bürgermeisterin durch diese Zeit getragen hat, gerade wenn ich als Bürgermeisterin Entscheidungen treffen, mittragen oder umsetzen musste, die verständlicherweise nicht allen sinnvoll erschienen sind. Aber in diesem Moment waren sie der einzig gangbare Weg, um eben - wie es schon gesagt wurde - die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft zu schützen.

Denn ich habe selbst erlebt, dass Eltern ihre Kinder nicht mehr zum Fußballtraining geschickt haben oder Kinder nicht mehr in den Unterricht gekommen sind. Ich selbst habe als Bürgermeisterin und als Mittelschullehrerin Bedrohungen und Beschimpfungen erlebt. Es gab da wirklich einige sehr unschöne Szenen. Ich weiß, dass Corona unsere Gesellschaft geprägt hat, und ich sehe die Brüche, vor allem die gesellschaftlichen Brüche, die es teilweise auch heute noch in den Vereinen und in den Familien gibt. Es ist klar: Wir müssen nochmals darüber reden. Deshalb haben wir als Regierung dieses Thema in das Regierungsprogramm verankert. Es ist der Punkt 22 im Regierungsprogramm: die gemeinschaftliche Aufarbeitung der Corona-Jahre. Ich lese jetzt nicht den gesamten Absatz vor, sondern zitiere einen Passus daraus: *"Um entstandene Gräben zu überwinden und den sozialen Frieden zu fördern, sollen die Pandemiejahre unter Einbeziehung aller politischen Kräfte und der Gesellschaft analysiert und aufgearbeitet werden. Dabei sollen auch die von den verschiedenen öffentlichen Verwaltungen während und nach der Pandemie ergriffenen Maßnahmen mit Dringlichkeits- bzw. Vorsorgecharakter transparent dargestellt und evaluiert werden."* Wir als Regierung stehen hier sicherlich für eine seriöse Aufarbeitung, aber nicht für ein An-die-Wand-stellen. Wir stehen auch für eine fundierte Bewertung dieser Entscheidungen.

Als Landesrätin für den sozialen Zusammenhalt werde ich - das haben wir auch in der Regierung ausgemacht - die Aufarbeitung der Corona-Zeit in Südtirol koordinieren. Wir haben als Ressort bereits mit Prof.in Ulrike Loch, dem Kompetenzzentrum für soziale Arbeit und Sozialpolitik der Freien Universität Bozen, über mögliche Fragestellungen einer Studie gesprochen und in einem zweiten Schritt sollen weitere Forschungspartner involviert werden. Die genaue Forschungsmethode wird von den beauftragten Instituten festgelegt und das wird ein partizipativer Ansatz sein. Es gibt dazu bereits Gespräche. Wichtig für uns ist natürlich nicht nur das, was passiert ist, sondern vor allem welche Maßnahmen und Handlungsempfehlungen sich daraus für die zukünftige Politik ergeben. Das ist uns wichtig, um dann auch dieses Thema abschließen zu können.

RABENSTEINER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich habe die Corona-Situation vielleicht aus einer ganz anderen Perspektive miterlebt wie viele von euch. Ich als Handwerker war auf der Baustelle und natürlich ist auch auf der Baustelle viel darüber diskutiert worden. Ich habe mir nie angemaßt, selber Doktor oder gescheiter zu sein. Was draußen in der Bevölkerung wirklich bemängelt worden ist, ist die Tatsache, dass nur eine Meinung zählt. Andere Meinungen sind überhaupt nicht zu Wort gekommen. Was mich damals am meisten besorgt hat, war, dass man die Leute einfach mit dem Wort "Schwurbler" mundtot gemacht hat. Demjenigen ist keine Aufmerksamkeit mehr geschenkt worden. Es fielen auch Worte wie "Aluhutträger", "Nazi" usw. Das hat mich sehr besorgt, weil in der Öffentlichkeit nur mehr eine Meinung Platz hatte. So ist beispielsweise nie angedacht worden, zwei Meinungen einmal öffentlich zu diskutieren, worauf sich die Leute dann selber ihre Meinung bilden hätten können. Das ist nie getan worden! Das war meiner Meinung nach sicherlich ein großer Fehler. Ich gebe zu: Fehler passieren, das ist menschlich. Jeder macht Fehler und auch die Politiker machen Fehler. Ich habe zu dieser Zeit gesagt, dass ich mit keinem Politiker tauschen möchte, weil es wirklich eine Ausnahmesituation war, und egal, wie man es tut, es ist falsch. Aber man muss aus Fehlern lernen. Mir kommt vor, wenn man darüber diskutiert, gibt nicht jeder zu, dass Fehler gemacht worden sind. Es wäre höchst an der Zeit, dass die Politiker, die damals viele Entscheidungen getroffen haben, sich auch öffentlich bei der Bevölkerung entschuldigen und die Fehler eingestehen. Das wäre das Mindeste, was sie tun können. Strafen, die ungerecht verlangt worden sind, sind wieder zurückzuzahlen. Das wäre das Mindeste, was ein Politiker veranlassen könnte. Es sollte nie wieder vorkommen, dass es - wie damals - zu einer solchen Spalterei kommt, wo nur mehr gehetzt und zwischen gut und schlecht unterschieden worden ist. Dafür sollte man sich schämen.

Eines möchte ich noch hinzufügen, worüber sich die Arbeiter draußen beschwert haben. Ich habe es gestern schon einmal angesprochen. Im Unterschied zur Privatwirtschaft durften die öffentlichen Bediensteten ins Gasthaus zum Essen gehen, während wir in der Privatwirtschaft auf den Baustellen essen und mit der Kälte kämpfen mussten, so wie in einer Zwei-Klassen-Gesellschaft. Solche Dinge dürfen wir einfach nicht mehr zulassen. Danke schön!

KÖLLENSPERGER (Team K): So wie Frau Pamer gesagt hat, geht es in diesem Antrag eben um eine seriöse Aufarbeitung. Genau deswegen braucht es auch eine Fachkommission und nicht irgendeinen politischen Untersuchungsausschuss. Es ist wichtig, dass sich die Politik, die Wissenschaft und die Zivilgesellschaft mit den Erfahrungen, die wir in den drei schmerzhaften Jahren der Covid-Krise gemacht haben, auseinandersetzen. Eigentlich sollte das selbstverständlich sein, vor allem wenn man denkt, dass die nächste Krise kommen wird. Es geht hier nicht um eine Abrechnung, sondern um die Aufarbeitung, Aufarbeitung im Sinne der

Aufklärung. Die Aufarbeitung sorgt nämlich dafür, dass Fehler nicht wiederholt werden, denn Fehler sind gemacht worden. Das ist klar, das wissen wir alle. Es geht nicht darum, die damals Handelnden anzuschwärzen. Es geht nicht darum, Schuldzuweisungen zu machen, denn das wäre das Ziel eines Untersuchungsausschusses, und genau das ist das, was wir hier nicht brauchen. Wir brauchen eine Aufarbeitung, um zu sagen, was funktioniert und was nicht funktioniert hat, was richtig und was falsch war. Dann wissen wir in Zukunft, wie wir zu reagieren haben. Dann können wir auch einen Landespandemieplan dementsprechend anpassen. Es geht darum und nicht um politische Schuldzuweisungen. Das bringt uns ja nicht weiter. Ein Untersuchungsausschuss hätte dazu geführt, dass hier manche ihr politisches Süppchen ein paar Monate lang kochen können, um nach Aufmerksamkeit und medialer Präsenz zu haschen. Das ist nicht der Sinn dieses Antrags. Es geht hier nicht um Schuldzuweisung, es geht um Schlussfolgerungen und die gelten dann für die Zukunft. Sie sollten eben mit Wissenschaftlern aus allen Sparten erfolgen, nicht nur mit Virologen und Ärzten, sondern auch mit Pädagogen, Psychologen, Juristen und KommunikationswissenschaftlerInnen, vor allem mit dem Praxiswissen und den Folgen, die das auf Kitas und Schulen hatte. Das ist hier möglich, das ist hier vonnöten. Auf diese Aufarbeitung können wir auch nicht verzichten, nur weil manche Rechtsextremisten sie missbrauchen könnten. Gerade deshalb müssen wir es machen. Ein Verzicht wäre erst recht Wasser auf die Mühlen mancher. Deswegen sollten wir diese Aufarbeitung auch nicht als irgendeine lästige Pflichtaufgabe sehen, sondern sie wirklich ernst nehmen, auch mit dem wichtigen - nicht untergeordneten - Ziel, dass die Menschen wieder lernen miteinander zu reden. Das ist leider eine der Folgen, die wir aus dieser Covid-Krise mitgenommen haben, dass die Dialogkultur verschwunden ist. Dazu kann eine seriöse Aufarbeitung beitragen.

PRÄSIDENT: Kollegin Holzeisen, möchten Sie zum Fortgang der Arbeiten sprechen und, wenn ja, warum, oder fühlen Sie sich persönlich angegriffen?

HOLZEISEN (VITA): Ich fühle mich persönlich angegriffen, weil ich zu denen ...

PRÄSIDENT: Moment, noch habe ich das Wort.

HOLZEISEN (VITA): Ich erkläre es Ihnen ja gerade.

PRÄSIDENT: Ich möchte nur noch einmal zu dem, was Kollege Sven Knoll gesagt hat, Stellung beziehen. Ich werde jetzt immer nachfragen, aber ich kann es natürlich erst beurteilen, ob dem so ist, nachdem die Personen gesprochen haben, und muss dann gegebenenfalls unterbrechen. Das ist auch alles andere als förderlich für die Stimmung hier. Deshalb ersuche ich, wenn man sagt, dass es hier um eine persönliche Angelegenheit geht oder etwas unterstellt worden ist, dass man sich auch daran hält, damit ich nicht unterbrechen muss.

HOLZEISEN (VITA): Herr Präsident, ich habe mich persönlich angegriffen gefühlt, nachdem offensichtlich alle, die den Vorschlag von Team K hier faktenbezogen kritisiert haben, mit der Aussage von Kollegen Köllensperger ins rechtsextreme Eck gestellt werden. Das hat so geklungen und das weise ich von mir zurück!

PRÄSIDENT: Bevor ich das Wort weitergebe, begrüße ich die Klassen 5A und 5B der WFO "Julius und Gilbert Durst" - Brixen mit der Begleitperson Frau Sabine Mahlnecht. Herzlich Willkommen im Südtiroler Landtag!

Abgeordneter Leiter Reber, Sie haben zwar schon einmal gesprochen, aber bitte.

LEITER REBER (Freie Fraktion): Ich habe noch 40 Sekunden übrig. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Landesrätin Pamer gesagt hat, sie würde den Antrag, der von vielen Fraktionen mitunterzeichnet wurde, ablehnen, um gemeinschaftlich mit der Landesregierung sozusagen eine Kommission einzuführen. Ich rate Ihnen nur, Frau Landesrätin, es dann auch gemeinschaftlich zu machen. Wir haben hier eine Mehrheit von 18 zu 17 in diesem Landtag. Ich rate wirklich, dass das gemeinschaftlich erfolgt und gemeinsam mit dem Landtag stattfindet, denn Sie haben nur von der Landesregierung gesprochen. Das halte ich für das falsche Zeichen für die Einsetzung einer Kommission. Es muss dann auch gemeinschaftlich erfolgen. Da Sie nur von der Landesregierung gesprochen haben, möchte ich dies mitgeben.

PRÄSIDENT: Ich gebe nun dem zuständigen Landesrat Messner das Wort, bitte.

MESSNER (Landesrat für Gesundheitsvorsorge und Gesundheit - SVP): Herzlichen Dank, Herr Präsident, geschätzter Kollege Franz Ploner, geschätzte Kollegen! Es war für mich eine sehr lehrreiche Diskussion. Ich finde es gut, wie gesagt worden ist, dass darüber geredet wird. Es ist höchste Zeit, dass wir darüber reden. Wenn auch die Meinungen konträr sein dürften, wissen Sie, dass ich jede politische Meinung respektiere und Ihre Beiträge mitnehmen werde. Ich habe sie zum Teil auch mitgeschrieben, weil sie ein paar gute Ansätze beinhalten.

Herr Ploner, ich bin mit Ihren Einschätzungen an und für sich einverstanden und Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass ergebnisoffene Debatten vollkommen gefehlt haben und wir nun die Auswirkungen sehen. Wir sehen schon seit 1,5 Jahren diese Auswirkungen. Wir sehen die tiefen Spuren, die jemand angesprochen hat. Wir sehen das verlorene Vertrauen und wir sehen, was Frau Foppa gesagt hat, das Trauma. Wir haben das Trauma sicherlich nicht überwunden. Man überwindet Traumen nicht, indem man einfach nur wegschaut und sie hinter sich lassen möchte. In Ihrer ausführlichen Prämisse, Herr Ploner, zur Einsetzung einer der unabhängigen Fachkommission betreffend die Aufarbeitung der Corona-Pandemie beziehen Sie sich auf die Vorgangsweise der österreichischen Bundesregierung. Es hat auch andere Regierungen gegeben, die daran arbeiten. Die Bundesregierung hat die Österreichische Akademie der Wissenschaft unter Einbindung eines breiten Bürgerdialogs - das finde ich gut - mit der Aufarbeitung der Corona-Pandemie beauftragt. Der Bericht wurde Ende Dezember 2023 veröffentlicht und ich kann vieles von diesem Bericht teilen, auch wenn er 120 Seiten schwer ist. Ich selbst habe - das darf ich hier anführen - in nicht verdächtigen Zeiten, schon am 29.2.2023, nicht nur als Mediziner, sondern auch als einer, der lange an dieser Krankheit gelitten hat, der sechs Monate lang Zeit hatte, darüber zu reflektieren, eine Aufarbeitung der Pandemie angesprochen und angemahnt. Das ist ein gutes Jahr her. Aber lassen Sie mich bitte auch ein paar allgemeine Bemerkungen zur Pandemie sagen.

Ich weiß, es werden nicht alle einverstanden sein, aber das ist nicht nur eine persönliche Anmerkung, sondern eine Anmerkung, die ich als Arzt, der mitgearbeitet hat, so empfunden habe. Die Pandemie ist wie ein Tsunami über uns hereingebrochen. Nicht nur wir, niemand war auf diese Pandemie vorbereitet! Selbst Experten haben diese Pandemie nicht kommen sehen. Es ist schon gesagt worden: Wir haben eigentlich vieles gut gemacht, aber auch vieles nicht so gut gemacht. Wir - und ich meine damit die Politiker, die Wissenschaftler, die Mediziner, die Epidemiologen, die Statistiker usw. - haben, ganz allgemein gesehen, Fehler gemacht. Das ist auch schon angesprochen worden und jetzt im Nachhinein klar erkennbar, aber damals in der akuten Entscheidungsfindung stand man oft unter einem enormen Zeitdruck, sodass man schnelle Entscheidungen treffen musste. Ich wiederhole und habe das schon öfters gesagt: Extreme Situationen - und es war eine extreme Situation - erfordern oft extreme Entscheidungen. Damit will ich aber nichts entschuldigen. Wir haben die Dynamik des Virus zunächst vollkommen unterschätzt oder nicht wahrgenommen. Wir haben - das ist etwas, über das ich lange nachgedacht habe - diese Krise nur als eine rein medizinische definiert und nur den Druck auf die Krankenhäuser und auf die Intensivstationen beurteilt. Aber es gab Informationen durch die vielen selbsternannten Epidemiologen. Es gab Informationen über die Print-Medien, es gab Informationen über die sozialen Medien und ich spreche neben der Pandemie auch von einer Infodemie. Das Kommunikationsverhalten, aber auch die Kommunikationsstrategien der Politik, vielleicht auch der Medizin, waren oft widersprüchlich, nicht nur in Südtirol, sondern in den verschiedensten Regionen und in den verschiedensten Ländern. Man kann das Krisenmanagement besonders in der ersten Welle sicher kritisieren. Wir haben Tests gemacht, um das Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Wir haben sicherlich Tests gemacht, um restriktive Maßnahmen zu verhindern. Aber es gab dabei viele Fehlschläge und viele Korrekturen.

Die Lockdowns, die Quarantäne und die Schulschließungen sind angesprochen worden, aber auch die Reisebeschränkungen, die Maskenpflicht. Ich denke, besonders die ersten Lockdowns und Schulschließungen waren meiner Meinung nach in der ersten Phase, wo wir keine Kenntnisse hatten - es gab nur alte Pandemiepläne in den Schubladen - auch angemessen, aufgrund der fehlenden Masken, der fehlenden Schutzanzüge usw. Wir hatten Probleme mit den Tests. Sie können sich zurückerinnern, dass wir zu Beginn nur drei, vier oder fünf Tests pro Tag machen konnten. Wir hatten keine Reagenzien dazu und es fehlten die Ressourcen und Laborinstrumente.

Noch einmal: Das Ziel der Maßnahmen haben wir nur auf die Zahl der Infizierten, auf die Auslastung der Intensivbetten, auf die Todesfälle und besonders auf die Bewahrung des Gesundheitssystems ausgerichtet und nicht so sehr auf soziale, psychologische, bildungspolitische und wirtschaftliche Aspekte. Die Spaltung

der Gesellschaft war durch diese verschiedenen Maßnahmen vorprogrammiert, obwohl sie eigentlich - ich sage das ganz selbstkritisch - demokratisch legitimiert und gesellschaftlich akzeptabel sein sollten. Im Nachhinein ist man immer schlauer wie vorher. Aber es hat auch vieles gut funktioniert. Und ich sage das auch wirklich, weil ich denke, dass ich es den Mitarbeitern und den Leuten, die dort gearbeitet haben, ganz gleich auf welchem Niveau schuldig bin. Das Gesundheitswesen gelangte an seine Grenzen und ich erinnere an den 30. März 2020, wo wir kein freies Bett mehr in den Krankenhäusern hatten. Aber es hat standgehalten aufgrund der Widerstandsfähigkeit und aufgrund der Resilienz der Mitarbeiter auf allen Ebenen. Neue Covidstationen - ich schaue damit unseren damaligen Landesrat Thomas Widmann an - wurden aus dem Boden gestampft, Ressourcen wurden gebündelt, Testcenter wurden aufgebaut und Impfkampagnen gestartet. Ich weiß, was man mir vorwirft. Ich bin nicht nur einmal bedroht worden. Ich habe klarerweise auch für die Impfung gesprochen, aber ich habe immer - das kann überall nachgelesen und nachgeschaut werden - über die Nebenwirkungen dieser Impfungen aufgeklärt.

Was haben wir gelernt? Gutes Kommunikationsmanagement, transparente Information und Selbstverantwortung sind wichtig. Aber es ist auch wichtig, dass eine Impfung individuellen Schutz gibt. Was müssen wir in Zukunft machen? Es geht auf eine kritische Aufarbeitung dieser Krise auf allen Ebenen hinaus, egal, ob sie politischer, gesundheitlicher, sozialer, psychologischer, bildungspolitischer und wirtschaftlicher Natur ist, und die Bewertung derselben muss gemacht werden. Aber wir müssen auch viele Fragen zu dieser Aufarbeitung stellen: Waren die verschiedenen Maßnahmen angemessen? Waren die Lockdowns notwendig? Wir haben jetzt Studien dazu. Ich habe bereits gesagt, dass sie in der ersten Phase wahrscheinlich schon notwendig waren. Wie schaut es mit den Bildungsnachteilen und den wirtschaftlichen Schäden aus? Wir müssen uns in Zukunft sicher besser organisieren. Es braucht auf allen Ebenen einen Krisenstab in Zusammenarbeit mit Politik, Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft usw. Ich bin sicher, dass wir für die kommenden Krisen, die sicherlich früher oder später kommen werden, genug Personal im Gesundheitswesen haben und die Hausärzte in die Krisenvorbereitung miteinbeziehen müssen. Die Digitalisierung im Datenmanagement und im Gesundheitswesen - wir haben das auch in dieser Krise gesehen - muss vorangetrieben werden. Lagerhaltung für Masken und andere Schutzkleidung usw. braucht es klarerweise auch. Es braucht überregionale und internationale, übernationale Zusammenarbeit in diesem gemeinsamen Europa, von dem wir heute gesprochen haben.

Zu Punkt 1 hat an und für sich - und ich danke ihr dafür - schon meine Kollegin Pamer Stellung bezogen. Es wird die Beauftragung einer unabhängigen Fachkommission mit der Durchführung einer sozialwissenschaftlichen Studie, an der alle politischen Kräfte und auch die Bevölkerung mitbeteiligt werden, nicht nur ins Auge gefasst, sondern vorangetrieben. Für mich wäre auch die Einsetzung einer unabhängigen, sachlichen, sozialwissenschaftlichen Fachkommission wichtig. Soviel zum ersten Punkt.

Zu Punkt 2: Klarerweise werden wir aus den Ergebnissen dieser sozialwissenschaftlichen Studie, die aus der unabhängigen Fachkommission hervorgehen, unsere Lehren ziehen. Zum Teil haben ich sie bereits vorweggenommen, was meine Fragestellungen betrifft.

Zu Punkt 3 und 4: Die erarbeiteten Ergebnisse werden auf jeden Fall veröffentlicht und das erarbeitete Abschlussdokument wird schließlich dem Landtag zur Diskussion vorgelegt. Da wir es im Regierungsprogramm drinnen haben, werden wir als Regierung diesen Beschlussantrag ablehnen. Herzlichen Dank!

PRÄSIDENT: Die Zeit der politischen Minderheit wird nun knapp. Nachdem jetzt nur mehr die Replik und die Abstimmung fehlt, sollten wir diesen Punkt entsprechend abschließen. In diesem Sinne das Wort an den Ersteinbringer, bitte.

PLONER Franz (Team K): Danke, dass Sie mir noch Zeit für die Replik gewähren. Ganz am Anfang möchte ich sagen, dass es mir ein bisschen leidtut, dass der Landeshauptmann nicht hier war, als wir die ganze Diskussion geführt haben. Das ist schade, weil Sie damals teilweise auch Landesrat für Gesundheit waren. Es wäre fein gewesen, mit Ihnen darüber zu diskutieren.

Das Zweite, was ich noch sagen möchte, betrifft das, worauf Frau Foppa hingewiesen hat. Ja, Frau Foppa, Sie haben auf ein kollektives Trauma verwiesen. Und genau aus diesem Grund ist dieser Beschlussantrag gemacht worden. Es geht darum, dieses kollektive Trauma aufzuarbeiten. In meinem Beschlussantrag heißt es ganz klar, dass es um die Einsetzung einer unabhängigen Fachkommission geht, die faktenbezogen die Aufarbeitung dieses ganzen Raumes erfasst, unter Einbeziehung auch eines partizipativen Prozesses der Bevölkerung. Ich kann kein kollektives Trauma aufarbeiten, wenn ich nicht auch die entsprechenden Personen miteinbinde. Das ist sonst nicht möglich.

Herr Wirth Anderlan, Sie können mich ohne Probleme angreifen, das halte ich schon aus, auch wenn Sie mir etwas unterstellen. Sie haben mir einiges unterstellt, aber ich möchte nicht auf die einzelnen Unterstellungen eingehen. Wenn ich damals auf eine Durchimpfungsrate von 80 Prozent verwiesen habe, um einen Herdenschutz zu haben, dann ist das wissenschaftlich erwiesen. Das geht nicht anders, hat aber jetzt nichts mit Corona zu tun, es gibt auch andere Infektionskrankheiten. Vielleicht kann das Landesrat Messner als ehemaliger Pädiater besser beantworten als ich. Er weiß ganz genau, was es heißt, Masern und andere Infektionskrankheiten zu haben. Da sterben dir die Menschen unter der Hand weg.

Ich möchte noch hinzufügen, dass es ganz am Anfang ein Tsunami war. Das hat auch der Landesrat gesagt. Wir haben am Anfang Entscheidungen treffen müssen, die wir nicht getroffen hätten, wenn wir einen wissenschaftlichen Background gehabt hätten. Das hatten wir aber nicht, da das Virus unbekannt war. Es war für mich - und das muss ich jetzt als Mediziner sagen - etwas Besonderes, von einer neuen Erkrankung zu erfahren, von der ich nichts wusste. Ich konnte mich nur von einem Tag zum anderen Tag in die Wissenschaft einlesen, damit man wusste, in welche Richtung es geht. Denn wenn wir eine Ebolavirus-Infektion gehabt hätten, was von der Genetik her das gleiche Virus wäre, dann wären uns die Menschen unter der Hand weggestorben. Als Intensivmediziner weiß ich, was es heißt, wenn einem ein Mensch unter der Hand wegstirbt, weil man ihn nicht mehr beatmen kann. Das ist tragisch. Deswegen finde ich es einfach nicht ganz korrekt, wenn uns vorgeworfen wird, dass wir uns nicht vor die Menschen hingestellt haben. Wir haben uns schon am Anfang vor die Menschen hingestellt, weil wir eine allgemeine Verantwortung für die gesamte Bevölkerung hatten. Als wir dann aber mehr wussten, geht die Eigensicherheit vor der Allgemeinsicherheit, da musste man differenzieren. Das ist hier herausgekommen. Das muss auch diese Untersuchungskommission herausfinden, dass wir wahrscheinlich individuelle Entscheidungen mit der Beeinträchtigung des Individuums getroffen haben, die man nicht hätte treffen sollen. Das wissen wir. Deswegen sage ich, dass wir eine unabhängige Kommission brauchen, und ich hoffe, dass es in eurem Regierungsprogramm drinnen ist. Frau Pamer hat aus Ihrem Regierungsprogramm vorgelesen. Ich kann sie jetzt nicht zitieren, weil ich die Unterlagen nicht vor mir liegen habe. Wenn ich jetzt den Inhalt, den Sie genannt haben, auf die einzelnen vier Punkte herunterbreche, ist er fast wortwörtlich identisch. Der erste Teil betrifft die Einsetzung einer Kommission mit partizipativen Prozessen aller. Auch hier, Kollege Sven Knoll, muss dies auch unter Einbindung jener erfolgen, die ausgeschlossen waren. Auch sie müssen angehört werden. Das gehört dazu. Ich bin mir sicher, dass es heute eine wissenschaftliche Kommission sein muss. Diese Kommission darf nicht politisch besetzt sein, denn dann wäre es ein Untersuchungsausschuss, wie bereits von anderen gesagt worden ist. Nein, Sie darf nicht politisch besetzt werden, sie muss die Sachen wissenschaftlich aufarbeiten, unter Einbeziehung der Beteiligten und der Randgruppen. Auch sie müssen gehört werden. Ich hoffe, dass dann ein unabhängiges Konzept auf dem Tisch liegt, wie es in Punkt 4 heißt, das uns dann vorgestellt wird und das wir dann in die Zukunft noch einmal diskutieren können. Wir müssen daraus lernen. Das ist mein Ansatz als Mediziner, auch als Medizinethiker, denn das bin ich.

Ich danke noch einmal Frau Foppa, die gesagt hat, dass es ein kollektives Trauma ist. Wir könnten auch sagen, dass es eine posttraumatische Belastungsstörung ist, wenn man es wissenschaftlich formulieren möchte. Ich denke jetzt an den Landesrat, der an Long Covid litt. Wir wissen heute noch nicht, wie viel Long-Covid-Patienten es gibt, die wir auch noch einmal genauer untersuchen müssten. Ich hoffe dennoch um eine breite Zustimmung zu diesem Beschlussantrag. Danke!

PRÄSIDENT: Kollege Wirth Anderlan, jetzt frage ich sicherheitshalber noch einmal: Handelt es sich um eine Wortmeldung, weil Sie sich persönlich angegriffen oder missverstanden fühlen oder ist Ihnen etwas unterstellt worden?

WIRTH ANDERLAN (JWA Wirth Anderlan): Dr. Franz Ploner hat mir unterstellt, dass ich ihm etwas unterstelle, hat aber dann keine Beispiele genannt. Sie haben gesagt, dass Sie nicht darauf eingehen möchten.

PRÄSIDENT: Das kann man jetzt auch nicht gelten lassen.

WIRTH ANDERLAN (JWA Wirth Anderlan): Ich kann sozusagen in Zukunft jedem etwas unterstellen, muss dann aber keine Beispiele nennen. Ist das hier möglich?

PRÄSIDENT: Das nehmen wir zur Kenntnis, fahren nun aber fort.

Wir kommen zur Abstimmung über den ersetzten Beschlussantrag Nr. 4/23: mit 9 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Somit endet - wie angekündigt - die Zeit der politischen Minderheit. Wir kehren zurück zu den institutionellen Punkten, wie vorgestern angekündigt. Ausständig ist noch der Punkt 3 der Tagesordnung, Namhaftmachung des wissenschaftlichen Beirates für das Büro für politische Bildung und Bürgerbeteiligung.

Kollege Stauder, Sie haben das Wort, bitte.

STAUDER (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich beantrage noch einmal die Vertagung dieses Punktes, da uns nach wie vor die Rückmeldung eines Kandidaten fehlt. Es tut mir leid, aber sie ist nicht - wie vereinbart - gekommen. Deshalb ersuche ich, diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzungssession zu setzen.

PRÄSIDENT: In Ordnung, ich nehme dies zur Kenntnis. Somit kommen wir zur Zeit der politischen Mehrheit.

Punkt 55 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 63/24 vom 22.3.2024, eingebracht von den Abgeordneten Deeg und Stauder Stiftung, betreffend KlimaWirtschaft."**

Punto 55) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 63/24 del 22/3/2024, presentata dai consiglieri Deeg e Stauder, riguardante fondazione KlimaWirtschaft."**

Stiftung KlimaWirtschaft

Die von der Südtiroler Landesregierung angestrebte Klimaneutralität bis 2040 erfordert nicht weniger als eine grundlegende Transformation unserer Gesellschaft. Diese Transformation ist Herausforderung und Chance zugleich. Eine zentrale Rolle dabei spielt die Wirtschaft. Sie muss von einem Teil des Problems zu einem Teil der Lösung werden.

Die Herausforderungen für Wirtschaft, die dies unter den Bedingungen globaler Wettbewerbsfähigkeit umsetzen müssen, sind enorm. Damit die Klimaziele von Paris eingehalten werden können, ist nicht weniger als eine neue industrielle Revolution erforderlich, die in weniger als 25 Jahren global und erfolgreich umgesetzt werden muss.

Um die Wirtschaft für den Klimaschutz zu sensibilisieren und sie auf diesem Transformationsprozess zu begleiten, wurde in Deutschland bereits 2011 die gemeinnützige "Stiftung 2°" gegründet und später in "Stiftung KlimaWirtschaft" umbenannt.

In der Anfangsphase war diese Stiftung bemüht das Thema Klimaschutz auf die Agenda der Wirtschaft zu bringen und wichtige Unternehmen aus allen Bereichen der Wirtschaft für die Klimaziele von Paris zu gewinnen. Dafür hat sie wichtige Initiativen und Projekte initiiert und umgesetzt.

Inzwischen hat ein neues Kapitel im Klimaschutz begonnen. Es geht nun darum Klimaschutz in industriellem Maßstab umzusetzen. Die Debatten über Ziele und Ambitionen sind beendet. Die Umsetzung muss jetzt starten.

Die "Stiftung KlimaWirtschaft" versteht sich als einen relevanten Treiber in der Transformation zur Klimaneutralität. Die Förderunternehmen der Stiftung zeigen, dass Klimaschutz ein erfolgreiches Geschäftsmodell sein kann. Eines scheint klar: ohne die Verantwortungsbereitschaft, aber auch die Innovationskraft, Lösungskompetenz und Umsetzungsfähigkeit der Wirtschaft wird diese Transformation nicht gelingen. Mit konstruktiven Diskussionsbeiträgen, praktischen Handlungsempfehlungen und integrierten Maßnahmen versucht die "Stiftung KlimaWirtschaft" Unternehmen in dieser Transformationsphase zu begleiten und den gesamten Prozess zu beschleunigen.

In so genannten Transformationsallianzen für Klimaneutralität arbeiten große, mittlere und kleine Unternehmen zusammen, um innerhalb der Branchen, entlang der Wertschöpfungsketten und sektorenübergreifend umsetzbare Lösungen auf den Weg zu bringen. Die Stiftung sieht sich als Vermittlerin zwischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft, um die erforderlichen politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen, ambitionierten und wettbewerbsfähigen Klimaschutz zu schaffen.

Auch in Südtirol haben sich bereits viele Unternehmen auf den Weg zur Klimaneutralität gemacht. Sie setzen Klimaschutz ganz konkret um, in ihren Arbeitsprozessen, in ihren Unternehmensstrategien und in neuen Geschäftsmodellen und Technologien.

Dabei befinden sich diese Unternehmen an unterschiedlichen Punkten der Wegstrecke. Je nach Branche und Geschäftsfeld sind die Herausforderungen unterschiedlich groß und auch die Lösungen unterschiedlich komplex. Klimaneutralität kann aber nur erreicht werden, wenn die gesamte Wirtschaft transformiert wird und das Geschäftsmodell "Klimaschutz" export- und wettbewerbsfähig ist.

Die "Stiftung KlimaWirtschaft" ist eine Plattform, über die Unternehmen untereinander lernen und die den Wandel entschieden beschleunigen kann. Sie soll gemeinsame Lösungen und die passenden Rahmenbedingungen für eine klimaneutrale Zukunft voranbringen.

Ambitionierter Klimaschutz und wettbewerbsfähiges Wirtschaften dürfen deshalb kein Widerspruch sein, sondern müssen zum Treiber eines industriellen und gesellschaftlichen Modernisierungsprojektes werden, das gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze und Wohlstand nachhaltig und resilient absichert.

Dies vorausgeschickt

*beauftragt
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung

zu prüfen, inwieweit die Gründung einer gemeinnützigen Stiftung zur Begleitung und Unterstützung von Südtiroler Unternehmen bei der Transformation hin zur Klimaneutralität nach dem Vorbild der "Stiftung KlimaWirtschaft" in Deutschland sinnvoll ist und gegebenenfalls die Gründung einer solchen Stiftung in die Wege zu leiten und aktiv zu unterstützen.

----- Fondazione KlimaWirtschaft

L'obiettivo della Giunta provinciale di raggiungere la neutralità climatica entro il 2040 richiede niente di meno che una radicale trasformazione della nostra società. Una trasformazione che rappresenta una sfida, ma anche un'opportunità. A tal fine svolge un ruolo fondamentale l'economia, la quale deve cessare di essere parte del problema per diventare invece parte della soluzione.

Le sfide per gli operatori economici, che sono chiamati a raggiungere questo obiettivo in condizioni di competitività globale, sono enormi. Per poter raggiungere gli obiettivi climatici di Parigi è necessaria una nuova rivoluzione industriale, che va attuata con successo a livello globale in meno di 25 anni.

Al fine di sensibilizzare il mondo economico alla salvaguardia del clima e di sostenerlo in questo processo di trasformazione, nel 2011 è stata istituita in Germania la fondazione no profit "Stiftung 2°", che in seguito è stata ribattezzata "Stiftung KlimaWirtschaft".

Nella fase iniziale, questa fondazione ha cercato di portare all'attenzione delle aziende la questione della salvaguardia del clima e di coinvolgere importanti società di tutti i settori dell'economia nell'impegno per il raggiungimento degli obiettivi climatici di Parigi. A tale scopo, la fondazione ha avviato e realizzato importanti iniziative e progetti.

Si è aperto un nuovo capitolo del processo verso la salvaguardia del clima. Il compito è ora quello di attuare la tutela del clima su scala industriale. I dibattiti su obiettivi e ambizioni si sono ormai conclusi. Ora è giunto il momento di passare all'attuazione.

La "Stiftung KlimaWirtschaft" si considera un motore importante per la trasformazione verso la neutralità climatica. Le aziende sponsor della fondazione dimostrano che la salvaguardia del clima può rappresentare un modello imprenditoriale di successo. Una cosa appare chiara: questa trasformazione non avrà successo senza la volontà da parte del mondo economico di assumersi le proprie responsabilità, senza la sua forza innovativa e la capacità di risolvere i problemi e di passare alla fase attuativa. Con contributi costruttivi al dibattito, raccomandazioni operative concrete e misure integrate, la "Stiftung KlimaWirtschaft" si sforza di sostenere le aziende in questa fase di trasformazione e di accelerare l'intero processo.

Grandi, medie e piccole imprese collaborano nell'ambito delle cosiddette "alleanze di trasformazione per la neutralità climatica", al fine di avviare soluzioni realizzabili all'interno dei settori eco-

nomici, nelle filiere e a livello trasversale fra più settori. La fondazione si propone come mediatrice tra economia, politica, mondo scientifico e società civile al fine di creare le condizioni politiche, giuridiche e sociali necessarie per una salvaguardia del clima efficace, ambiziosa e competitiva. Anche in provincia di Bolzano molte aziende hanno già intrapreso la via della neutralità climatica. Esse mettono in atto la tutela del clima in modo molto concreto, nei loro processi di lavoro, nelle loro strategie aziendali, nei nuovi modelli di business e nelle tecnologie.

Alcune di queste aziende sono già molto avanti in questo percorso, mentre altre sono appena agli inizi. A seconda del settore e del campo di attività, le sfide sono più o meno grandi e le soluzioni più o meno complesse. Tuttavia, la neutralità climatica può essere raggiunta solo se l'intera economia si trasforma e il modello aziendale di "salvaguardia del clima" diventa esportabile e competitivo.

La "Stiftung KlimaWirtschaft" è una piattaforma attraverso la quale le aziende possono imparare l'una dall'altra e accelerare in modo decisivo il cambiamento. L'obiettivo è promuovere soluzioni congiunte e le giuste condizioni quadro per un futuro neutrale dal punto di vista climatico.

Un'ambiziosa salvaguardia del clima e un'economia competitiva non devono quindi essere in contrapposizione tra loro, ma devono diventare il motore di un progetto di modernizzazione industriale e sociale che assicuri posti di lavoro ben retribuiti e sicuri e prosperità in modo sostenibile e resiliente.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica*

la Giunta provinciale

di valutare l'opportunità di istituire una fondazione senza scopo di lucro, sul modello della "Stiftung KlimaWirtschaft" in Germania, che accompagni e sostenga le imprese altoatesine nella trasformazione verso la neutralità climatica, ed eventualmente di avviare e sostenere attivamente la creazione di tale fondazione.

Abgeordnete Deeg, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

DEEG (SVP): Sehr geschätzter Herr Präsident, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir gehen jetzt zu einem ganz anderen Thema über, das aber auch eines der zentralen Themen der Zukunft ist, nämlich das Thema Klimaschutz und der Umgang mit klimatischen Veränderungen, die wir alle kennen. Ich möchte deshalb nicht darauf eingehen, sondern lösungsorientiert auf eine Einrichtung bzw. auf eine Stiftung hinweisen, die aus der größten Volkswirtschaft Europas kommt, die 50 Unternehmen in strategischen Bereichen umfasst und ein wichtiger Partner der Politik, der deutschen Bundesregierung ist und dort auch als solche wirkt. Die Ziele sind bekannt. Bis 2050 hat sich Europa als Ziel gesetzt, der erste klimaneutrale Kontinent zu sein. Das ist eine große Herausforderung unter zwei Aspekten, vor allem deshalb, dass man das sozialgerecht gestaltet, dass man den sozialen Frieden aufrechterhalten kann und dass man vor allem auch wettbewerbsfähig bleiben kann. Wenn die Wirtschaft nicht funktioniert, wenn sie am Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig ist, dann spüren wir das alle. Wir verlieren Arbeitsplätze, wir verlieren auch Steuereinnahmen, die wichtig sind zur Aufrechterhaltung von Sozialsystemen. Deshalb sind diese zwei Punkte, eine sozialverträgliche Transformation zu gestalten, die gestaltet werden muss, aber andererseits auch die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaftssystemen aufrechtzuerhalten, ganz zentral.

Ich hatte die Freude und die Ehre, mich mit der Geschäftsführerin der Stiftung KlimaWirtschaft zu treffen bzw. mich mit ihr digital zu hören, und ich muss sagen, dass ich sehr beeindruckt war, wenn man schaut, welche 50 Unternehmen sich zusammengeschlossen haben. Ich muss vorausschicken, dass es keine von der Politik angestiftete Einrichtung ist, sondern das sind Unternehmen, die sich zusammengeschlossen haben, um voranzugehen, um auch zu zeigen, wie es funktionieren kann. Volkswirtschaftlich gesehen, passiert ja 90 Prozent der Innovationen in den Unternehmen und deshalb glaube ich, dass es nichts Besseres gibt, als Best-Practice-Modelle zu sehen, sie zu erleben und auch davon lernen zu dürfen. Man muss nicht immer das Rad neu erfinden, sondern man kann einfach schauen, was andere Gutes machen und was wir davon übernehmen können.

Es sind vor allem auch sehr energieintensive Unternehmen, die sich in dieser Stiftung KlimaWirtschaft zusammengeschlossen haben, aus dem Bereich der Stahlproduktion, die ein wichtiger Industriebereich der deutschen Wirtschaft ist, die aber auch sehr energieintensiv ist. Wer die zentralen Debatten verfolgt, sieht, dass die Herausforderung gerade die sein wird, auch in diesem Sektor Arbeitsplätze zu halten. Die Diskussion erleben Sie mittlerweile. Die Frage, die derzeit überall diskutiert wird, ist: Wie viel Geld soll Politik gerade mit den Erfahrungen der Corona-Krise europaweit, aber auch in Deutschland in die Hand nehmen, um strategische Unternehmen in Deutschland zu halten? Wir sprechen hier natürlich - wie gesagt - von der Stahlproduktion, vor allem auch von der Halbleiterproduktion, aber auch - das ist ganz wichtig - von der Produktion von medizinischen Gerätschaften und von Medikamenten, sprich Antibiotika. Also es geht darum, wie wir die strategische Produktion in Europa unter nicht einfachen Bedingungen halten und wie wir es trotzdem schaffen, klimaneutral zu werden. Wenn wir hinaufschauen, ist das die Verantwortung, die wir hier in Südtirol und auch im Landtag tragen, die Weichen so zu stellen, dass auch die nächsten Generationen gute Voraussetzungen für ein gutes Leben finden.

In diesem Sinne möchte ich auch die Vorstellung nicht zu lange machen. Die Themen sind umrissen und - ich denke, Sie haben den Antrag gelesen - klar. Ich danke für die Diskussion. Was wir gemeinsam mit dem Kollegen zuständigen Landesrat Peter Brunner diskutiert haben, ist, ob er prüfen könnte, inwiefern hier auch die Voraussetzungen sein können, um diese Zusammenarbeit mit der Stiftung KlimaWirtschaft in Südtirol und in Zusammenarbeit mit den Unternehmen und mit den Verbänden anzugehen, um zu schauen - wie gesagt -, was wir davon auch in Südtirol brauchen und was wir von Ihnen lernen können, wie wir uns insgesamt besser aufstellen können. Das wäre das Ziel. Ich danke - wie gesagt - für eine gute Debatte im Thema. Natürlich sind wir, Kollege Harald Stauder und ich, sehr froh, wenn dann auch der Antrag breit getragen wird. Danke schön!

OBERKOFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Ich kann die Einleitung absolut unterschreiben und unterstützen. Auch die Prämissen im Antrag werfen auf jeden Fall wichtige Themen auf und ich unterstreiche noch einmal, wie wichtig es ist, dass man die Unternehmen dabei begleitet, diesen Umschwung in Richtung einer klimaneutralen Wirtschaft zu schaffen. Wenn es da keine Unterstützung vonseiten der Politik, vonseiten des Haushaltes gibt, wird dieser Umschwung zu einer neuen Wirtschaftsweise nicht funktionieren. Deshalb ist es sehr, sehr wichtig, dass die Unternehmen auch hier in Südtirol dabei unterstützt werden, dass wir in Südtirol als öffentliche Hand die Energiewende organisieren, dass wir in Südtirol auch dementsprechend mit den Unternehmen, die vielleicht energieintensiv wirtschaften, gemeinsam eine Strategie entwickeln, um hier einen Umschwung in der Restrukturierung und in der Neugestaltung dieser Unternehmen zu schaffen, denn die Zukunft der Wirtschaft ist klimaneutral. Das ist die ganz klare Tendenz auf dem globalen Markt und deshalb dürfen wir hier den Anschluss nicht verpassen, denn das wird eigentlich sehr große wirtschaftliche Folgen für uns haben.

Ich muss dabei aber schon sagen - leider ist Kollegin Deeg jetzt nicht im Saal -, dass - wie Sie es richtig gesagt hat - diese Stiftung KlimaWirtschaft von Unternehmen gestartet ist. Ich bin absolut dafür und ich würde es befürworten, wenn sich die Unternehmen zusammenschließen würden, um hier gemeinsam eine Strategie zu entwickeln, aber die Politik, besonders die Landesregierung und die Mehrheit, hat ja viel größere Mittel, um die Unternehmen zu unterstützen. Da finde ich es wichtig, dass man die Unternehmen mit den Mitteln vom Haushalt unterstützt und nicht irgendwie eine Stiftung sozusagen hinlanciert, damit dann die Stiftung irgendwie anders mit den Unternehmen auskommen soll. Ich finde, wir sollten hier im Landtag demokratisch entscheiden - das machen wir bei der Haushaltsdebatte -, wie die öffentlichen Mittel ausgegeben werden müssen, wie man die Unternehmen unterstützen kann. Das sollte man nicht auf eine Stiftung auslagern, die sinnvoll sein kann, aber ich würde es sehr befürworten, wenn die Unternehmen die Initiative ergreifen würden. Hier hat die Landesregierung, der Landtag und die Mehrheit schon viel, viel größeren Handlungsspielraum. Deshalb glaube ich schon, dass man hier ins Handeln kommen sollte. Natürlich kann eine Stiftung gut funktionieren, aber man sollte schon andere Mittel, andere Aktionen und Akzente setzen, denn die Möglichkeiten sind viel größer. Da würde ich mir von einer Mehrheit und von einer Landesregierung schon erwarten, dass man hier nicht prüft, ob eine Stiftung ins Leben gerufen werden soll, sondern dass man hier wirklich Mittel in die Hand nimmt, um die Unternehmen in dieser Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu unterstützen.

REPETTO (Partito Democratico - PD - Demokratische Partei): Io sarò molto breve e farò delle domande all'assessore competente, perché questa fondazione - per carità, con tutti i meriti che sono stati descritti nell'ambito della mozione - vorrei capire se ad accompagnare le aziende verso la neutralità climatica dovrebbero essere già impegnati NOI ed Eurac, per la parte tecnica a breve mi sembra che ci sarà la Facoltà di Ingegneria e per quella amministrativa ci sono l'Ufficio risparmio energetico e CasaClima.

Per cui vorrei capire cosa fa la fondazione di diverso rispetto a questi enti che già si muovono in questa ottica, vengono raggruppati ..., cioè vorrei capire se poi c'è anche una sostenibilità economica in merito, perché altrimenti viene votata, ma poi dopo rimane tutto sulla carta. Mi piacerebbe avere delle risposte in merito. Grazie!

PRÄSIDENT: Bevor ich dem Kollegen Leiter Reber das Wort gebe, möchte ich mitteilen, dass angekündigt worden ist, dass die nächsten beiden Tagesordnungspunkte, die die politische Mehrheit auf die Tagesordnung gesetzt hat, sprich die Beschlussanträge Nr. 71/24 und Nr. 75/24, zurückgezogen sind. Somit würde ich vorschlagen, dass wir den in Behandlung stehenden Tagesordnungspunkt heute noch abstimmen. Abgeordneter Leiter Reber, bitte.

LEITER REBER (Freie Fraktion): Danke, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen Stauder und Deeg! Ich kann euch etwas verraten: Ich bin grundsätzlich ein interessierter Mensch und deswegen bin ich immer, wenn es zu prüfen gilt, ob etwas funktioniert oder Sinn macht, dabei. Eines möchte ich aber bei dieser Prüfung schon dabei haben, und zwar mögen hier auch wirklich sämtliche Unternehmen Eingang finden. Wenn man sich nämlich die Stiftung KlimaWirtschaft in Deutschland ansieht, dann ist hier die klassische "Wirtschaft" gemeint. Wenn wir uns die Südtiroler Unternehmensstrukturen ansehen, dann sind vor allem zwei große Bereiche wichtig, die hineinfallen müssen. Das ist einmal der Tourismus, wo angesetzt werden muss. Ich kann mich an die Debatte zum Bettenstopp erinnern, wo ich immer wieder gesagt habe, dass es völlig unzureichend ist, wie dieser Bettenstopp angegangen wurde, weil ich das Instrument für völlig falsch halte. Es muss doch um die Ressourcen gehen, ob Ressourcen in übermäßigem Maße verbraucht werden oder nicht. Deshalb ist es wichtig, dass, wenn die Landesregierung das hier schon prüft, sie vor allem prüft, ob auch der Ressourcenverbrauch unserer Unternehmen, vor allem der touristischen Unternehmen, hier miteinfließt, denn ansonsten macht es recht wenig Sinn. Ich glaube, dass die Begleitung in der Wirtschaft wichtig ist, dass viele Unternehmen hier auch schon mit wunderbaren Beispielen vorausgegangen sind und weiter sind, als es die Politik derzeit ist. Aber wenn geprüft wird, sollte auch das berücksichtigt werden. So sollten zum Beispiel auch die Ressourcenschonung und die Selbstversorgung mit Energie, auch was die Landwirtschaft anbelangt usw., mithineingepackt werden und nicht nur die klassische traditionelle Wirtschaft gemeint sein.

PLONER Franz (Team K): Nur ganz kurz, ich hätte hier eine Frage. Es geht um die Gründung einer Stiftung. Also muss ich einen Stiftungsgründungsakt machen, ich muss der Stiftung eine entsprechende finanzielle Untermauerung geben. Damit kann ich dann aufgrund dieser Kriterien die Gelder zuweisen. Entweder sollte dies im Landeshaushalt gemacht werden, wo man - wie vorhin richtig gesagt wird - entscheidet, wie geplant wird, denn wir haben ja schon ein Planungsdokument. Das Planungsdokument heißt Klimaplan 2040 und an dem müssen wir uns abarbeiten und schauen, ob für die entsprechenden Ressourcen Finanzmittel vorgesehen sind. Wenn wir das nicht abgearbeitet haben, müssten wir das mit Institutionen wie der EURAC oder der Agentur für Umwelt machen, denn die müssten ja in der Lage sein, diese Unternehmen zu beraten. Das ist meine Meinung. Da brauche ich nicht nach Deutschland zu gehen und mich dort mit der Stiftung KlimaWirtschaft zusammentun, denn die KlimaWirtschaft wird draußen wahrscheinlich andere gesetzliche Grundlagen haben, wie wir sie in Italien bzw. in Südtirol teilweise haben, an denen wir letztendlich unseren Klimaplan 2040 abarbeiten müssten, unabhängig davon, wie ich dann den CO2 bepreise usw. Da wir heute schon über Europa geredet haben, frage ich mich, was wir dann mit der Autobahn machen, wenn dort die ganzen Autos und Laster stehen, aber auch mit dem Grün-Korridor. Was heißt das? Sprechen wir dann mit Nordtirol? Das wäre auch eine sinnvolle Diskussion. Warum machen wir dann nicht eine Stiftung mit der EU-REGIO, die diese Thematik abarbeitet? Danke!

RABENSTEINER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich möchte fragen, ob auch kontrolliert wird, wie viel man durch die Klimaneutralität - jetzt nehme ich Bezug auf das KlimaHaus - an Energie einspart und wie viel man Energie ausgibt, um die Stoffe für die ganze Isolierung zu produzieren. Leute, die erst kürzlich gebaut haben, wissen, wie viel Isolierung auf die Wände hinaufgepickt wird. Ist das überhaupt sinnvoll? In einem zweiten Moment muss man schon sagen, dass all das Müll ist, wenn wir zum Beispiel ein Gebäude erweitern oder sanieren wollen. Das sind Unmengen an Müll, die wieder entsorgt werden müssen. Ob das dann so klimafreundlich ist, kann man dahingestellt lassen. Natürlich werden die Experten etwas anderes sagen, aber für meinen Hausverstand ist es nicht sinnvoll, wenn man das Haus so abdichten muss, dass man dann wieder eine Umlüftung einbauen muss, damit man eine gesunde Umluft hat. Das ist für mich nicht ganz verständlich, aber die Experten werden mich wahrscheinlich eines Besseren belehren.

Bei diesen Räten und Kommissionen habe ich die Sorge, dass mehr die Wirtschaftsinteressen als Interessen der Bevölkerung berücksichtigt werden. Natürlich ist die Wirtschaft daran interessiert, dass wieder neue Produkte auf den Markt kommen, die den Leuten aufgezwungen werden, sie zu produzieren oder zu verbauen. Die Wirtschaft ist daran sicher interessiert, aber der normale Bürger nicht. Es ist aber verbindlich für den Bürger, es zu nehmen, um in Südtirol einen Beitrag zu erhalten. Das muss von mir aus gesehen bei solchen Kommissionen auch überdenkt werden. Wir haben in Deutschland die Heizdebatte mitbekommen und natürlich muss das auch finanzierbar sein für die Bevölkerung. Ich denke, diese ganze Thematik KlimaHaus hat uns zu Recht einen Anstoß für das leistbare Wohnen gegeben, was es ausmacht, die ganzen Vorgaben, die die Politik der Bevölkerung draußen macht, damit sie einen Beitrag bekommt, damit sie die Einzugsgenehmigung bekommt. All das feuert die ganze Thematik an und hat zur Folge, dass sich viele Familien heute keine Wohnung oder kein Haus mehr leisten können. Das wird leider nicht berücksichtigt. Wir sollten natürlich immer im Hintergrund haben, auf unser Klima zu schauen, aber dann möchte ich mal wissen, ob es überhaupt rentabel ist, die Häuser so zu bauen. Da habe ich meine Bedenken. Aber leider sind in diesen Kommissionen immer Leute vertreten, die sich einen Vorteil ausdenken und verbauen wollen. Jene mit Hausverstand kommen leider nicht darin vor, so wie es in der Politik auch der Fall ist. Auf den Fotos sind auch immer alle anderen abgebildet, jene, die arbeiten, dürfen da meistens nicht hinauf. Danke schön!

BRUNNER (Landesrat für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz, Energie, Raumentwicklung und Sport - SVP): Herr Präsident, danke für diesen Antrag, Kollegin Deeg und Kollege Stauder! Ich glaube, wir sind alle einer Meinung, dass die Energiewende eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist. Die Transformation der Sektoren in Richtung erneuerbare Energie und Energieeffizienz, aber vor allem auch eine ressourcenschonende Ausrichtung - glaube ich - sind ein unverzichtbarer Prozess. Die Wirtschaft muss insgesamt ein ganz wichtiger Teil dieses Prozesses sein, das ist uns auch allen klar. Zum einen ist es natürlich der Ausstoß der Treibhausgase von CO² und allen anderen durch die Produktionsprozesse, zum anderen - und das ist wichtig - wissen wir ja, dass es eine große, große Chance ist, die Unternehmen und die Wirtschaft in diesem Bereich mitzunehmen und vor allem auch Richtung Wettbewerbsfähigkeit zu gehen. Deswegen sehen wir hier vor allem viel mehr diese große Chance, als man hier effektiv eine Bürde, eine Verpflichtung eingeht, was natürlich auch - und hier sind wir bei den finanziellen Themen - von der öffentlichen Hand mitunterstützt werden muss, aber auch ein Paradigmenwechsel sein muss. In diesem Paradigmenwechsel - glaube ich - haben wir hier als Landtag eine große Verantwortung.

Ich möchte nun ganz kurz auf ein paar Stellungnahmen meiner Kollegen eingehen. Kollege Oberkofler, ich glaube, dass der Haushalt des Landes allein für diese Unterstützung der Transformation der Unternehmen nie und nimmer ausreichen würde. Ich glaube, dass wir hier unterstützen können, müssen und auch werden, aber dass natürlich doch auch ein maßgeblicher Schritt vonseiten der Wirtschaft kommen muss. Hier gibt es natürlich verschiedene Möglichkeiten. Eines sind normative Verpflichtungen, aber es geht weit darüber hinaus und genau dort sind wir bei einer Konkurrenzfähigkeit, wo sich sehr wohl über die Innovationsfreudigkeit der Unternehmen ganz, ganz viele Chancen für die Wirtschaft auftun.

Kollege Repetto, Sie haben die EURAK, die neue Ingenieur fakultät und die Klimahausagentur angesprochen. Hier - glaube ich - ist es so, dass wir diese Institutionen insgesamt sehr stark unterstützen müssen, und zwar jeder in seinem Tätigkeitsbereich, in seinem Wirkungsbereich, auch für den Klimaschutz, für den Klimawandel, auch in der beratenden Tätigkeit, aber nicht nur, teilweise auch in der Kontrolltätigkeit, aber auch in der Innovationsförderung. Ich glaube, dass man solch eine Stiftung für die Wirtschaft sozusagen als ein Überdach bzw. eine Art Dachkonstruktion, wo man effektiv die Unternehmen darunterstellt, ansehen kann. Ich glaube, das trifft auch auf die Stellungnahme von Kollegen Franz Ploner zu.

Kollegen Rabensteiner möchte ich nur sagen, dass wir über die Standards in Bezug auf das KlimaHaus nicht diskutieren sollten. Auch wir sind der Meinung, dass ein gewisser erhöhter Standard die Kosten, also auch die Baukosten nach oben treibt, aber hier gibt es ganz, ganz viele Vergleichsfälle, auch von Bauvorhaben, wo allein der KlimaHaus-Standard einen ganz, ganz geringen Anteil der Kostensteigerung ausmacht. Da geht es schon darum, in welcher Form man Bauwerke macht, ob es sozusagen viele Auskragungen gibt, wie die Ausstattung bzw. Innenausstattung eines Gebäudes ist. Das geht weit über den KlimaHaus-Standard hinaus. Da macht der KlimaHaus-Standard effektiv den geringsten Faktor der Kostensteigerungen aus. Das möchte ich ganz klar sagen. Ich glaube, wir als Regierung können auf alle Fälle einen solchen Antrag insgesamt nur unterstützen.

Ich möchte noch hinzufügen: Wir haben ja derzeit auch im Beteiligungsprozess des Klimaplanes einerseits den BürgerInnenrat und andererseits auch noch das Stakeholder Forum. Wir haben gerade gestern darüber gesprochen. Ich glaube, man soll nicht immer nur darauf verweisen, aber es sind doch wichtige Beteiligungsprozesse, die wir - glaube ich - nicht total übergehen sollen. Wir sollten hier lösungsoffen sein und ihnen gegenüber entsprechend abwarten, da wir diese Ergebnisse in den nächsten zwei, drei Monaten bekommen werden. Deswegen wäre auch mein Vorschlag, Kollegin Deeg, dass man das in diesem Beschlussantrag mitaufnimmt. Eine solche Stiftung sollte auf alle Fälle in Abstimmung mit diesem Stakeholder Forum agieren, nachdem dort ja heute schon die gesamten Vertreter, also die Vertreter der Verbände und der verschiedenen Wirtschaftsbereiche, drinnen sitzen. Dementsprechend glaube ich, sobald dieser Stakeholder Prozess abgeschlossen ist, dass man dann mit den anderen Institutionen, die wir heute schon haben, gemeinsam und koordinierend als Landesregierung Hilfe leisten kann, um diese Stiftung dann auch ins Leben zu rufen. Danke schön!

DEEG (SVP): Ganz kurz, danke schön für die Debatte! Vielleicht darf ich die Anregungen vom zuständigen Landesrat aufnehmen und würde, wenn ich darf, den beschließenden Teil wie folgt abändern: Nach der Wortfolge "in Deutschland sinnvoll" sollte die Wortfolge "zur Unterstützung bereits existierender Stakeholder-Prozesse, wie zum Beispiel das Stakeholder Forum" eingefügt werden. Ist es möglich, den beschließenden Teil damit zu ergänzen?

PRÄSIDENT: Wenn alle damit einverstanden sind, gerne!

DEEG (SVP): Ich kann das, was ich ergänzen möchte, auch wiederholen: Nach den Wörtern "in Deutschland sinnvoll" sollte die Wortfolge "zur Unterstützung bereits existierender Stakeholder-Prozesse, wie zum Beispiel das Stakeholder Forum" eingefügt werden. Der Rest des Textes würde aufrecht bleiben.

LEITER REBER (Freie Fraktion): Weiterhin!

DEEG (SVP): Nein, Kollege Leiter Reber, das würde hier nicht passen, aber ich nehme die Anregung natürlich sehr gerne auf. Danke schön!

PRÄSIDENT: Somit kommen wir zur Abstimmung über den so abgeänderten Beschlussantrag Nr. 63/24: mit 23 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 7 Stimmenthaltungen genehmigt.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass das Protokoll der Sitzung Nr. 16 vom 8.5.2024 gemäß Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt, da keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ore 13.00 Uhr

**Sono intervenuti/e i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere ovvero le seguenti persone:
Es haben folgende Abgeordnete bzw. Personen gesprochen:**

ACHAMMER (31)
ATZ TAMMERLE (24)
BERTÒ (2)
BRUNNER (42)
COLLI (25)
DEEG (30, 39, 43)
FOPPA (1, 10, 29)
GALATEO (25, 28)
HOLZEISEN (8, 12, 24, 27, 33, 34)
KNOLL (9, 15, 16, 28, 30)
KÖLLENSPERGER (10, 32)
KOMPATSCHER (1, 13)
LEITER REBER (13, 26, 33, 41)
MESSNER (34)
OBERKOFER (27, 28, 40)
PAMER (31)
PLONER Franz (9, 22, 35, 41)
PRÄSIDENT Schuler (1, 15, 29, 33)
RABENSTEINER (32, 42)
REPETTO (31, 41)
STAUDER (37)
TOGGENBURG (5, 10)
WIRTH ANDERLAN (23, 27, 30, 36)
ZIMMERHOFER (15)